P 21903 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

4. September 1974 Jg.2 Nr.18 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-täglich mittwochs, Auflage: 52 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 4.9.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621/36014 – Jahresabonnement: 24 Nummer incl.Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171453-759 – Die Zeitung wurde am 1.9.74 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Zentrale Demonstration in Frankfurt 14. 9. 12 Uhr Opernplatz

Für Volksmacht und Sozialismus
Nieder mit der Militärdiktatur in Chile

Aufruf des KBW und Berichte zu Chile auf Seite 14 und 15

Chile-Woche 7. 9. - 14. 9.

DER FALL WIENAND:

Der Aufwasch in der SPD

Korruption und Bestechung sind das Schmierfett für das Funktionieren des bürgerlichen Staatsapparates. Es sorgt für die reibungslose Übersetzung der Kapitalintressen in Handlungen der Staatsorgane normalerweise ohne sichtbare Spuren. Nicht daß die Bourgeoisie die Politik ihres Staatsapparates generell und Schritt für Schritt über Bestechung durchsetzen müßte. Aber Korruption und Bestechung schaffen das notwendige Betriebsklima von Verbindlichkeiten und Gefälligkeiten, meist sogar in der offiziellen Form von gut dotierten Beraterverträgen. Nicht daß ein Beratervertrag zwischen Wienand und der Flugzeugkatastrophenfirma Paninter bestand, nicht daß er beträchtliche Summen kassierte, nicht daß er dies vor dem Untersuchungsausschuß leugnete, kostete ihn die Karriere. Denn die Spatzen und bürgerlichen Zeitungen hatten dies schon vor Monaten von den Dächern gepfiffen.

Nur weil es durch die Zeugenaussage seines Freundes Trommer, des ehemaligen Geschäftsleiters der Paninter, nun bewiesen ist, macht ihn untragbar für die SPD. Trommer will mit dieser Aussage sich Straffreiheit in einem Verfahren wegen Steuerhinterziehung erkaufen. Dabei sagt er aus, daß Wienand 165 000 DM von Paninter erhalten habe. Die Steuerbehörde stellt fest, daß über 100 000 DM davon nicht versteuert wurden. Weitere Einkünfte Wienands aus unbekannter Quelle über rund eine halbe Million wurden außerdem bei den Nachforschungen entdeckt, für die ebenfalls keine Steuern bezahlt worden sind.

Seine Beratung für Paninter soll in der Vermitthung von Flugpersonal aus den Reihen der Luftwaffe bestanden haben und in Warnungen über bevorstehende Betriebsprüfungen, die dem Bankrottunternehmen hätten peinlich werden können. All dies aber hätte vermutlich immer noch nicht gereicht für die Entlassung Karl Wienands als Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag. Man kann es überall lesen, und es wird von der SPD auch nicht bestritten, wenngleich auch nicht offen gesagt: Mit Wienand will die Führungsclique der SPD Herbert Wehner loswerden. Bundeskanzler Schmidt will die Bundestagsfraktion und Partei bedingungslos auf seinen Kurs festlegen. Nachdem Brandt über Guilleaume aus dem Kanzleramt beseitigt wurde, soll nun Wehner über den Fall Wienand zum freiwilligen Rückzug gezwungen werden. Brandt und Wehner sind die Führer der SPD, die Ende der fünfziger Jahre den rechten Kurs der SPD gegen den Widerstand von Teilen der SPD-Mitgliedschaft durchgesetzt hatten. Zunächst die Zustimmung zu NATO und Bundeswehr, dann Verabschiedung des Godesberger Programms und Ausschluß seiner Gegner, sodann Große Koalition mit der CDU/CSU, gemeinsame Verabschiedung der Notstandsgesetze. Daß sie die Führer dieser Entwicklung nach rechts waren, muß man sich erinnern, wenn sie nun aus der Führung der SPD getrieben werden, nachdem das Reformkleid zerrissen ist, mit dem die SPD schließlich an die Regierung kam.

Mit der ruhmlosen Abschiebung dieser beiden Figuren werden die Illusionen über die SPD, die gerade diese beiden SPD-Führer wie keine anderen verbreitet haben, weiter schwinden.

– bb –

Weil die Lage an den Schulen miserabel ist, verschärft sich die Auseinandersetzung um die Schule

Fehlstunden und unerträglich große Klassen, eine stärker werdende Bewegung unter den Eltern gegen die miserablen Schulverhältnisse und hektische Maßnahmen der Schulbehörden gegen aufmuckende Lehrer – dies kennzeichnet die Lage an den Schulen. Während sich die Zustände verschlimmern, werden massenweise Lehramtsanwärter nicht eingestellt. Während sich die direkte Verfolgung auf politisch organisierte Lehrer konzentriert, die diese Verhältnisse anprangern, verstärkt sich der Druck auf alle Lehrer. Zum Schulanfang wurden allein in Niedersachsen 900 Lehrer nicht angestellt. Die politischen Entlassungen, Suspendierungen und Strafversetzungen von Lehrern wurden jetzt zum Schulanfang in Hamburg und Baden-Württemberg vorgenommen. In dieser Situation zeigt sich aber auch deutlich die Möglichkeit, eine breite Front von Eltern, Schülern und Lehrern zustandezubringen, um gegen die Verhältnisse im bürgerlichen Schulwesen zu kämpfen. Ein Beispiel dafür ist die Elterninitiative Vogelstang in Mannheim, die in einem Flugblatt die Wiedereinstellung von fünf Lehrern, die versetzt worden sind, und außerdem die Amtsenthebung des Rektors fordert. Die Elterninitiative wendet sich zugleich gegen Umgruppierungen der Schulklassen, mit denen versucht wird, mißliebige Elternvertreter auszuschalten, und fordert die Änderung der Beamtengesetze in der Weise, daß sie der Information der Eltern durch die Lehrer nicht im Wege stehen sollen. **(ausführliche Berichte Seite 10/11)**

Erklärung von vier Lehrern, die durch das Oberschulamt Karlsruhe entlassen wurden

"An die dreißig Lehrer – soweit bis jetzt bekannt – hat das Oberschulamt Karlsruhe zu Beginn des Schuljahres 1974/75 gemaßregelt: Vernehmungen, Einleitung von Disziplinarverfahren, Versetzungen, Dienstenthebungen und Entlassungen. All dies wegen Gebrauch des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch Lehrer. Wir, durch Entlassung und Suspendierung des Dienstes enthobene Lehrer, wenden uns angesichts dieser Säuberung an die Öffentlichkeit und erklären:

- **Das Oberschulamt Karlsruhe, sein Präsident Unruh und die Regierung Baden-Württembergs haben es nötig, Druck auszuüben. Zunehmend erweist sich die bürgerliche Gesellschaft als unfähig, die Erziehung menschenwürdig zu gestalten. Das gegenwärtige Schulsystem ist entsprechend den Erfordernissen des privaten Eigentums an Produktionsmitteln aufgebaut und dient dazu, der kapitalistischen Industrie und dem kapitalistischen Staat billiges und williges Menschenmaterial zu liefern.**
- **Nach unserer langjährigen Erfahrung hat dieses Schulsystem statt Entfaltung die Vernichtung der Selbständigkeit der Jugend zum Hauptergebnis. Der Elternschaft ist es gesetzlich verwehrt, auf die Erziehung ihrer Kinder in den Schulen bestimmenden Einfluß zu nehmen. Ihr gegenüber ist der Lehrer zum Schweigen verpflichtet. Spricht er trotzdem, erleidet er Druck, beugt er sich nicht, wird er hinausgesäubert.**
- **Die von der Behörde gegen uns und andere ergriffenen Maßregelungen wirken als Mittel, in der Lehrerschaft einen Korpsgeist zu erzeugen, sie zum blinden Werkzeug der Behörde zu formen und sie den Schülern und Eltern als Vollzugsbeamte gegenüberzustellen.**
- **Durch diese Maßregelungen erzeugt die Behörde das Denunziantentum und schafft eine Schar von Spitzeln, die jedes offene Wort eines Lehrers unter dem Siegel des Dienstgeheimnisses nach oben tragen. Solche vom sittlichen Wert des Berufsbeamtentums und der völligen Verachtung einfacher Menschlichkeit geprägte Lehrer gibt es gegenwärtig schon, und unsere Personalakten sind Zeugnis ihrer Tätigkeit. Es handelt sich in der Hauptsache um Lehrer, die Karriere machen wollen.**
- **Wir behaupten: Die Regierung beabsichtigt, alle Lücken im Schulsystem zu schließen. Einblick und Einfluß der arbeitenden Klassen soll unterbunden werden. Es zeichnet sich eine Lage ab, worin der Lehrer entweder Schüler und Eltern als Feind behandelt, oder vom Staat als Feind behandelt wird. Der Entscheidung werden sich die Lehrer nicht entziehen können.**
- **Wir haben gelernt. Es ist entwürdigend, den Druck zu erdulden und widerstandslos weiterzuwälzen. Zu verbilden, was sich nicht wehren kann und Rücksichten zu üben, anstatt zu protestieren. Man kann Widerstand üben und braucht sich nicht zu ducken.**
- **Die öffentlichen Verfahren, die die Behörde durchführen muß, um die Säuberung durchzusetzen, werden wir dafür nutzen. Diese Maßregeln werden als Mittel der Verhüllung scheitern; sie werden die Schulverhältnisse, die Tätigkeit des Oberschulamtes und der Regierung ans Licht bringen. Wir werden in verschiedenen Städten dieses Landes Veranstaltungen durchführen, wo wir die Richtigkeit unserer Ansichten anhand praktischer Beispiele aus unserer Berufserfahrung beweisen werden.**

Fritz Güde, Studienrat, Humboldt-Gymnasium Karlsruhe, suspendiert am 18. August 1974 nach 15 Dienstjahren

Jörg Ogrowski, Studienassessor, Gewerbeschule I Heidelberg, entlassen am 9. Juli 1974 nach 2 Dienstjahren

Jürgen Daum, Studienassessor, Tulla-Gymnasium Mannheim, entlassen am 26. August 1974 nach 6 Dienstjahren

Mechthild Veil, Realschullehrerin z.A., Realschule Sinsheim, suspendiert am 29. August 1974 nach 3 Dienstjahren."

Rückfragen sind zu richten an: Jürgen Daum, 6800 Mannheim, Ifflandstrasse 16, Tel. 0621/20 521.

Die Sonderzüge zur Chile-Demonstration

Der Koordinationsausschuß der westdeutschen Chile-Komitees hat 3 Sonderzüge für die Anreise zur Frankfurter Demonstration bestellt. Die KVZ veröffentlicht hier die Abfahrtszeiten der Züge und die Rückkunftzeit. Karten für die Sonderzüge können über die KVZ-Verkäufer, die örtlichen Adressen des KBW und die Chile-Komitees bezogen werden. Da die Haltezeiten knapp kalkuliert sind, ist es unbedingt notwendig, 15 Minuten vor der angekündigten Abfahrt am Bahnhof zu sein.

Bahnhof	Abfahrt	Ankunft
Freiburg	8.31	23.10
Emmendingen	8.43	23.00
Offenburg	9.11	22.31
Karlsruhe	9.50	21.47
Bruchsal	10.05	21.32
Wiesloch	10.18	21.19
Heidelberg	10.28	21.08
Mannheim	10.50	20.45
Weinheim	11.06	20.27
Darmstadt	11.29	20.03
Frankfurt	11.48	19.40

Bahnhof	Abfahrt	Ankunft
Bremen	5.16	2.47
Osnabrück	6.20	1.33
Münster	7.02	1.00
Hamm	7.27	0.36
Dortmund	7.53	0.11
Bochum	8.08	23.55
Essen	8.22	23.40
Düsseldorf	8.57	23.02
Köln	9.27	22.20
Bonn	9.56	21.47
Koblenz	10.40	21.02
Frankfurt	12.20	19.30

Bahnhof	Abfahrt	Ankunft
Kiel	3.05	4.18
Neumünster	3.32	3.53
Hamburg	4.45	2.49
Lüneburg	5.22	2.09
Celle	6.14	1.17
Hannover	6.50	0.32
Hildesheim	7.30	23.54
Kreiensen	8.06	23.17
Göttingen	8.33	22.51
Kassel/ Wilhelmshöhe	9.26	21.55
Marburg	10.28	20.53
Giessen	10.48	20.36
Frankfurt	11.50	19.30

Aus dem Inhalt:

Seite 2
Komplizierte Manöver im Kampf um Einflußsphären auf dem Rücken des zypriotischen Volkes

Seite 3
Mannheimer Justizskandal: Wegen der Ermordung und Mißhandlungen von Gefängnisinsassen sowie wegen der Polizeischießerei ermitteln die Verantwortlichen selber!

Seite 4-6
Aus Betrieb und Gewerkschaft
Die Stahltarifrunde: Auseinandersetzungen um die Form und die Höhe der Forderung: 1,20 DM bei Klöckner gefordert
Gewerkschaftstag der IG Metall: Der Vorstand stellt keinen Antrag zur wirtschaftlichen Lage und zu den Lebensbedingungen der Metallarbeiter

Seite 7
Hamburg: Der Kampf gegen die Tariferhöhungen bei Strom, Wasser, Gas / Reynolds muß vorläufig geschlossen werden: Interview mit einem Reynolds-Kollegen

Seite 8
Aus der Organisation
Über einige Fehler im Kampf um Demokratie
Die KVZ muß Wochenzeitung werden

Seite 9
Korrespondenzen zu den Hessenwahlen
Die Landesliste des KBW

Seite 12
Korrespondenzen aus der Bundeswehr
Über offene und verdeckte Arbeit / Der Vertrauensmann / Kommunisten und Kriegsdienstverweigerung

Seite 13
Die Weltbevölkerungskonferenz
Die rassistische Überbevölkerungstheorie der Imperialisten wird widerlegt

Ford und Rockefeller: Das neue Gespann

Durch das bürgerliche Amerika geht ein Aufatmen: Man hat wieder einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten dazu. Der Präsident Ford ist vor Antritt seiner Vizepräsidentschaft von 430 Geheimpolizisten auf eine saubere Weste hin durchsucht worden. Die bürgerliche Klasse in den USA hat es nicht leicht, aus ihrem politischen Personal einen halbwegs vorzeigbaren, nicht offen korrupten Kandidaten für das höchste Staatsamt zu finden. Sicher sein kann sie sich nur beim frisch ernannten Vizepräsidenten Rockefeller: Der Mann ist nicht zu bestechen. Der ist so reich, daß niemand das Geld aufbringen könnte, um ihn zu bestechen.

Abertausende von Arbeitern in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt schuften für den Herrn Vizepräsidenten ganz persönlich. Da kann dieser es sich schon mal leisten, in kleinen Dingen großzügig zu sein. Er ist ein Förderer der Künste und schätzt es, einen beträchtlichen Teil seines Privatvermögens in Kunstwerken anzulegen. Von ihm und seiner Familie unterhaltene Stiftungen befassen sich mit den "großen Lebensfragen" der Nation und halten ganze Schwärme von Wissenschaftlern in ihren Diensten. In den fünfziger Jahren hat eines dieser von ihm finanzierten Institute die Sache mit der sogenannten "Raketenlücke" entdeckt. Die USA seien beträchtlich hinter der Sowjetunion zurückgeblieben, hieß es.

Der größte Geldsack: Er ist unbestechlich

Das stimmte zwar nicht, führte aber zu vollen Auftragsbüchern in der Rüstungsindustrie und trug allgemein zur Belebung des Geschäfts bei.

Persönlich wird er auf 300 Millionen Dollar geschätzt. Das Gesamtvermögen seiner Familie auf 6 bis 10 Milliarden. Über die drittgrößte Bank der Welt, die Chase Manhattan Bank, dirigiert sein Bruder David eines der größten Imperien des amerikanischen Finanzkapitals.

Das große Kapital in den USA ist mit den beiden neuen Männern an der Spitze des Staates ausgesprochen zufrieden. Als eine Stimme von vielen sei der Vizepräsident der United Aircraft Corp., McGregor, zitiert, der erklärte: "Die Unternehmer können hinsichtlich Ford optimistisch sein." Rockefeller ist einer der ihren und zu Ford unterhalten sie die besten Verbindungen. Und beide haben sie eine gute Presse zur Zeit und kommen beim Volk an. Es ist gelungen, für den Moment die Regierung der Vereinigten Staaten wieder auf einen höheren Grad von Zustimmung zu gründen. Und die herrschende bürgerliche Klasse hat sich dazu keiner zweifelhaften "Volksmänner" und zwielichtiger Advokaten bedienen müssen, die von der Ausplünderung öffentlicher Ämter leben. Sondern sie hat gerade durch die Ausbootung einer solchen Advokatengestalt ihre eigenen Leuten und direkten Gewährsmännern in ein besseres Licht stellen können.

Diese Besetzung der höchsten Staatsämter ist ein Erfolg vor allen Dingen für das große Kapital, das in den meisten Fällen seine politische Macht nicht so direkt, sondern indirekt, über Politikerkauf und Beamtenkorruption, ausübt. Die vielzitierte "Selbstreinigung der amerikanischen Demokratie" hat dem großen Kapital diesen politischen Erfolg gebracht. Diese Selbstreinigung besteht darin, daß im öffentlichen Leben der USA derzeit die Umgangsformen, wie sie in einer Spielhölle herrschen, nicht gefragt sind, und stattdessen die noblieren Umgangsformen der besseren Leute in Kurs gekommen sind. Die Rettung für Amerikas Demokratie wird darin gesehen, daß es wie eine Aktiengesellschaft regiert wird, in deren Aufsichtsrat es keine Korruption gibt, weil die dort sitzenden Vertreter direkte Eigentümer eines beträchtlichen Teils des verwalteten Kapitals sind. Und weil sie allesamt von der Ausbeutung der arbeitenden Klasse so gut leben, daß Staatsämter und Pfründe für sie keine Versuchung sind. Vom Übel der Korruptionswirtschaft, die ihre Ergänzung findet in der Millionärsdemokratie, können sich Arbeiterklasse und Volk in den Vereinigten Staaten nur befreien, wenn sie mit dem Gesellschaftssystem Schluß machen, auf dem beides blüht. Demokratie, in der die arbeitenden Massen zu bestimmen haben, ist umfassend nur auf dem Boden sozialistischer Produktionsverhältnisse möglich. Die ökonomische Ungleichheit, die darin besteht, daß die Arbeiter der Gesellschaft ihre Arbeitskraft an die Nichtarbeiter, die Besitzer der Produktionsmittel, verkaufen müssen und deren Reichtum produzieren, diese ökonomische Ungleichheit verträgt sich nicht mit der politischen Gleichheit.

– W.M. –

Portugal erkennt Guinea-Bissau an

Die Verhandlungen zwischen der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und den Kapverdischen Inseln und der portugiesischen Regierung sind am 26 Augustin Algier mit einem Erfolg der PAIGC abgeschlossen worden. Portugal erkennt die Republik Guinea-Bissau in aller Form an. Hinsichtlich der Kapverdischen Inseln wurde vereinbart, dort eine Volksabstimmung durchzuführen. Damit sind alle Hindernisse beseitigt für eine sofortige Aufnahme in die UNO, die bereits vom Sicherheitssrat befürwortet worden ist. Nicht beseitigt ist die Herrschaft des portugiesischen Kolonialismus über die Kapverdischen Inseln. Deshalb wird die PAIGC den Kampf weiterführen bis zur vollständigen Befreiung des gesamten Territoriums.

GLÜCKWUNSCH–SCHREIBEN DES KBW AN DIE PAIGC

Der Kommunistische Bund Westdeutschland beglückwünschte die PAIGC zu diesem Sieg mit dem folgenden Schreiben:

"An das Sekretariat der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und den Kapverdischen Inseln

Aristides Perreira
Luis Cabral

Conakry, Republik Guinea

Liebe Freunde!
Im Namen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland beglückwünschen wir Euch zu Eurem Sieg in den Verhandlungen mit Portugal. Portugal mußte die Republik Guinea-Bissau anerkennen noch nicht einmal ein Jahr nach ihrer feierlichen Verkündung. Das ist das Ergebnis des heldenhaften bewaffneten Kampfes des Volkes von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln. Dieser Kampf war auch ein wesentlicher Beitrag für den Sturz des faschistischen Regimes in Portugal. In diesem Kampf hat Euer Volk gesiegt über den portugiesischen Kolonialismus und die imperialistischen Kräfte, die ihn unterstützt haben.
Wir wünschen der PAIGC viel Erfolg für den weiteren Aufbau der Republik Guinea-Bissau und insbesondere für die Befreiung der Kapverdischen Inseln!"

AUF DEM RÜCKEN DER ZYPRIOTEN:

Komplizierte Manöver im Kampf um Einflußsphären

Tausende Zyprioten, griechischer und türkischer Nationalität, sind umgekommen, zehntausende von Zyprioten, griechischer und türkischer Nationalität, sind bereits Flüchtlinge oder sollen ihre Heimat verlassen: was immer als Ergebnis des Krieges um Zypern herauskommen wird: Verlierer ist das zypriotische Volk, gleichgültig ob Griechen oder Türken.

Die Reaktionäre behaupten, es gebe kein zypriotisches Volk, es gebe nur Griechen und Türken. Tatsache ist, daß es den Reaktionären bisher weiterhin gelungen ist, das Volk von Zypern, die Arbeiter und Bauern in Griechen und Türken zu spalten, um die Vorherrschaft über das zypriotische Volk auszuüben und die Insel unter die Fuchtel der imperialistischen Mächte zu bringen. Diese Spaltung soll gegenwärtig besiegelt werden, um die Einmischung von außen und die fremde Vorherrschaft zu verewigen. Im Streit darum, wer die Insel beherrschen soll, gibt es keine Einheit zwischen den verschiedenen Staaten, die um die Insel ringen und insbesondere nicht zwischen den beiden Supermächten. Einig sind sie sich aber darin, daß das Schicksal des zypriotischen Volkes gleichgültig ist und die strategische Bedeutung der Insel die eigene Einmischung rechtfertigt.

DIE "DISKRETE DIPLOMATIE" DES US-IMPERIALISMUS

Der US-Imperialismus will die Insel auf jeden Fall in die Hand bekommen. Erst hat er auf die griechische Junta gesetzt, dann auf die türkische Invasion. Er hat das Pferd gewechselt. Jetzt will er über die Türkei auf die Insel, aber selbstverständlich will er die Insel nicht bekommen, um Griechenland dafür zu verlieren. Die griechische Regierung hat ihre Truppen aus der NATO zurückgezogen, im griechischen Volk hat sich ein starker Widerstand gegen die USA und die NATO entwickelt. Nachdem die türkische Invasion die Unabhängigkeit der Insel beseitigt hat, versucht der US-Imperialismus durch "diskrete Diplomatie", sowohl die Türkei als auch Griechenland wieder an die Zügel zu bekommen. Was bedeutet diskrete Diplomatie? Diskrete Diplomatie bedeutet, heimlich massiven Druck ausüben und andere für die eigene Sache öffentlich auftreten lassen. In Griechenland, wie in der Türkei, hat der US-Imperialismus Truppen stehen und Militäreinrichtungen, in beiden Ländern hat er Milliarden Dollars investiert, den Staatsapparat und die Armee hat er in beiden Ländern völlig durchsetzt mit seinen Handlangern und mit direkten CIA-Agenten. Hat der US-Imperialismus da nicht großartige Möglichkeiten für eine diskrete Diplomatie, wie sie Kissinger jüngst in seiner Pressekonferenz als geeignetes Mittel zur Lösung der gegenwärtigen "Schwierigkeiten" bezeichnet hat? Für den US-Imperialismus ist es im Moment am besten, sich einigermaßen zurückzuhalten, wenn er nicht riskieren will, daß ihm die Entwicklung ernstlich aus den Händen gleitet. Deshalb hat er aus der Erschießung seines Zypernbotschafters, dem eigens zwei Monate vor dem Sampson-Putsch nach Zypern entsandten "Nahost-Experten" Davies nicht sonderlich viel gemacht, sondern hat ihn lediglich als pflichtbewußten Beamten in allen Ehren und in Anwesenheit der höchsten Staatsspitzen begraben. In anderen Fällen hat der US-Imperialismus bereits unter Hinweis auf viel geringfügigere Vorwände Invasionen eingeleitet und durchgeführt, z. B. in den fünfziger Jahren im Libanon. Gegenüber der griechischen Regierung hat der US-Imperialismus bis jetzt noch nicht einmal richtig mit dem Säbel gerasselt, sondern sich auf dringliche Einladungen an Karamanlis nach den USA beschränkt. Diese Einladungen hat Karamanlis ausschlagen können, ohne daß er bisher einem Attentat oder einem Putsch zum Opfer gefallen wäre. Die gegenwärtige "Diskretion" der USA erklärt sich leicht: der US-Imperialismus will die Zügel hintenrum wieder vollständig in die Hand bekommen, ohne durch eine weitere Verschärfung der Lage, der anderen Supermacht eine Möglichkeit zum offenen Eingreifen zu geben.

DIE "FRIEDENSOFFENSIVE" DER SOWJETUNION

Während der US-Imperialismus gegenwärtig alles Interesse hat, im Hintergrund zu bleiben, "diskrete Diplomatie" treibt und nach vollbrachter Zerstörung der Unabhängigkeit Zyperns, die ganze Angelegenheit wieder am liebsten an den Genfer Verhandlungstisch bringen würde, um damit die offiziellen Verhandlungspartner auf Großbritannien, Griechenland und die Türkei einzuschränken, hat die Sowjetunion großspurig einen eigenen "Friedensplan" veröffentlicht. Der Kern dieses Friedensplanes besteht darin, daß die SU offiziell ins Geschäft kommen soll. Dies möchte sie dadurch erreichen, daß das künftige Schicksal Zyperns durch den Sicherheitsrat ausgehandelt wird, der gegenüber Griechenland und der Türkei an die Stelle Großbritanniens treten soll, das bisher die offizielle Rolle des "ehrlichen Maklers" spielte. Von Anfang an hat die SU mit Hilfe des Sicherheitsrates ins zyprische Geschäft zu kommen versucht: so hatte sie zunächst bei Ausbruch des Krieges eine Kommission des Sicherheitsrates nach Zypern entsenden wollen, um als Mitglied dieser Kommission direkt auf dem Schauplatz der Auseinandersetzung auftauchen zu können. Dieser Plan ist gescheitert, weil die westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates natürlich kein Interesse daran haben, die SU mit ins Geschäft zu bringen und weil die VR China aus prinzipiellen Gründen auch in diesem Fall gegen eine Einmischung des Sicherheitsrates in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Landes, nämlich Zyperns, aufgetreten ist. Mit ihrem neuen Plan setzt die SU auf Griechenland, allerdings ohne es sich mit der Türkei verderben zu wollen. Die türkische Invasion und Besetzung wird nicht ausdrücklich verurteilt. Außer bei der griechischen Regierung ist die SU mit ihrem Plan nicht auf viel Gegenliebe gestoßen, obwohl sie ihn mit einigen "antiimperialistischen" Bonbons versehen hat: so sollen z. B. unter Umständen einige blockfreie Länder zu der Konferenz hinzugezogen werden. Das Hauptargument der SU für ihren Vorschlag ist, daß der "enge Rahmen" der NATO versagt habe, deshalb müsse der Rahmen "erweitert" werden. Ist das nicht ein großartiges Argument? Heißt das nicht einfach, der Rahmen der Mächte, die sich bisher in die Angelegenheiten Zyperns eingemischt haben, sei zu eng, unbedingt müsse sich auch die SU einmischen können und zwar offiziell? In dem Vorschlag ist zwar viel von der Unabhängigkeit Zyperns die Rede, aber wer nimmt der heutigen Sowjetunion schon solche großen Worte ab, nachdem sie in der CSSR endgültig offen gezeigt hat, was sie in Wirklichkeit von solchen Prinzipien hält, nachdem sie sich in Pakistan eingemischt und in jedem Fall richtige Prinzipien nur dazu nützt, ihre imperialistischen Interessen zu tarnen. Geht man von den Interessen des zyprischen Volkes und von den Interessen der Völker der Welt aus, dann ist eine Einmischung des Sicherheitsrates in die inneren Angelegenheiten Zyperns genauso abzulehnen, wie jede andere Einmischung auch.

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT WILL AUCH INS GESCHÄFT KOMMEN, IST SICH ABER WIE IMMER NOCH NICHT GANZ EINIG AUF WELCHE ART UND WEISE

Ziemlich klar hat Frankreich Stellung genommen: es hat sich gegen die türkische Invasion ausgesprochen und hat sich damit auf die Seite Griechenlands gestellt. Offensichtlich ist es das Ziel Frankreichs, weiterhin eine selbständige europäische Politik zu entfalten und auch vor Interessenskonflikten mit den USA als Oberherr der imperialistischen Staaten nicht zurückzuscheuen: denn eine Verurteilung der türkischen Invasion bedeutet unausgesprochen eine Kritik an der Politik der USA. Die Bundesregierung hat demgegenüber nicht Stellung genommen, sondern beschränkt sich nach außen auf Reden über die Notwendigkeit der Versöhnung zwischen Griechenland und der Türkei und auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Friedens in der NATO. Das läßt sich leicht erklären: die Bundesrepublik steuert nach wie vor im Fahrwasser des US-Imperialismus und tritt vorläufig nicht offen gegen ihn auf; außerdem hat sie Interessen in beiden Ländern, sowohl in der Türkei als auch in Griechenland. Die Zeit, eine selbständige imperialistische Politik zu machen, hält sie noch nicht für gekommen und um diese Zeit vorzubereiten, versucht sie, in Griechenland und in der Türkei ihren Einfluß zu stärken. Beides sind Länder, in denen sie bedeutendes Kapital investiert hat und auf die sie gerade unter den Regierungen von Ecevit und Karamanlis zunehmend politischen Einfluß zu gewinnen hofft.

DIE MITTELMEERVÖLKER MÜSSEN SICH GEGEN DEN IMPERIALISMUS ZUSAMMENSCHLIESSEN UND DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE AUS DEM MITTELMEER HINAUSWERFEN

Das Schicksal des zypriotischen Volkes zeigt den Völkern am Mittelmeer, in Europa und in aller Welt, was jedem von ihnen blühen kann, solange der Imperialismus fortexistiert und die beiden Supermächte in jedem Winkel der Welt um ihre Vorherrschaft kämpfen. Es zeigt auch, daß man ein solches Schicksal nur verhindern kann, wenn man untergeordnete Widersprüche, wie den zwischen verschiedenen Nationalitäten überwindet und wenn sich die Völker im Innern unter Führung der Arbeiterklasse zusammenschließen. Solange die Bourgeoisie an der Macht ist, kann der Einfluß des Imperialismus nicht gebrochen werden, selbst wenn die Bourgeoisie des jeweiligen Landes selbst nicht imperialistisch ist. Der bürgerliche Charakter der Regierung Makarios hat verhindert, daß die Widersprüche zwischen den Griechen und den Türken auf der Insel gelöst werden konnten, und hat damit der Spaltung und Intervention Vorschub geleistet. Der bürgerliche Charakter der Regierung Karamanlis verhindert, daß das griechische Volk dem US-Imperialismus bisher wirklich ernste Schläge versetzen konnte. Dieser Regierung könnte höchstens den Einfluß der einen Supermacht durch den Einfluß der anderen Supermacht ersetzen. Die Regierung Ecevit, die behauptet, im nationalen Interesse zu handeln, reitet in Wirklichkeit die Türkei in noch tiefere Abhängigkeit vom US-Imperialismus hinein. Einzelne Regierungsmitglieder spucken zwar große Töne, daß sie sich auch vom US-Imperialismus nicht gängeln ließen, in Wirklichkeit hat die türkische Regierung jedoch bereits angeboten, die NATO-Stützpunkte in Griechenland zu ersetzen und notfalls der 6.Flotte Heimstatt zu bieten. Unter bürgerlicher Regierung werden die Völker niemals eine wirkliche Unabhängigkeit erringen, sondern immer in die Intrigen der imperialistischen Mächte und insbesondere der beiden Supermächte verstrickt und ihnen unterworfen bleiben.

–Joscha Schmierer–

Polizeischiesserei in Käfertal – Justizskandal in Mannheim

Ungefähr 5 Wochen nach der Polizeischießerei in Käfertal ergibt sich folgendes Bild:
Auf der einen Seite steht der Staatsapparat, vor allem Polizei und Staatsanwaltschaft, die durch fieberhafte Ermittlungstätigkeit versuchen, das Bild von dem Mord an dem Arbeiter H.J. Remiszko, das sie gleich nach dem Vorfall gegeben hatten, zu bestätigen. Dieses Bild sah so aus, daß 40 bewaffnete Rocker zwei wehrlose Zivilpolizisten zusammengeschlagen hätten und die Polizeibeamten in Notwehr einen erschossen und zwei weitere schwer verwundet hätten.
Auf der anderen Seite stehen jedoch Augenzeugenberichte, die aussagen, daß die Jugendlichen von den Polizisten angegriffen wurden, nicht bewaffnet waren und auch nur zu siebt oder acht waren.

REAKTION DER VERANTWORTLICHEN AUF DIE ARBEIT DES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES

Als sich jedoch der Untersuchungsausschuß Käfertal zusammensetzte und Dokumentationen und Flugblätter herausbrachte, da ging die Staatsgewalt vereint mit der bürgerlichen Presse sofort vor. Zeugen wurden verhaftet, Flugblätter und die zwei Dokumentationen wurden beschlagnahmt. Verteiler und Verkäufer der KVZ wurden vorübergehend festgenommen. In der Presse wurden Leserbriefe nicht veröffentlicht, systematisch wurden alle Informationen über die Polizeischießerei zurückgehalten. Aber zumindest war die Staatsanwaltschaft nun gezwungen, eine Kommission einzusetzen. Das mühselig zusammengebastelte Lügengebäude brach auseinander, weil zu offensichtlich war, daß in dieser Angelegenheit die Verantwortlichen, Polizei und Staatsanwaltschaft zu viel Dreck am Stecken hatten.

Aber kaum ist der eine empörende Vorfall aufgetaucht, bei dem die Menschenfeindlichkeit des Staatsapparates und der Politiker klar herauskam, da kommt schon der nächste.

MORD UND TOTSCHLAG IM LANDESGEFÄNGNIS

Am 17. Juli, in der selben Nacht, in der der Arbeiter Remiszko erschossen wurde, wurde im Mannheimer Landesgefängnis ein Häftling so schwer mißhandelt, daß er bald darauf starb. Die Zelle war ganz voll Blut, berichten Zeugen. Und noch am 3./4. August behauptet die Staatsanwaltschaft, dies sei ein Selbstmord mit Schlaftabletten gewesen.
Als an Weihnachten 1973 der Häftling Vast erschlagen wurde, behauptete die Polizei am 30. Dezember 1973, "ein Tod durch Fremdverschulden sei ausgeschlossen". Obwohl der Polizeipräsident damals genau wußte, daß dies ein Mord war, sagte er, es war ein Selbstmord. Heute meint er, "die damalige Formulierung sei wohl von heute aus betrachtet etwas voreilig gewesen".
Am 7. Juli 1971 wurde der Häftling Christ bei 30 Grad Außentemperatur in eine vollgeheizte Zelle eingesperrt; die eitrige Gehirnhautentzündung, die er hatte, wird vom Gefängnisarzt als Delirium tremens bescheinigt. Bald darauf ist Christ tot.
Im Juni 1974 stirbt ein weiterer Häftling an den Folgen der Blutnacht an Pfingsten.

AUFDECKUNG DURCH DEN GEFANGENENRAT

Erst mit der Aufdeckung des Fankfurter Gefangenenrats kam eine ganze Lawine ins Rollen, die die ganze Menschenfeindlichkeit der verantwortlichen Beamten und Politiker ans Tageslicht bringt und ihre Lügengebäude zusammenstürzen läßt. Der Gefangenenrat brachte die Beweise von den oben genannten 4 Morden, von zahllosen Schlägereien und Folterungen. Die verantwortlichen Politiker dementierten aber. Noch am 13. August 1974 behauptete Ministerialrat Rebmann im Auftrag von Justizminister Bender: "99,9 % aller Beschuldigungen seien haltlos." Inzwischen reiht sich eine Enthüllung an die nächste: Der Amerikaner Hata wurde gefoltert. Ihm wurde eine Zigarette im Gesicht ausgedrückt. Der Anstaltsarzt Reith nannte dies eine "leichte Verschorfung". Im Krankenhaus wurde es eine Verbrennung zweiten Grades. Dem Taxifahrer Uwe Walter wurde das Gesicht so zerschlagen, daß er eine Gesichtsplastik braucht.
Herbert G. leidet heute noch an einer Hodenverletzung vom 27. Juli 1973.

In allen Fällen wurden die Ermittlungen von der Mannheimer Staatsanwaltschaft entweder gleich gar nicht aufgenommen oder wegen Geringfügigkeit eingestellt. Der Justizminister Bender, der von sich behauptet, "häufiger als Sie denken mögen" die Gefängnisse zu besuchen, wußte angeblich von nichts. Erst sollten es Ausnahmefälle sein, jetzt werden die unteren Beamten verhaftet; inzwischen sind 10 Beamte in Untersuchungshaft und über 50 Verfahren eingeleitet worden. Den Anstaltsleiter Recher schickt man in der Zwischenzeit in Urlaub. Sogar dem Gefängnisbeirat, Vertreter der Rathausparteien, ist anscheinend nichts aufgefallen, denn öffentlich hat er bisher noch nichts von sich hören lassen.

In den letzten 4 Jahren starben im Mannheimer Landesgefängnis mindestens 4 Häftlinge an den Folgen schwerer Mißhandlungen.

In den letzten 4 Jahren starben im Mannheimer Landesgefängnis mindestens 4 Häftlinge an den Folgen schwerer Mißhandlungen.

DIE VERANTWORTLICHEN LEITEN DIE "ERMITTLUNGEN" SELBST

Der vom Justizministerium inzwischen eingesetzte Untersuchungsausschuß versucht jetzt die Zustände im Gefängnis als eigentlich ganz gemütlich hinzustellen. Das tut er, indem er die Mißhandlungen weitgehend verschweigt und dafür ganz andersartige Mißstände aufdeckt, nämlich Korruption und Bestechung der Justizbeamten durch begüterte Gefangene. Fluchtbeihilfe für Wirtschaftsverbrecher gegen hohe Beträge, Saufpartys, Ausflüge in Massagesalons etc. Doch diese Fälle sind nur die Kehrseite der Situation in Gefängnissen. Der normale Häftling wird übel geschunden, die Stehkragenverbrecher gegen Bestechungsgelder mit allen Annehmlichkeiten bis zur Fluchthilfe versorgt. Indem der Untersuchungsausschuß des Justizministeriums allein diese Fälle veröffentlicht und die Mißhandlungen herunterspielt, versucht er den Eindruck zu erwecken, daß es allen Gefangenen eher zu gut geht.

Bestraft werden natürlich nur die unteren Beamten, während Gefängnisleitung, Staatsanwaltschaft und Justizministerium, die nachweislich die unteren Beamten zu ihrem Tun ermutigt haben und zum Teil direkt dabei waren, entweder in Urlaub geschickt werden oder nun selbst die "Ermittlungen" leiten.

DIE VERANTWORTLICHEN MÜSSEN ZUR RECHENSCHAFT GEZOGEN WERDEN

Daß die Vorfälle im Mannheimer Gefängnis keine Ausnahmefälle sind, beweisen die täglich neuen Briefe an den Gefangenenrat aus anderen Haftanstalten und inzwischen auch Berichte in der Presse von anderen Städten. Die Herren wie CDU-Justizminister Bender und andere verantwortliche Politiker sind nur auf Druck der Öffentlichkeit überhaupt bereit gewesen, Stellung zu nehmen, um ihre Haut zu retten. Um die Proteste der Gefangenen haben sie sich einen Dreck geschert. Jetzt aber müssen sie Schritt für Schritt zurückweichen. Wir begrüßen und unterstützen die Forderung des Gefangenenrats nach Benders Rücktritt. Jetzt kündigt er schon seit einer Woche neue "sehr schmerzliche" Enthüllungen an. Er beweist mit seiner Amtsführung die ganze Menschenverachtung des kapitalistischen Staatsapparates. Der Stadtrat, der z.B. auch den Gefängnisbeirat vorschlägt, hat bis heute, wie bei der Erschießung von H.J. Remiszko, noch keine Stellung genommen. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft, die gegen keinen für die Folterungen Verantwortlichen ermittelte, klagt jetzt im Fall H.J. Remiszko Mitglieder des Untersuchungsausschusses und des KBW wegen Beleidigung und Volksverhetzung an, z.B. weil in Zeitungen und Flugblättern behauptet wird, daß die Wahrheit von Polizei und Justiz vertuscht wird. Diese Verhältnisse stinken zum Himmel, und sie beweisen einmal mehr, daß das kapitalistische System zerschlagen werden muß, soll ein Arbeiter zu seinem Recht kommen!
Wir fordern
die sofortige Veröffentlichung des gesamten Materials über die Mißhandlungen im Mannheimer Gefängnis!
öffentliche Stellungnahme der Mannheimer Stadträte zu der Polizeischießerei und dem Gefängnisskandal!

– G.R., Mannheim –

Schlacht um Futtertrog

IM STREIT UM PFRÜNDE KENNEN DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN VON HILDESHEIM KEINE GRENZEN

Der Hildesheimer Wahlzettelkrieg hat auf der Ratssitzung vom 26.8. einen vorläufigen Höhepunkt erlebt. Bei der Wahl im Juni waren auf die CDU 23, auf die SPD 21 und auf die FDP 3 Mandate entfallen. SPD und FDP bildeten eine Koalition. Da die FDP ihr drittes Mandat nur mit einem Vorsprung mit 15 Stimmen erzielt hatte, beantragte die CDU Kontrolle der Stimmzettel, die Oberstadtdirektor Kampf (CDU) auch aus freien Stücken durchführen ließ. Die Kontrollzählung ergab, daß die FDP 17 Stimmen weniger erhielt, worauf die CDU das dritte Mandat der FDP für sich beanspruchte. Dies hätte die absolute Mehrheit für die CDU bedeutet und damit Regierungswechsel in Hildesheim. Bei der Kontrollzählung stellte man ferner das Fehlen von 56 Stimmen aus insgesamt 6 Wahlkreisen fest. Hier ging es offensichtlich nicht mit rechten Dingen zu. Doch erklärlich ist dies schon, bedenkt man folgendes:
Oberstadtdirektor Kampf (CDU) steht kurz vor seiner Pensionierung und sein Posten geht nun für 12 Jahre an die Partei, die die Mehrheit im Rat stellt. Vor den Wahlen hatte die CDU mit einem Hildesheimer Wahlerfolg gerechnet. Dabei stützte sie sich auf Wählerbefragungen. Deshalb manövrierte sie auch den im Kreis untergebrachten Dr.Buerstette (CDU) in die Stadt. Dr.Buerstette sollte die Nachfolge von Kampf antreten. Doch daraus wurde durch die Wahlniederlage nichts, was die Herren von der SPD zu Sprüchen ermunterte: "Die CDU ist ein schlechter Verlierer!" Diese Herrschaften haben gut lachen. Sie stellen für weitere 2 Jahre die Hildesheimer Regierung und neben dem Bürgermeisterposten besetzen sie noch zwei Stellvertreter-Posten für den Bürgermeister. Allein Wipprecht, der zweite Stellvertreter, kassiert 8 000 DM für diesen Job aus Steuergeldern.
Die Aufsichtsratsposten bei den Stadtwerken und den Wohnungsgesellschaften bleiben also weiter in der Hand der SPD/FDP. Dazu wird die SPD/FDP nun auch noch den Oberstadtdirektorposten einstreichen können. Doch die CDU kämpfte nach der Wahlniederlage weiter. Sie tat das, was nach Aussage von Kampf bei "damaligen Verlusten von Wahlzetteln nicht üblich war, da die Diskrepanz zwischen SPD und CDU zu gering gewesen ist", – man führte durch den stellvertretenden Gemeindewahlleiter und Oberstadtdirektoranwärter Dr.Buerstette die Kontrolle der Stimmzettel durch.
Diese Schlachten um den Futtertrog sollten geheim laufen und so entrüstet sich Kampf über die große Öffentlichkeit. Der Verlust von Stimmzetteln sei überhaupt eine ganz normale Sache, so Kampf, und in Gifhorn habe man nicht mal Notiz von der Verbrennung von 2 000 Stimmzetteln genommen. Und wie sie zum 1.September der Erhöhung der Strompreise in Hildesheim zustimmten, so stimmten auch hier die Fraktionen überein. – Bloß keine Öffentlichkeit! – Doch die Bevölkerung beobachtet diese Schlachten mit Empörung und wird dies, nach Aussage aller Ratsfraktionen, mit "Wahlpassivität" quittieren. Die Ratssitzung wurde mit der Abstimmung über zwei Anträge geschlossen. Die CDU beantragte, einen Ausschuß zu bilden, der die Suchaktion nach den verlorenen Stimmzetteln antreten sollte und die SPD baute auf die "Wählermeinung" und plädierte auf Neuwahl in sechs Wahlbezirken. Der Antrag der SPD setzte sich durch. Die CDU wird nun das Verwaltungsgericht anlaufen. Eine Entscheidung wird von diesem Gericht in ca. zwei Jahren erwartet, also dann, wenn der neue Stadtrat gewählt wird.

Oberstadtdirektor Kampf ist der ganze Zettelkampf so auf das Gemüt geschlagen, daß er auf der Ratssitzung offen erklärte: "Anstatt Wahlen, müßte man sich in der Zukunft was besseres ausdenken." Jawohl, Herr Kampf! **Anstatt solcher Wahlen wie im Juni,** bei denen das Volk bestimmen darf, wer es in den nächsten zwei Jahren im Rat balbieren darf, wird das Volk die ständige Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht aller Volksvertreter und ihre Bezahlung in der Höhe eines Facharbeiterlohnes durchsetzen. Das ist für Herr Kampf nicht besser, aber für das Volk ist es besser, denn wir brauchen Volksvertreter, die den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus entschlossen anpacken.

–J.M.–

LESERBRIEF

Steuerreform ist Betrug

Während der Semesterferien arbeitete ich für mehrere Wochen als Aushilfsangestellter beim Finanzamt Hamm (Westf.). Meine Arbeit bestand darin, den vornehmlich auf der Lohnsteuerstelle beschäftigten Beamten und Angestellten des Unter- und Mittelbaus in steuerlichen Fragen zur Hand zu gehen. Schon nach einigen Tagen konnte ich feststellen, daß über die genannte Steuerreform – was sich ja schon vom Beruf her ergibt – viel unter den am Finanzamt Beschäftigten geredet wurde. Dabei fiel mir immer wieder auf, daß es kaum jemanden gab, der diese "Steuerreform" gut hieß oder gar verteidigte. Vielmehr waren sich alle darüber im klaren, daß von einer Steuerreform gar keine Rede sein kann und es sich hierbei um nichts anderes als um ein Steueränderungsgesetz handelt, das die Regierung als Reform verkaufen will, um die arbeitende Bevölkerung trotz fortschreitender Inflation und verstärkter Ausbeutung am Arbeitsplatz weiterhin an das kapitalistische Wirtschaftssystem zu binden. Besonders empört waren viele Kollegen darüber, daß sie als Angehörige des öffentlichen Dienstes wohl in Zukunft auch das neue Kindergeld von Amts wegen ausgezahlt bekommen, dafür aber die bisher bestehenden besoldungsrechtlichen Kinderzuschläge im öffentlichen Dienst im Zuge einer minimalen Erhöhung der Ortszuschläge vollständig wegfallen. Dies wurde von den Kollegen nur als ein Beispiel von vielen angesehen, wie das Volk durch diese "Steuerreform" irregeführt wird.
Das war jedoch nicht der einzige Gesichtspunkt, den diese Finanzamtskollegen, die ja als recht schlecht oder nur mäßig verdienende Angehörige des öffentlichen Dienstes auch unter der Steuerungerechtigkeit zu leiden haben, kritisierten. Aus ihrer Erfahrung heraus forderten sie, daß angesichts der Gelder, die sich der Staat durch nicht gestellte Lohnsteuerjahresausgleiche Jahr für Jahr in die Taschen steckt, die zuviel gezahlten Steuern von den Finanzämtern selbst an die Steuerzahler zurückerstattet werden müßten oder das Lohnsteuerjahresausgleich-Verfahren vereinfacht werden müßte. Dadurch wäre auch der oft sehr unlauteren und schwindlerischen Tätigkeit vieler Lohnsteuerberatungsbüros ein Ende gesetzt, die die Unerfahrenheit mit der komplizierten Steuergesetzgebung bei vielen Menschen skrupellos ausnutzen.
Da diese Kollegen die Steuerausplünderung am werktätigen Volk und die Steuerbegünstigung für die Kapitalisten und deren Erfüllungsgehilfen Tag für Tag in der Praxis miterleben müssen, fiel es mir nicht schwer, viele von ihnen von der Richtigkeit der Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der durch die Steuern gedeckten öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft, zu überzeugen. So gelang es mir auch innerhalb kurzer Zeit, mehrere Kommunistische Volkszeitungen unter den Kollegen zu verkaufen, obwohl die Sorge, deswegen etwa disziplinarrechtlich belangt zu werden, unter den Kollegen groß ist. Dieses Beispiel zeigt auch, daß sich der Kampf gegen die Steuerausplünderung bereits in den vom Staat eigens dafür geschaffenen Institutionen zu regen beginnt.

–H.V., Hamm/Münster–

DIENSTENTHEBUNG AUFGEHOBEN

Unter anderem mit dem Vorwurf, er habe im "Komitee gegen politische Disziplinierung und Entrechtung im öffentlichen Dienst" mitgearbeitet, hatte die Westberliner Schulbehörde den Studienreferendar B.Marohl vom Dienst suspendiert. Auf Anordnung des Verwaltungsgerichts mußte die Schulbehörde B. Marohl jetzt wieder einstellen. Das Verwaltungsgericht stellte fest, die Schulbehörde habe B.Marohl vor seiner Diensteinstellung nicht genügend Gelegenheit gegeben, seine Meinung selbst darzulegen. Über 700 Studienreferendare hatten in der "Seminarsprecherkonferenz der Berliner Studienreferendare" einstimmig die Wiedereinstellung Marohls gefordert.

KURZE ZEIT GEMEINDEDIREKTOR:

600 000 Mark Pension

Wer es liest, kann es kaum glauben, aber es ist in einem bürgerlichen Staat wie dem westdeutschen gar nicht so außergewöhnlich: Im Zuge der Gebietsreform im Kreis Meppen verliert der erst 35-jährige Gemeindedirektor von Herzlake durch Gemeindezusammenlegung seinen Posten. Herzlake ist übrigens eine der ärmsten Gemeinden des Emslandes. Aber dieser Gemeindedirektor Johannes Leveling muß jetzt nicht wie die vielen tausend Arbeitslosen in der Bundesrepublik sehen, seine Arbeitskraft eventuell ganz billig an irgendeinen Kapitalisten verkaufen zu können oder vorerst den mühsamen Weg zum Erhalt eines sowieso nicht ausreichenden Arbeitslosengeldes zu gehen. Nein. Diesem Herren ist im Kapitalismus ein anderes Dasein vergönnt. Er wird nämlich mindestens 600 000 Mark Pension aus Steuergeldern bekommen. In den ersten fünf Jahren erhält er jährlich 75 Prozent seines Grundgehaltes. Das sind pro Jahr etwa 28 000 Mark. Bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres hat er dann noch Anspruch auf jährlich 16 000 Mark. "Nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Beamtengesetzes braucht der bisherige Wahlbeamte Leveling keine Tätigkeit anzunehmen, die unter seiner bisherigen Stellung liegt. Der Pensionär kann außerdem in der Privatwirtschaft oder freiberuflich arbeiten, ohne seine Pensionsansprüche zu verlieren." ("Wolfsburger Allgemeine" von 17./18. August 1974)

H.B.,
Ortsgruppe Wolfsburg/Gifhorn

Die letzte Kurzarbeit für 50 000 Arbeiter bei VW ist gerade beendet

Die nächste Kurzarbeit für rund 50 000 VW-Arbeiter steht schon fest. Massenentlassungen für ca. 50 000 Kollegen sind geplant. Und während die Geschäftsleitung über Millionenverluste jammert, wird zugleich bekannt, daß die Pläne für die Errichtung eines Werkes in den USA und in Rumänien unmittelbar vor ihrer Verwirklichung stehen. Das 'Handelsblatt' berichtete, daß außerdem die Errichtung eines Werkes im Iran im Gespräch ist. Der Schah von Persien wolle sogar für diesen Fall bei der Finanzierung des US-Werkes mitmachen, soviel ist es ihm wert, gleichwertiges Mitglied der westdeutschen Kapitalistenclique zu werden. All diese Pläne durch Geschäftserweiterung aus der Krise zu kommen, werden durch Schmälerung gegenüber den VW-Arbeitern durchgesetzt. Schmälerung der Beschäftigung durch Entlassung und Kurzarbeit, Schmälerung des Lohns durch Sparmaßnahmen. Indem ein Teil der Kollegen ganz aus dem Lohnverhältnis rausgeschmissen wird, kann der Druck auf die Beschäftigten erhöht werden, um die Arbeitsleistung nach oben und die Löhne nach unten zu drücken. Wie es bei VW derzeit aussieht, berichtet die KBW Zelle bei VW.

LEIDINGS "SPARMASSNAHMEN": NICHT SICHERUNG DER EXISTENZ, SONDERN WACHSENDE UNSICHERHEIT

Letzte Woche kündigte der VW-Vorstand einen "Generalplan zur Sicherung der Existenz der VW AG" an. Der Plan dient dazu, die Produktion der durch die Krise veränderten Marktsituation anzupassen. Insgesamt ist der Absatz der VW AG im Verhältnis zu den anderen Automobilfabriken bis jetzt weniger zurückgegangen. Das liegt an den Anfangserfolgen der jeweiligen neuen Modelle Passat und Golf. Der Plan ist also eine Rationalisierungmaßnahme. Die einschneidendsten Punkte dieses Plans sind: 10 % der Zeitlöhner und Angestellten sollen entlassen werden.

59-jährige Frauen und 62-jährige Männer sollen auf Frührente gesetzt werden. Weitere Kurzarbeitsperioden werden durchgeführt. Die erste davon Ende September. Die Verträge mit den Fremdfirmen werden aufgekündigt. Keiner der jetzt auflernenden Lehrlinge soll in die Fachabteilung übernommen werden, sondern stattdessen in der Produktion arbeiten. Das VW-Erholungsheim Schulenberg wird geschlossen.

Da die Umstellung der Produktion auf die neuen Modelle Passat, Golf und Audi 50 weitgehend abgeschlossen ist, sollen als erstes die "Unproduktiven" rausfliegen, die wenigen, die nach der Umstellung der Produktion nicht mehr gebraucht werden. Bis jetzt aber müssen die Facharbeiter noch Überstunden und Sonderschichten schieben. Obwohl die Kollegen genau wissen, daß damit der Entlassungstermin vieler von ihnen nach vorne gerückt wird, nehmen sie jede Überstunde hin. Denn jeder von ihnen hat Angst, wenn er sich weigert, auf die "Abschußliste" zu kommen. Schon seit langem sind in den Abteilungen "Kostenüberprüfungen" gemacht worden. Das sah so aus, daß festgestellt wurde, wieviel Kollegen irgendwie wegrationalisiert werden können. Auf Grundlage dieser Untersuchungen der Abteilungsleiter sollen jetzt gezielte Auflösungsverträge angeboten werden. Den Kollegen dieser Abteilungen wird dann gesagt werden, so und so viel von euch müssen "freiwillig" kündigen. So wird den Kollegen die Pistole auf die Brust gesetzt, wenn sie die Auflösungsverträge nicht nehmen, werden sie halt so rausgeschmissen. Dadurch wird gleichzeitig den Meistern eine Waffe gegen die Arbeiter gegeben, die diese einsetzen sollen, um die Kollegen zu immer mehr Arbeitsleistung anzutreiben. Denn natürlich wird kein Kollege einer der Freiwilligen sein wollen, da er im Raum Wolfsburg, wenn überhaupt, dann nur eine schlechter bezahlte Arbeit bekommt.

Durch den Rausschmiß der Fremdfirmen wird die Arbeitslosigkeit in Wolfsburg noch mehr erhöht, da die meisten Kollegen, die als Leiharbeiter im VW-Werk arbeiten, aus Wolfsburg kommen. Besonders hart treffen die Lehrlinge diese Sparmaßnahmen. Sie sollen allesamt in die Produktion gesteckt werden. Was sie da erwartet, wird das Gleiche sein, wie die ausländischen Arbeiter in der Produktion. Sie werden zu immer höherer Arbeitsleistung angestachelt, indem man ihnen sagt, wenn ihr hier viel schafft, kommt ihr schnell in die Fachabteilungen. Daraus wird natürlich nichts. Denn die Fachabteilungen werden sich schwer hüten, jemanden, der keine Erfahrung hat, quasi erst richtig anfängt zu lernen, zu übernehmen. Jedoch wirken die jungen Facharbeiter immer als stille Drohung gegen ihre älteren Kollegen, denen so vorgeführt wird, was sie erwartet, wenn sie nicht spuren. Die 59-jährigen bzw. 62-jährigen Kolleginnen und Kollegen sind der Arbeitshetze kaum noch gewachsen. Aus ihnen ist nichts mehr rauszuholen. Das VW-Werk will ihnen "großzügig" die Differenz in dem Rentenbetrag, die dadurch entsteht, daß ein Jahr weniger Beiträge gezahlt wurde, ausgleichen. Aber nur bis zur Erreichung des tatsächlichen Rentenalters. Hinter dieser "großzügigen" Geste steckt natürlich eine eiskalte Rechnung. Eine weitere Steigerung der Arbeitshetze bedeutet gerade bei älteren Kollegen noch mehr Unfälle und Krankheit. Damit die Kapitalisten keine Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall bzw. eine eventuelle Unfall- oder Invalidenrente zahlen müssen, entledigen sie sich dieser. Der innerbetriebliche Lohnstopp zeigt mehr als deutlich auf, wie die Kapitalisten die elende Situation der Arbeiter ausnutzen. Denn sie brauchen die Kollegen nicht mehr durch finanzielle Anreize anzutreiben, sondern sie nutzen ein viel wirksameres Mittel: die Erpressung mit der Arbeitslosigkeit. Auch die Sonderleistungen, die die Arbeiter in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs bei der Stange halten sollen, werden aus diesem Grunde von den Kapitalisten abgebaut. Als erstes wird das Erholungsheim Schulenburg geschlossen.

Den Arbeitern bleibt nur die Möglichkeit, den entschiedenen Kampf gegen diese Einsparungsmaßnahmen aufzunehmen. Der Plan der Kapitalisten zielt darauf ab, die Angst der Arbeiter vor Arbeitslosigkeit zur Spaltung der Belegschaft auszunutzen, um die Ausbeutung weiter zu verschärfen. Die Arbeiter müssen dem entgegen den Plan halten, der sie einigt, um so die Folgen der Krise für sich beschränken zu können.

Verbot der Überstundenarbeit und der Sonderschichten!
Verbot der Erhöhung der Akkordsätze!
Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!
Für den Sieben-Stunden-Tag an fünf Wochentagen!
Keine Entlassungen, keine Auflösungsverträge!

BLAUPUNKT HERNE:

500 Entlassungen geplant

Herne. Wie der Belegschaft durch Aushang bekanntgegeben worden ist, plant die Firmenleitung von Blaupunkt, 1 000 Kolleginnen zu entlassen. Das Herner Werk soll mit 500 Entlassungen den Hauptteil tragen, wobei im Herner Werk 1 700 beschäftigt sind.

Diese Maßnahme von Seiten der Geschäftsleitung schlug im Herner Werk wie eine Bombe ein, da der Betriebsrat vor den Ferien einer weiteren Kurzarbeitsphase zugestimmt hatte, um angedrohte Entlassungen zu verhindern. Das Herner Werk ist hauptsächlich auf die Produktion von Autozubehörteilen (Einbausätze, Lautsprecher usw.) ausgerichtet und wird unmittelbar von den Absatzschwierigkeiten der Automobilindustrie betroffen. Der Betriebsrat und die Belegschaft versuchen zur Zeit die geplanten Kündigungen zu verhindern. Die Kollegen haben sich in ersten Aktionen zunächst geweigert, einen Lastwagen mit italienischen Lautsprechern zu entladen, die aufgrund von Lieferverträgen zuzüglich der eigenen Produktion in Herne weiterverarbeitet werden sollen. Falls die geplanten Entlassungen durchgeführt werden, wird sich die Situation auf dem Herner Arbeitsmarkt weiter verschlechtern. Herne liegt mit 4,4 % Arbeitslosen (bei den Frauen 14,5 %) weit über dem Bundesdurchschnitt. Da vor allem Kolleginnen kaum neue Arbeitsplätze finden werden, ist der Kampf gegen die Entlassungen die einzig richtig und wichtigste Sache.

Kommunistische Gruppe Herne

SAARBERGWERKE AG SAARBRÜCKEN:

Bergbau - krisenfest?

Saarbrücken. Die Saarbergwerke AG hat Mitte August ihren Sozialbericht für 1973 vorgelegt. Darin wird in höchsten Tönen die soziale Sicherheit gelobt, die der Saarbergmann genieße. So sieht die soziale Sicherheit für die Bergleute aus: Zwar sank im vorigen Jahr die Belegschaft um 3 266 Beschäftigte oder 13,3 %, aber der Abbau vollzog sich "ohne soziale Härten", da 2 353 der Ausgeschiedenen Anpassungsgeld erhielten. Zwar ereigneten sich im letzten Jahr 9 tödliche Arbeitsunfälle, aber die Zahl der Betriebsunfälle ging insgesamt um 11 % zurück. Klingt ganz gut, wenn man das so im Fernsehen hört. Wenn aber der Belegschaftsstand um 13,3 %, die Gesamtzahl der Unfälle gleichzeitig um nur 11 % sank, heißt das nach meiner Rechnung, daß der einzelne Arbeiter jetzt stärker unfallgefährdet ist.

Die Saarbrücker Zeitung läßt sich ausführlich über das bewußt gesenkte Alter der Belegschaft aus. Vordringliche Aufgabe der Personalpolitik in den nächsten Monaten soll die weitere "Verjüngung" der Belegschaft sein, ohne daß die Belegschaftszahl insgesamt abgebaut werden soll. Die älteren Kumpel sollen also zum alten Eisen geworfen werden; sie taugen mit ihren Staublungen nicht mehr viel für die Saarkapitalisten. Weil der Anwerbungsstop für ausländische Arbeiter anhält, müssen plötzlich wieder zusätzliche Arbeitskräfte vom heimischen Arbeitsmarkt angeworben werden. Eine merkwürdige Veränderung scheint stattgefunden zu haben: der amtierende Arbeitsamtdirektor Wüsthof wirbt im Fernsehen damit, daß der Beruf des Bergmanns im Untertagebau krisenfest sei und daß die früheren Bergleute, die sich inzwischen umschulen gelassen haben, doch wieder zu ihrer alten Arbeit zurückkehren sollten. Seitdem die Ölförderländer sich gegen die ungehemmte Ausplünderung durch die Imperialisten zur Wehr setzen, ist der westdeutsche Bergbau für die Kapitalisten wieder interessanter geworden, und schon bezeichnen sie ihn als krisenfest!

Als im letzten Oktober die Saarbergleute geschlossen für eine Teuerungszulage streikten, hieß es z. B. von der IGBE-Führung, daß die Arbeiter selbst durch den Streik ihre Arbeitsplätze gefährdeten. Die Arbeiter sind aber darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und ihre Arbeitsplätze sind nicht dadurch gefährdet, daß sie genug zum Leben haben wollen, sondern durch etwas ganz anderes: Wenn nämlich die Profitrechnung der Kapitalisten so aussieht, daß sie mit weniger Arbeitern besser fahren, dann werden die Arbeiter von ihnen auf die Straße gesetzt. –hhz–

Die Milliardengeschäfte der Ruhrkohle AG

KEIN GELD FÜR UNFALLSCHUTZ UND DIE KUMPELS WERDEN RAUSRATIONALISIERT

Gelsenkirchen. Zum ersten Mal seit den Zechenstillegungen an der Ruhr wurde ein Grundstein für einen Förderturm gelegt: auf der Schachtanlage "Consolidation 3/4/9" (siehe Bild). Der neue Schacht wird zu einer Zentralanlage ausgebaut.

Ende Juni hat die Bundesregierung der Ruhrkohle AG wieder einmal eine Milliarde DM bewilligt. Mit der Milliarde soll die Ruhrkohle AG "neue Rationalisierungsmöglichkeiten im Bergbau schaffen". Das heißt, jetzt sollen unter anderem wieder die Kohlefelder abgebaut werden, für deren Stillegung die Besitzer hunderte von Millionen DM bekamen. So erhielt die Deutsche Erdöl AG für die 1967 stillgelegte Schachtanlage Bismarck 140 Millionen DM Stillegungsprämie, und heute werden weitere Millionen zur erneuten Kohleförderung ausgegeben. Die Gelsenkirchener verloren aber allein durch die Zechenstillegungen 40 000 Arbeitsplätze. Für die Zechen-, Stahl- und Erdölkapitalisten war das Ganze damals und ist es heute ein großes Geschäft.

Wir drucken anschließend den Bericht der Bergbauzelle Dortmund des KBW ab, der deutlich macht, wie das Geschäft mit der Kohle auf dem Rücken der Kumpels vollzogen wird.

INVESTITIONEN DER RUHRKOHLE AG GEHEN REGELMÄSSIG AUF KOSTEN DER KUMPELS

Über den neuen Wirtschaftsaufschwung bei der Kohle freuen sich die bürgerlichen Zeitungen und die Ruhrkohle AG wie kleine Kinder über Weihnachten. Nach den unverschämten Ölpreiserhöhungen stiegen viele Energieverbraucher auf Kohle um, und dazu der neue Stahlboom ergaben bei der Ruhrkohle eine Steigerung desKohleverkaufs. Da wurde sofort mit einer 16-prozentigen Kohlepreiserhöhung nachgezogen. Um – so der Boß der Ruhrkohle AG Bund – "aus den roten Zahlen zu kommen". Wir versuchen im folgenden ein paar Investitionen der Ruhkohle AG darzustellen.

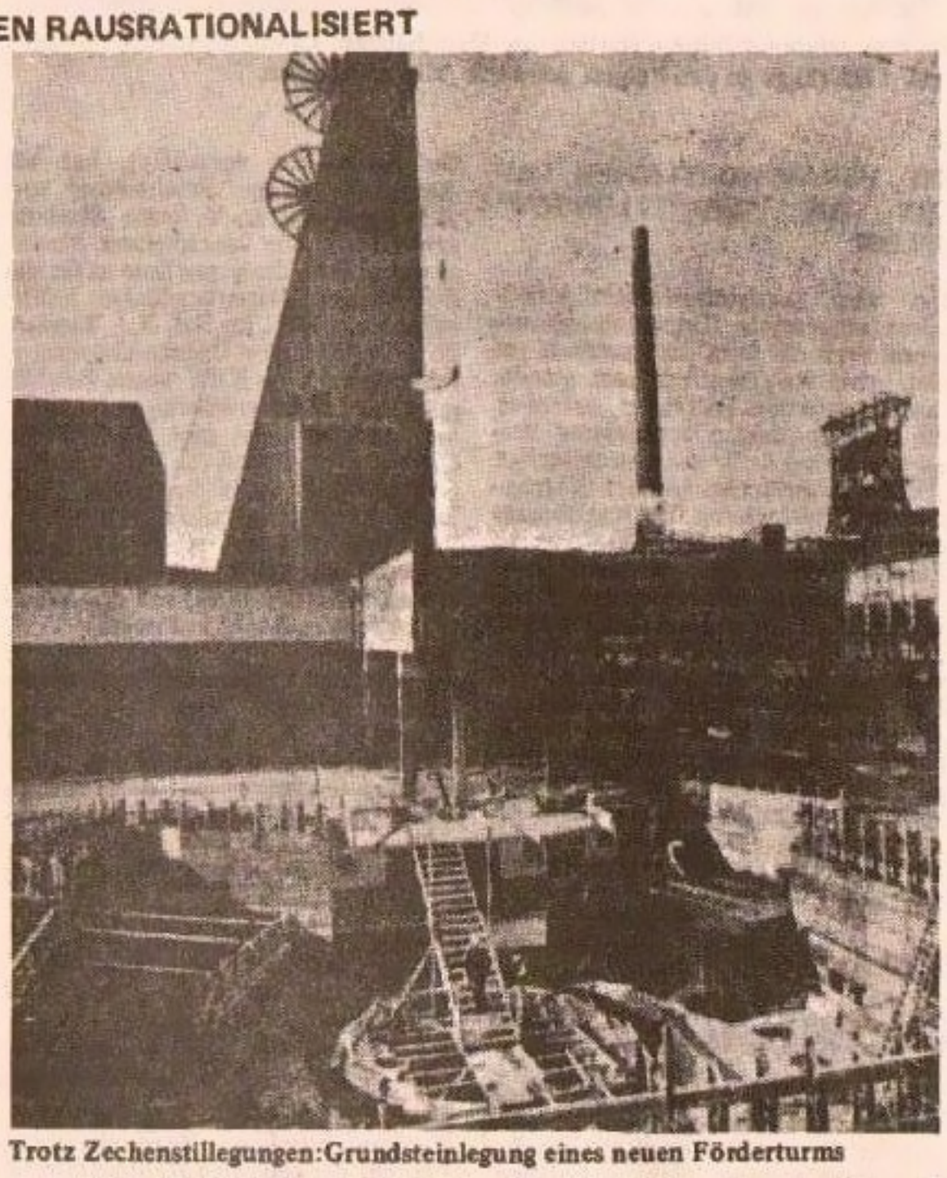
SOHLE AUF MINISTER STEIN AUFGEFAHREN IM STREB FÜR DEN KUMPEL ÜBER 40 GRAD CELSIUS

Jetzt vor kurzem wurde bei uns auf dem Pütt die siebte Sohle aufgefahren. In dieser Sohle liegt die Hoffnung bzw. die Kohle der Werkdirektion. In der "Westfälischen Rundschau" vom 15. August war der siebten Sohle auf Stein eine ganze Seite im Ortsteil gewidmet. Alle technischen Neuerungen wurden gebracht. Was nicht gesagt wurde, und da machte die Ruhrkohle AG keine Investitionen, daß für die Kumpels im fördernden Streb über 40 Grad Celsius sind, und auf der Strecke 37 Grad. Wer mal bei der Temperatur und bei dem Staub gearbeitet hat, weiß, was das heißt.

ZECHE GNEISENAU:

Auf Stecke Gneisenau nach Scharnhorst dringende Reparaturen nicht ausgeführt, weil Abbaufeld Scharnhorst bald ausgebeutet ist

Auf der Zeche Scharnhorst war vor kurzem Betriebsversammlung. Ein Kumpel brachte den Zustand der Strecke Scharnhorst nach Gneisenau zur Sprache. Auf der Strecke ist ein Großteil der Weichen und Schienen nicht in Ordnung, so daß ständig Unfallgefahr besteht, weil Züge aus den Geleisen kippen können. Das Argument der Geschäftsleitung war: Weswegen sollen wir hier noch investieren? Die Strecke wird ab Weihnachten nicht mehr gebraucht, weil dann das Abbaufeld erschöpft ist, und für ein halbes Jahr investieren wir nicht. Nach Ansicht der Geschäftsleitung ist es wohl wurscht, ob ein paar Kumpels dabei draufgehen, Hauptsache, der Profit stimmt. Die Kumpels sagten dagegen: Entweder die Strecke wird sofort dichtgemacht, oder es soll investiert werden für Unfallschutz.



Trotz Zechenstillegungen: Grundsteinlegung eines neuen Förderturms

ZECHE HANSA:

Erst Stillegung beschlossen, und dann bei Kohleboom Weiterführung der Schachtanlage beschlossen. Aber die Hälfte der Arbeitsplätze soll rationalisiert werden.

Die Geschichte der Zeche Hansa im letzten dreiviertel Jahr spiegelt stark die Geschichte der dreckigen Geschäfte der Ruhrkohle AG wieder. Am 25. August 1973 dementierte die Bergbau AG Dortmund Stillegungsgerüchte und gab bekannt, daß ein Schildausbau, der modernste im Bereich der Bergbau AG Dortmund, 2 000 Tonnen pro Tag sichert. So jedenfalls Bergwerksdirektor Ludwig Gerstein, CDU-Abgeordneter im Stadtrat, und Arbeitsdirektor Dr. Schrumpf. Mitte November hieß es dann, auf Hansa gibt es absolut keine Kohle mehr, und die Kumpels sollten keine Steine fördern, deswegen muß die Zeche dichtgemacht werden. In den letzten beiden Monaten ist dann das Gerücht rausgekommen, daß vorigen Monat von der Bergbau AG Dortmund bestätigt wurde, "Hansa soll weiter fördern".

Aber: Hier wird ein neues Verfahren angewandt. Die Kohle wird mit Wasser aus dem Streb gelöst. Das sei bei den vielen steilen Lagerungen rentabel. Aber die Hälfte der 2 500 Kumpels werden rausrationalisiert. Erst heißt es: Wird nicht dichtgemacht, sind noch genug Kohlen da. Dann: Es gibt auf Hansa absolut keine Kohlen mehr, wird dichtgemacht. Dann heißt es: Gibt Kohlen, aber nur in steiler Lagerung; um die abzubauen, müßte die Hälfte der Kumpels gehen: Mindestens zwei Mal gelogen, auf Kosten der Kumpels!

Worterklärung:

Sohle	Die Stelle, wo die Kohlen untertage lagern
Pütt	Ruhrgebietsausdruck für Zeche
Strecke	Verbindungsgang von der Schicht zum fördernden Streb, meistens mehrere Kilometer lang
Abbaufeld	Hier liegen mehrere Strebe
Ruhrkohle AG	Wurde 1969 von Schiller im Auftrag der Bundesregierung gegründet. Sämtliche alten Kohlegesellschaften verkauften ihre Schachtanlagen an die Ruhrkohle AG. Dafür zahlt sie den Altgesellschaften insgesamt 1,8 Milliarden DM. Die Altgesellschaften sind aber Aktionäre.
teufen	Senkrecht in die Erde bohren
auffahren	Untertage graben.

BETRIEBSZELLE KLÖCKNER HÜTTE BREMEN:

Der bisherige Verlauf der Stahltarifrunde

1,20 DM PRO STUNDE MEHR FÜR ALLE!

In NRW haben Vertrauensleute bereits Forderungen genannt. Auch die Kollegen auf der Hütte Bremen der Klöckner Werke haben am Arbeitsplatz mit der Diskussion über die notwendigen Forderungen begonnen. Aus NRW sind bisher hauptsächlich Forderungen nach einem Sockelbetrag von 50-60 Pfennig plus 10-11 % bekannt geworden. Auf der Klöckner-Hütte in Hagen-Haspe diskutierten Kollegen über eine lineare Forderung zwischen 180 und 200 DM, 2 Tage Urlaub mehr und Altersabsicherung. Bei uns auf der Hütte Bremen haben viele Kollegen in den Diskussionen eine Forderung in Mark und Pfennig unterstützt. Rund 150 haben sich bei einer Unterschriftensammlung bereits für eine Forderung nach 120 DM pro Stunde für alle, 2 Tage mehr Urlaub und eine Altersabsicherung ausgesprochen. In dieser Unterschriftenliste wird besonders auf den spalterischen Charakter von Prozentforderungen und -abschlüssen und auf die Notwendigkeit, einen einheitlichen Betrag für alle zu fordern, hingewiesen. Unter diesen 150 Kollegen sind auch gerade solche aus den hohen Lohngruppen 8-10!

Auf der Vertrauensleutevollversammlung betonten die Vertreter der Gewerkschaftsführung immer wieder die Notwendigkeit einer breiten Diskussion in den Betrieben, weil sie sich der anhaltenden Empörung der Kollegen über ihr Vorgehen in der letzten Tarifrunde durchaus bewußt sind. Gleichzeitig waren sie aber bemüht, die Höhe der Forderungen zu drücken, ohne Zahlen zu nennen. Sie wiegelten ab mit Sprüchen wie: Angesichts der Lage in der Stahlindustrie brauche man sich nicht so sehr zurückhalten, man müsse aber auf dem Boden der Tatsachen und Möglichkeiten bleiben. Damit hatten sie bei einigen Vertrauensleuten Erfolg, die nunmehr Forderungen nach 12 und 15 %, höchstens 16 % insgesamt für "realistisch" erklärten. Die Forderung der Jugendvertreter nach 200 DM mehr für jedes Lehrjahr sei "utopisch". Ein gewähltes Tarifkommissionsmitglied erklärte sogar, er würde in der Tarifkommission nur Forderungen zwischen 12 und 16 % vertreten. Der starke Beifall für den Kollegen, der das Tarifkommissionsmitglied scharf darauf hinwies, daß er ausschließlich die Beschlüsse der Vertrauensleutevollversammlung zu vertreten habe, zeigt, was die Kollegen von einer solchen Einstellung eines von ihnen gewählten Kollegen halten.

Hauptgegenstand der Diskussion aber war die Frage, ob lineare Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich oder Prozentforderungen aufgestellt werden sollen. Drei Kollegen hatten gleich zu Beginn einen Antrag gestellt, die Vertrauensleuteversammlung solle sich für lineare Forderungen in Mark und Pfennig einsetzen. Doch nach einer gut zweistündigen Debatte fand dieser Antrag nur die Unterstützung eines Drittels der Vertrauensleute. Wie konnte es dazu kommen, obwohl die Mehrheit der Redner sich dafür ausgesprochen hatte, zumindest aber für Sockel- und Prozentforderungen wie die DKP-Fraktion, eingetreten waren? Selbst führende Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe hatten sich für die dann abgelehnte Forderung in Mark und Pfennig ausgesprochen.

Diese Reden zeigen, daß die Forderung für gleiche Beträge in Mark und Pfennig so breite Anerkennung haben, daß nur wenige sich offen gegen sie aussprechen. In der Abstimmung aber zeigte sich dann, daß demgegenüber die Mehrheit der SPD-Betriebsgruppe für die Prozentforderungen sind, ja sogar solche, die kurz zuvor noch dagegen gesprochen hatten. Und daß schließlich die sogenannten Experten mit ihren "ja aber" und "ich bin dafür, gebe aber zu bedenken" die Oberhand behielten.

Wenn 180 DM für jeden gleich gefordert wird, braucht man kein Tarifexperte zu sein, um ein Ergebnis einzuschätzen. Da weiß jeder Arbeiter, daß 130 DM kein Ergebnis sind. Klare Forderungen machen die Experten und das "Expertenwissen" überflüssig.

Die Vertreter der Gewerkschaftführer hatten noch einen weiteren Trick, um einen Beschluß für Mark und Pfennig-Forderung zu verhindern. Zunächst hielten sie sich zurück. Erst zu Ende stellte ein Vertreter der Bezirksleitung Hamburg "seine ganz persönliche Meinung zur Diskussion". Natürlich für Prozentforderung. Sein Hauptargument: Nach dem "Fiasko" 1972 seien lineare Forderungen für alle gleich in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht mehr in der Diskussion. Es sei deshalb kaum möglich, die Kollegen der Tarifkommission von diesen Forderungen zu überzeugen. Daß in Hagen Haspe die Kollegen zwischen 180 und 200 DM fordern und daß in anderen Betrieben mindestens Sockelbeträge gefordert wurden, verschwieg er natürlich. So versuchte er die Kollegen der verschiedenen Bezirke gegeneinander auszuspielen, was ihm auch gelang, da der Informationsfluß innerhalb der Gewerkschaft weitgehend von der Gewerkschaftsführung blockiert wird.

Wir fordern deshalb an dieser Stelle alle Leser der KVZ und insbesondere aus dem Bereich der Eisen- und Stahlbetriebe in Nordrhein-Westfalen auf, in der KVZ über die Lage der Kollegen und ihre Forderungen zu berichten! Der Antrag ist nun abgelehnt, aber über die Forderung ist noch nicht entschieden. Kollegen, denen wir über den Gang der Versammlung berichteten, konnten sich überhaupt nicht vorstellen, was man gegen den Antrag auf lineare Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich vorbringen könne. Die Diskussion in der Belegschaft geht weiter. Am 10. September muß die Forderung nach Mark und Pfennig-Beträgen auf der Belegschaftsversammlung vertreten werden. Es kommt darauf an, daß alle, die dafür sind, dies auch mutig und offen vertreten. Das wird die Voraussetzung sein für die Vertrauensleutevollversammlung am 23.9., auf der die Forderungen der Belegschaft Hütte Bremen beschlossen werden.

Unsere Forderung ist:

1,20 DM pro Stunde mehr für alle!
2 Tage mehr Urlaub!
Altersabsicherung!

Betriebszelle Klöckner Bremen
(von der Redaktion gekürzt)

11. GEWERKSCHAFTSTAG DER IG METALL

Der IGM-Vorstand stellt keinerlei Anträge zum gewerkschaftlichen Kampf

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall findet vom 15. bis 21. September in Hannover statt.

Er findet in einer Zeit statt, wo sich immer deutlicher eine Krise der kapitalistischen Produktion mit Produktionsrückgang, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit entwickelt. Im Juli waren es eine halbe Million Arbeitslose und 200 000 Kurzarbeiter. Im ersten Halbjahr 1974 gab es über 3 000 Konkurse, die Preise stiegen über 7 %.

Diese Zeit versuchen die Kapitalisten zu nützen, um den Arbeitsdruck zu verschärfen, die Arbeitshetze zu steigern, den Lohn zu drücken und aus weniger Arbeitern mehr herauszupressen. Mit Entlassungen oder Entlassungsdrohungen versuchen die Kapitalisten, die Konkurrenz zwischen den einzelnen Arbeitern zu steigern. Dieser Konkurrenzdruck macht es für die Arbeiter schwieriger, sich zusammenzuschließen und für die Sicherung und Verbesserung ihrer gemeinsamen Lage zu kämpfen.

Nur mit klaren Forderungen und fester Organisierung des gewerkschaftlichen Kampfes können die Angriffe der Kapitalisten erfolgreich zurückgeschlagen werden. Dieser Gewerkschaftstag hätte die Aufgabe, hierauf Antworten zu geben und die Forderungen festzulegen, unter denen sich die Kollegen fest zusammenschließen und erfolgreich kämpfen können. **Aber der IG-Metall-Vorstand hat auch nicht einen einzigen Antrag an den Gewerkschaftstag gestellt, der sich auf die Sicherung und Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten bezieht.**

Stattdessen hat der IGM-Vorstand insgesamt 92 Anträge gestellt, die alle einen Entwurf zu einer neuen Satzung bilden. Das entscheidende an dem Satzungsentwurf ist: die Gewerkschaftsführung kann schneller und umfassender Ausschlüsse ohne Verfahren durchziehen.

So nach Antrag 695: *"Der Ausschluß von Mitgliedern ohne Untersuchungsverfahren kann auch erfolgen, wenn sie einer gegnerischen Organisation angehören oder sich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen. ... steht zur Überzeugung der Ortsverwaltung das Verhalten nach Ziffer 1 nachweislich fest, so kann sie Antrag auf Ausschluß ohne Untersuchungsverfahren beim Vorstand stellen."*

Wer soll ausgeschlossen werden?

Zum Beispiel nach dem Streik in Bremen haben mit Mehrheit die Kollegen in der Urabstimmung den Tarifabschluß der IGM-Führung abgelehnt. Gegen scharfe Kritiker der Vorstandspolitik, die öffentlich vor den Kollegen auftraten und die Niederlagenpolitik des Vorstandes kritisierten, sind jetzt Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Mit einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber kommunistischen Organisationen und mit neuen Ausschlußbestimmungen will die Gewerkschaftsführung ihre Politik sichern.

Eine Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung aber, die wie beim Bremer Streik die Niederlage herbeiführt und die von den Mitgliedern in der Urabstimmung mit Mehrheit abgelehnt wurde, zeigt: In der Gewerkschaft muß der Kampf gegen eine Politik geführt werden, die den Interessen der Kollegen entgegensteht.

Selbständige Kampfaktionen, wie z. B. die spontanen Streiks 1973 bei Hoesch und Mannesmann, die aufgrund der völlig unzureichenden Tarifabschlüsse der Gewerkschaftsführung von den Kollegen geführt wurden, bekämpfte die Gewerkschaftsführung als "gewerkschaftsfeindlich und illegal". Aber gerade unter den Bedingungen der Krisenentwicklung in großen Teilen der Metallindustrie ist es für die Kollegen entscheidend, daß die Gewerkschaftsorganisation klare Forderungen gegen die Kapitalisten aufstellt, den Kampf dafür führt und jede Kampfaktion gegen die Kapitalisten unterstützt. Wie anders sollte den Angriffen der Kapitalisten erfolgreich geantwortet werden?

Die breite Unzufriedenheit der Mitglieder mit der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung taucht auch in einzelnen Anträgen zum Gewerkschaftstag auf, z. B. der Antrag 165 aus Gelsenkirchen stellt fest:

"Die spontanen Streiks in den letzten Jahren, insbesondere des Jahres 1973, haben gezeigt, daß die Lohn- und Gehaltstarife den Anforderungen der breiten Mitgliedschaft nicht gerecht geworden sind."

So wird auch von 7 Verwaltungsstellen der Austritt aus der Konzertierten Aktion gefordert als einem "Instrument zur Sicherung der wachsenden Unternehmergewinne".

So wird auch in einigen Anträgen gefordert, bei der Aufstellung der Tariforderung die Mitglieder einzubeziehen. Aufgrund eines solchen Beschlusses auf dem letzten ÖTV-Gewerkschaftstag wurde die breite Bewegung der letzten ÖTV-Tarifrunde entscheidend vorbereitet und bestimmt.

Es wird die endgültige Abschaffung der unteren Lohngruppen verlangt, in einem Antrag die Abschaffung der Fließbandarbeit und in einem weiteren, Antrag 199 aus Gelsenkirchen, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei gleichbleibendem Lohn mit der Begründung:

"Die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde ist in den Jahren 1962 bis 1972 um 90 % gestiegen, d. h., daß ein Arbeiter heute doppelt soviel arbeitet wie 1962. Zur Erhaltung der Gesundheit, des Lebens und des Reallohns der arbeitenden Menschen ist eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn eine unbedingte Notwendigkeit."

Daß die gewerkschaftliche Organisierung im Betrieb gestärkt werden muß, wird deutlich an den 39 Anträgen, die den verbesserten Kündigungsschutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute fordern.

Gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst verlangen zwei Anträge aus Duisburg und Gelsenkirchen die Zurücknahme der von den Ministerpräsidenten beschlossenen "Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst", Der Gewerkschaftstag soll die Beschlüsse und Erlasse zu den Berufsverboten im öffentlichen Dienst verurteilen.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag hat der IGM-Vorstand alle weitergehenden Anträge in Zusammenfassungen untergebuttert und so unter den Tisch gekehrt. Er wird auch auf diesem Gewerkschaftstag in ähnlicher Weise vorgehen. Aber eine Politik, die nicht allein von den Interessen der Arbeiter und Angestellten ausgeht, wird bei den wachsenden Angriffen der Kapitalisten in immer stärkeren Gegensatz zu den Mitgliedern und ihren Forderungen kommen. Umso dringender wird es sein, in den Gewerkschaften die Einheit der Arbeiter auf dem Boden ihrer Interessen herzustellen und unter klaren Forderungen den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten zu organisieren. Nur so wird es gelingen, den Kampf um die Gewerkschaften voranzubringen und sie zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen. – A.H. –

Das Motto des IGM-Tages

STELLUNGNAHME EINES FREIBURGER KOLLEGEN

Zum diesjährigen Gewerkschaftstag der unter dem Motto läuft "Demokratie und Menschenwürde, ein ständiger Auftrag" ist die Freiburger Ortsverwaltung, wie es sich gehört, mit zwei Anträgen vertreten. Der eine verlangt das Hinarbeiten auf die Kündigung des Rahmentarifvertrages für die Angestellten im Kraftfahrzeuggewerbe und der andere gibt eine Definition, wer zur Metallgewerkschaft gehört. Diese Anträge haben mit der Lebenslage der Arbeiter hier am Ort nichts zu tun. Die "Menschenwürde" sieht nämlich so aus, daß in einigen Betrieben Entlassungen und Kurzarbeit bevorstehen; daß rationalisiert wird; durch die Arbeitsplatzbewertung werden Arbeitsplätze mit niedrigen Tätigkeitsmerkmalen geschaffen, die dann in niedrigen Lohngruppen eingestuft werden. Die Arbeitsbedingungen zum Beispiel im neuen Werk von Hellige sehen so aus: Im Durchzug sitzen, im Winter eiskalter Fußboden, trockene Luft, zu geringe Helligkeit an den Arbeitsplätzen. So sieht die Menschenwürde aus! Was versteht die Gewerkschaftsführung hier unter "ständigem Auftrag"? Als einige Vertrauensleute der Firma Blessing den Sekretär der Verwaltungsstelle mehrmals aufforderten, eine Vertrauensleutesitzung einzuberufen, war schließlich die Antwort: ein Revers. Des weiteren sind einige Ausschlußverfahren angekündigt. Eine Mitgliederversammlung vor dem Gewerkschaftstag, um die Richtlinien zukünftiger Gewerkschaftsarbeit abzustecken, wurde nicht einberufen. Die Herren in der Gewerkschaftsspitze haben Worte im Mund, wie: die Würde des Menschen als ständiger Auftrag. Ihre Taten sehen aber so aus, daß sie die Würde des Profits als ständigen Auftrag praktizieren. Die salbungsvollen Reden während des Gewerkschaftstages können uns nicht beeindrucken!

Re., Freiburg

Deutsche Edelstahlwerke

AUF DEN KNOCHEN DER ARBEITER WIEDER MIT GEWINN!

"Das DEW-Schiff ist jetzt flott und in guter Fahrt. Einen Sturm brauchen wir nicht mehr zu fürchten! Wir sind jetzt wieder nachhaltig in den schwarzen Zahlen!"

So äußerten sich die neuen Manager des Krefelder Werks der Deutschen Edelstahlwerke (DEW) gegenüber der NRZ vom 4.Juli 1974. In den Jahren 1972 und 1973 – so die Manager – stand das Krefelder Werk mit 80 bzw. 40 Mill DM in den roten Zahlen.

Damit das DEW-Schiff aber wieder flott werden konnte, damit es wieder Profit für die DEW-Kapitalisten abwerfen konnte, mußten zahlreiche Arbeiter über Bord geworfen werden, mußte die dadurch geschrumpfte Mannschaft noch härter und zum Teil für weniger Lohn als zuvor arbeiten. Als eine der ersten "Rationalisierungsmaßnahmen" der neuen Manager wurden das Blechwalzwerk und die Werkzeugfertigung stillgelegt. Diese beiden Teilwerke "brachten nur 2 % des Gesamtumsatzes, fraßen aber 20 % der gesamten Verkaufskosten". Es warf also keinen Profit ab.

Die 150 Arbeiter des Blechwalzwerkes wurden nun vor die Wahl gestellt: entweder Entlassung oder aber Versetzung an andere Stellen im Werk, zum großen Teil für weniger Lohn. Das war nicht mehr als die Wahl zwischen zwei Übeln: angesichts drohender Arbeitslosigkeit mußten sie sich für das kleinere Übel entscheiden, die Versetzung an schlechter bezahlte Stellen. Bei den 470 Arbeitern der Werkzeugfertigung war das nicht möglich: der größte Teil von ihnen wurde gefeuert. Aber auch in der Verwaltung wurde "rationalisiert", d. h. Angestellte wurden entlassen.

In Zahlen: gegenüber dem Stand vom 30.September 1972 verringerte sich die Zahl der Arbeiter von 5 847 auf gegenwärtig 5 365, also um 8,2 %; die der Angestellten von 1 714 um 246 auf derzeit 1 468, also um 14,3 %.

Die zusammengeschrumpfte Belegschaft mußte in gleicher Arbeitszeit für zum Teil weniger Lohn noch mehr schuften. Techniker Dr.Knut Behrens ließ die Maschinen schneller laufen. Ergebnis der verstärkten Arbeitshetze: die Produktivität wurde um rund 100 % gesteigert.

–K.B., Kommunistische Gruppe Krefeld–

Kein Geld für die Belegschaft

Stadt Allendorf/Hessen. Bei der Eröffnung eines Autobahnstückes in Marburg durch den hessischen Wirtschaftsminister Karry demonstrierten die Arbeiter der Glashütte Hirschberg für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Die hessische Landesregierung hatte einen Kredit für die konkursgegangene Glashütte verweigert. Minister Karry erklärte nach einem Gespräch mit den Demonstranten, sich das Werk anzusehen.

Die Glashütte Hirschberg hatte vor kurzer Zeit Konkurs angemeldet. Die Belegschaft ist aber nicht bereit, ihre Arbeitsplätze aufzugeben, sondern will die Produktion in eigener Regie weiterführen, ähnlich wie das die Belegschaft der Glashütte Süßmuth in Immenhausen vor 4 Jahren organisierte. Für die Fortführung der Produktion bat die Belegschaft die Landesregierung um 700 000 Mark. Diese Forderung hat nun der hessische Wirtschaftsminister zunächst abgelehnt. Seiner Meinung nach würde der geschätzte Bedarf von über einer Million Mark nicht ausreichen, schon 1973 hätte der Betrieb bei einem Umsatz von 5,2 Millionen Mark einen Verlust von 1,2 Millionen gehabt. Das EG-Recht stünde im Wege, wonach das Land einem solchen Betrieb nur 25 % des notwendigen Kapitalbedarfs zuschießen könne und das nur für Investitionen, aber nicht für Betriebsmittel.Als die Glashütte noch in Privatbesitz von Hafeli war, war die Landesregierung bereit, einen Millionenzuschuß zu gewähren, wenn er selbst nur 52 000 Mark aufgebracht hätte. Doch Haefeli ging lieber in Konkurs, weil er dabei eben weniger verliert, als wenn er den Betrieb mit Verlust fortgeführt hätte. Zusammen mit der Stadt Allendorf hätte nun die Belegschaft 450 000 Mark aufbringen können, um den Betrieb am Laufen zu halten.

–F.H., Kassel/Red.–

DER REGIERUNGSENTWURF FÜR DAS NEUE JUGENDARBEITSSCHUTZGESETZ

An der Lage der Arbeiterjugend ändert sich nichts

Daß die Lage der Arbeiterjugend im Kapitalismus sich nicht verbessert, haben die jugendlichen Arbeiter in den letzten Jahren recht deutlich zu spüren bekommen. Daß der kapitalistische Staat daran nichts ändert, haben sie ebenfalls erfahren.
Das Berufsbildungsgesetz von 1969 ist unter dem Protest von tausenden von jugendlichen Arbeitern verabschiedet worden. Seitdem redet man von der Novellierung.
Das zur Zeit gültige Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (JASchG) ist seit 1960 in Kraft. Seitdem werden jährlich 60 000 bis 70 000 Verstöße dagegen amtlich registriert, tatsächlich werden es einige hunderttausend sein. Aber nicht nur die Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz zeigen, daß dieses Gesetz kein Schutz für die arbeitende Jugend ist. Die Festlegungen in dem Gesetz selbst bieten keinen Schutz für die Arbeiterjugend. Noch nicht einmal die 40-Stunden-Woche wird garantiert. 4 Wochen Urlaub werden als besonderer Schutz für die jungen Arbeiter ausgegeben. Beides Dinge, die fast in jedem Tarifvertrag anzufinden sind.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der jetzt vorliegt, schreibt die vorherrschende Wirklichkeit nur genauer nieder. Nichts anderes will die Bundesregierung erreichen. Den Schutz für die arbeitende Jugend erhöhen, das hat sie nicht vor. In ihrer Begründung für die Gesetzesvorlage schreibt sie:
"Für Jugendliche über 16 Jahre beträgt die Wochenarbeitszeit in § 10 Abs. 1 des geltenden Rechts noch immer 44 Stunden, für erwachsene Arbeitnehmer ist dagegen die Wochenarbeitszeit durch Tarifverträge weitgehend auf 40 Stunden abgekürzt worden."
Oder:
"Die Fünfeinhalb-Tage-Woche des § 17 des geltenden Gesetzes ist durch die fortschreitende Einführung der Fünf-Tage-Woche für erwachsene Arbeitnehmer weitgehend überholt."
Sie stellt auch fest, daß die 24 Tage Urlaub für Jugendliche durch Tarifverträge ebenso überholt sind.
Deutlicher kann man sein Ansinnen nicht kundtun. Die Reform ist zur gesetzlichen Niederschreibung vorherrschender Veränderung geworden. Stolz stellt sie ebenfalls fest:
"Das Gesetz wird sich nicht nennenswert auf Einzelpreise und auf das Preisniveau auswirken."
Was das heißt, ist klar: **Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz wird keine Kosten für die Kapitalisten bedeuten.**
Dagegen bringt es der Bundestag fertig und meldet Bedenken an, "ob die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse es rechtfertigen, die geltenden Bestimmungen derart zu erweitern." (Alles aus: Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 7/2305)

Ändern wird das Gesetz also nichts, und in den Kleinbetrieben, wo man sich bislang frei weg über die gesetzlichen Bestimmungen hinweggesetzt hat, wird diese Neufassung auch nichts ändern. Die Bundesregierung versucht diese Verstöße durch Jugendarbeitsschutzausschüsse abzustellen. In ihrer Begründung für die Gesetzesvorlage schreibt sie:
"Ein weiteres Ziel ist es deshalb, auch die Durchführung des Gesetzes zu verbessern und damit die Wirksamkeit des Jugendarbeitsschutzes zu erhöhen."
Die Ausschüsse, die sie anpreist, sollen sich zusammensetzen aus je 6 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, einem Vertreter des Jugendringes, je einem Vertreter des Arbeits-, Gesundheits- und Jugendamtes, einem Arzt und einem Lehrer. Diese Ausschüsse gibt es auch schon nach dem jetzt geltenden Recht, die Vertreter von den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften sind neu hinzugekommen. Aber was sind die Rechte dieses Ausschusses?
"Er klärt über Inhalt und Ziel des Jugendarbeitsschutzes auf." "Er unterbreitet Vorschläge für die Durchführung dieses Gesetzes."
Fürwahr ein wirksames Mittel zur Kontrolle des Jugendarbeitsschutzes! Bislang hat man von diesen Ausschüssen nichts gemerkt und wird es in Zukunft auch nicht. Es ist nur ein weiteres Gremium, wo vertrauensvoll zwischen Arbeitern, Kapitalisten und Staat zusammengearbeitet werden soll. Wenn die Arbeitervertreter tatsächlich bestimmte Dinge zur Sprache bringen und es dann auch noch gelingt, eine Mehrheit zustande zu bringen, bei einer Besetzung von 4 Beamten, einem Arzt und 6 Kapitalistenvertretern, dann wird "der Landesbehörde ein Vorschlag unterbreitet".
Sollte die Landesbehörde den Vorschlag für zu weitgehend betrachten, wird sie die Mitglieder des Ausschusses abberufen, wozu sie das Recht hat.
Diese Kontrolle wird nichts bringen, die überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes wird nur durch die Arbeiter selbst bzw. die Gewerkschaften möglich sein und nichts anderes.

WAS ZEICHNET DIE LAGE DER ARBEITERJUGEND GEGENWÄRTIG AUS?

Gerade in den letzten Monaten hat die Entwicklung gezeigt, woran die Arbeiterjugend im Kapitalismus ist. Hunderttausende bekommen keine Lehrstelle, tausende keinen Arbeitsvertrag nach der Lehre. Während der Lehre werden die Lehrlinge entweder behandelt, als wolle man Affen dressieren, oder das Geschwätz von Ausbildungsmaßnahmen wird gleich ganz fallengelassen und hervor tritt die pure, nackteste Ausbeutung. Lange Zeit war die Hoffnung groß, diese Lage mittels Gesetz zu verändern. Die Demonstrationen von 1969 gegen die Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes, viele Demonstrationen auf örtlicher Ebene, Petitionen von Gewerkschaftskongressen, Resolutionen von Gewerkschaftsveranstaltungen und Jugendversammlungen, sie alle

erbrachten nicht den erhofften Erfolg. Reformvorschläge wurden erarbeitet und unterbreitet, keine Reaktion darauf. Briefe und Einladungen an die Landesarbeitsminister und Kultusminister blieben ohne Antwort. Die Hoffnungen, die dadurch insbesondere in die Sozialdemokratie gesetzt wurden, sind zerplatzt. An ihre Stelle ist aber noch nicht der entschlossene Kampfwille für den Sieg des Sozialismus getreten. Geführt wird der Kleinkrieg der Jugendvertretungen und gewerkschaftlichen Jugendgremien gegen die herrschenden betrieblichen Zustände. Hier aber tritt die Geschäftsleitung den Jugendlichen gegenüber mit dem Hinweis, daß der gesetzlichen Bestimmung genüge getan sei. Oftmals bleiben die Anträge schon in den Betriebsratssitzungen stecken, mit dem gleichen Hinweis. In größerem Umfang haben die Jugendlichen selbst noch nicht in diese Art Kleinkrieg eingegriffen. Dort, wo die Gewerkschaft versucht hat, Aktionen mit begrenztem Umfang einzuleiten, sind sie meist langsam eingeschlafen, wie z.B. die IG-Metall-Aktion "Rote Zange".

DEN JUGENDLICHEN ARBEITERN IST DAS KAPITALISTISCHE FABRIKLEBEN GRUNDSÄTZLICH ZUWIDER

Die Umstellung vom Schulleben in das Fabrikleben haben die meisten noch nicht überwunden; sie beugen sich nicht einfach dem stummen Zwang der Verhältnisse, sie rebellieren gegen sie, versuchen die Fabrikgesetze zu umgehen und zu unterlaufen. Dabei entwickeln viele junge Arbeiter Mittel und Methoden, die manch älterem Arbeiter nur das Staunen beibringen. Wenn dann die Gewerkschaften den Jugendlichen gegenübertreten und sagen: Wir fordern alle dreieinhalb Stunden eine Pause (DGB-Vorschlag zum Jugendarbeitsschutzgesetz), statt alle viereinhalb Stunden (Regierungsentwurf), hat das natürlich den Effekt, daß die Jugendlichen sagen: "Fordere du man, ich gehe sowieso alle 2 Stunden 'ne Zigarette rauchen."
Oder wenn kommunistische Kollegen den herrschenden Zuständen mit dem Normalarbeitstag von 8 Stunden und 4 Wochen Urlaub den 6-Stunden-Tag und 8 Wochen Urlaub gegenüberstellen, und das als Alternative zu den herrschenden Fabrikverhältnissen betiteln; dann sind die jungen Arbeiter zu Recht skeptisch, denn ihnen stinkt das Fabrikleben, ob nun 8 Stunden am Tag oder 6, ob 51 Wochen im Jahr oder 50.
Die Arbeiterjugend rebelliert gegen die herrschenden Fabrikzustände, und es ist die Aufgabe der fortschrittlichen und kommunistischen Jungarbeiter, diese Rebellion zu unterstützen und zu einer bewußten Ablehnung des Kapitalismus werden zu lassen. Aber nicht sollte sie versuchen, diese Rebellion in einen Forderungskatalog zu kanalisieren und diesen als Alternative zum jetzigen Fabrikleben zu erheben.
Die Alternative zum Fabrikleben im Kapitalismus, das ist das Fabrikleben im Sozialismus. Wo z.B. Lehrlinge kein U-förmiges Stück Stahl vorgeknallt bekommen, was sie auf 3 Striche runterschrubben müssen. Wo sie sich abends nicht fragen müssen: "Und wofür habe ich das heute den ganzen Tag gemacht, und was habe ich davon außer schmerzenden Füßen und einem Brummschädel? "
Jede Diskussion im Betrieb über Fragen des Sozialismus verläuft lebendiger als die ausschließlich über Fragen des Jugendarbeitsschutzes.
Arbeitsschutz ist immer nur in der Lage, den Drang der Kapitalisten nach noch höherer Ausbeutung der Arbeitskraft an bestimmten Stellen Einhalt zu gebieten, die die Arbeiter von dem bürgerlichen Staat erkämpfen. Gesetze also, die die allgemeinen Bedingungen, unter denen Lohnarbeit verrichtet wird, regeln. Das ist also schon eine höchst wichtige Angelegenheit für die Arbeiterklasse, nur ist es nicht die Alternative zum Kapitalismus. Der Kampf für ein Jugendarbeitsschutzgesetz kann und muß unter dem Gesichtspunkt geführt werden: Verhinderung der ständig höhergeschraubten Ausbeutung der Jugend und der Verrottung der Jugend durch die kapitalistischen Zustände. Er wird in dem Maße erfolgreich sein, wie es den Kommunisten gelingt, eine lebendige Propaganda für den Sozialismus zu entfalten.

WIE MUSS DER KAMPF GEGEN DIE BEVORSTEHENDE VERABSCHIEDUNG DES REGIERUNGSENTWURFS ZUM NEUEN JUGENDARBEITSSCHUTZGESETZ GEFÜHRT WERDEN?

Das Jugendarbeitsschutzgesetz regelt nicht wie ein Manteltarifvertrag die Beziehungen der Arbeiter einer Fabrik oder Branche mit ihren jeweiligen Kapitalisten, sondern legt die Bedingungen, unter denen die Jugendlichen die Lohnarbeit verrichten, in allen Betrieben fest. Der Gegner ist nicht der einzelne Kapitalist oder ihre Vereinigungen, sondern die ganze Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat, der im Auftrag der Bourgeoisie mit dem Reformgeschwätz Schluß macht und einen Neuaufguß des alten Jugendarbeitsschutzgesetzes vorlegt. Der Gegner steht fest, wie sieht es auf der anderen Seite aus? Nicht selten wird in den Gewerkschaften versucht, das Jugendarbeitsschutzgesetz als Sache der Jugend zu behandeln. Das ist es natürlich nicht, denn die Arbeiterklasse hat ein großes Interesse daran, was mit ihrer Jugend geschieht. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist genausowenig nur Sache der Jugend wie Freistellung der Frau während der Schwangerschaft Sache der schwangeren Frau ist. Deshalb müssen auch alle Aktivitäten zum Jugendarbeitsschutzgesetz von der gesamten Arbeiterklasse vertreten werden.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz gehört in die Vertreterversammlung oder Delegiertenkonferenz genauso wie es in den Ortsjugendausschuß oder Kreisjugendausschuß gehört.
Der bürgerliche Staat gedenkt das Jugendarbeitsschutzgesetz ruhig und ohne großes Aufsehen durch den parlamentarischen Weg zu bekommen. Dagegen wird man ein öffentliches Interesse für die Lage der Arbeiterjugend schaffen müssen. Das geschieht über eine breite Enthüllungstätigkeit und Herausstellen, was das neue Jugendarbeitsschutzgesetz daran ändern würde. Gewerkschaftliche Veranstaltungen, wo die Zustände angeprangert werden. Leserbriefe an die Lokalzeitungen, Resolutionen gewerkschaftlicher Körperschaften, die jedem zugänglich sind – all das sind Mittel, die genutzt werden müssen, um die Front gegen das neue Jugendarbeitsschutzgesetz aufzubauen.
Was sind die Losungen und Forderungen, unter denen sich die Front organisieren kann?

Es müssen Forderungen sein, die in der Lage sind, der körperlichen und geistigen Zerrüttung der jugendlichen Arbeiter durch die kapitalistische Lohnarbeit Einhalt zu gebieten.
Forderungen, unter denen sich alle versammeln können, egal ob Elektriker, Lehrling, Jungarbeiter oder Büroangestellte, ob Kommunist oder Sozialdemokrat.
Wollen die bürgerlichen Parteien ein Gesetz mit Notfall-und Ausnahmebestimmungen, so ist im Interesse der Arbeiterklasse: ein Jugendarbeitsschutzgesetz mit generellem Geltungsbereich und ohne Ausnahmebestimmungen.
Wenn der bürgerliche Staat sagt: Ich sichere dem 16-jährigen anderen Urlaub zu als dem 17-jährigen, und da wiederum anders als beim 18-jährigen, werden wir sagen: 8 Wochen Urlaub für alle!
Sollen nur diejenigen, die mehr als 5 Stunden Berufsschule haben, den restlichen Tag frei haben, wird dagegen stehen: Berufsschultage sind generell arbeitsfrei!
Wollen die Bürgerlichen sich aufspielen und sagen: Wir garantieren euch den 8-Stunden-Normalarbeitstag und 40 Stunden in der Woche, wird man ihnen entgegenhalten: Dafür hat die Arbeiterklasse schon 1929 gekämpft, 6 Stunden an 5 Tagen in der Woche sind für Jugendliche genug.
Unter diesen Forderungen das bürgerliche Lager bombardieren, und ihre Vorstellungen kommen ins Schwanken, und die Arbeiterklasse kommt einen entscheidenden Schritt weiter in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Gestalt.

– Dieter Bock –

In Bremer Diskotheken

WIE ES EINEM JUGENDLICHEN AUS DEM OSTERTORVIERTEL ERGEHT, WENN ER MAL TANZEN GEHEN WILL

Hier im Viertel gibt es keine Diskotheken, sondern nur viele Kneipen, zwielichtige Bars und Spielhöllen. Also bleibt einem nichts anderes übrig, als in die Innenstadt zu fahren.

Wie sieht es nun in einer Diskothek aus? Zum Beispiel im "Love Story": Gleich zu Beginn traf uns der erste Hammer: Wir mußten jeder 6 DM Verzehr (nur für Getränke) bezahlen. Die Verzehrkarten hatten jeweils den Wert von 2 DM. Die Getränke kosteten aber mindestens 2,50 bis 3,50 DM, so daß wir zuzahlen mußten und am Ende für eine Stunde Diskothek-Aufenthalt zusammen 13 DM ausgaben für je ein kleines Bier und eine Cola/Weinbrand.
Die Musik in der Diskothek war furchtbar laute gängige Pop-Musik. Als wir ankamen (etwa 23 Uhr), wurde Schmuse-Musik gespielt zu dem Zweck, daß sich die jugendlichen Pärchen etwas behaglicher fühlen und den Alltag vergessen sollten. Die Jugendlichen saßen alle isoliert voneinander. Außerdem war die Diskothek in Ecken und Nischen aufgeteilt, so daß sie insgesamt nicht überschaubar war. Wir versuchten mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, was aber völlig mißlang. Auf Fragen bekamen wir nur knappe Ja-und Amen-Antworten, und ein ernstes Interesse an einem Gespräch war offensichtlich nicht vorhanden.
Der nächste Hammer traf uns mit der Ankündigung einer "Strohfete" am kommenden Donnerstag. So eine "Strohfete" bedeutet, besonders schick in "salopper" modischer Kleidung erscheinen zu müssen, um mindestens einen Preis gewinnen zu können. Das ist eine Unverschämtheit, die Jugendlichen mit einem solchen "Vorschlag" zu hohen Ausgaben für ihre Kleidung zu verpflichten.
Überhaupt spielten die Äußerlichkeiten eine vorrangige Rolle: Die Jugendlichen versuchten, durch ihr Äußeres zu repräsentieren und auf sich aufmerksam zu machen. Zusammenfassend kann man über Diskotheken sagen: Sie sind teuer beim Eintritt, teuer beim Verzehr und teuer, um dort anerkannt zu werden; deshalb haben sie für die Jugendlichen keinerlei Nutzen, sondern allein für die Kapitalisten, die mit ihnen vom Geld der Jugendlichen leben.

H.C., Th.H., Bremen

Gewerkschaftsjugend wollte ihre Kritik veröffentlichen

GEGEN DEN NEUEN GESETZENTWURF

Goslar. Der Entwurf der SPD/FDP-Koalition im Bundestag zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes stieß überall im Bundesgebiet auf den heftigen Widerstand junger Arbeiter und Lehrlinge. Denn er ist fast eine Kopie des alten Jugendarbeitsschutzgesetzes von 1960, das für die arbeitende Jugend keinerlei Verbesserung bringt. So wurde von der IG-Chemie-Jugendgruppe in Goslar der Vorschlag gemacht, dazu eine Flugblatt- und Presseaktion zu starten. Dem stimmte der DGB-Kreisvorstand zu.

Da der Kreisjugendausschuß in Goslar von der DGB-Führung vor längerer Zeit zerschlagen worden war, mußte man sich über die Inhalte von Presseerklärung und Flugblatt auf einer Sitzung zur Vorbereitung der Kreisjugendkonferenz klar werden. Da jedoch fast nur Delegierte der IG Chemie und der DGB-Kreisvorsitzende Müller anwesend waren, beschloß man, drei Tage später auch mit den Delegierten der anderen Gewerkschaften darüber zu diskutieren.
Auf dieser Sitzung jedoch legte die DGB-Führung eine Presseerklärung vor, die sie kurzerhand selbst verfaßt und an die Zeitungen im Umkreis geschickt hatte. In ihr wurden dem Koalitionsentwurf wesentliche Verbesserungen zugestanden. Das empörte die Jugendlichen, und sie verurteilten dieses Vorgehen und den Inhalt der Erklärung entschieden. Müller meinte dazu, man dürfe mit einer solchen Erklärung doch nicht so lange Zeit warten (drei Tage!). Außerdem seien doch wirklich wesentliche Verbesserungen im SPD/FDP-Entwurf enthalten. Das aber konnte er den anwesenden Lehrlingen und Jungarbeitern nicht weismachen. Denn genau wie im alten Gesetz sind hier die Ausnahmebestimmungen beibehalten, die die Jugendlichen gerade in den Bereichen (Gaststätten, Bergbau, Binnenschiffahrt usw.), wo sie besonders auf das Jugendarbeitsschutzgesetz angewiesen sind, von seinen Regelungen ausnimmt. Auch der Notfallparagraph und weitere Bestimmungen, die nur Vorteile für die Unternehmer, aber nicht für die arbeitende Jugend bringen, sollen weiterbestehen.
Für das geplante Flugblatt legte Müller einen Entwurf vor, der im selben Tenor abgefaßt war wie die Presseerklärung. Doch hier konnte er die Jugendlichen nicht überrumpeln. Die IG-Chemie-Jugendgruppe hatte ebenfalls einen Vorschlag ausgearbeitet, in dem der Koalitionsentwurf als das dargestellt wurde, was er ist: ein nutzloses Reförmchen, das die SPD als großen Fortschritt verkaufen will.
In der Diskussion sprachen sich alle Jugendlichen für das Konzept der IG-Chemie-Jugend aus. Daraufhin versuchte Müller, Zugeständnisse zu machen. Aber allein die Übernahme des Aufrufs, in den Gewerkschaftsjugendgruppen mitzuarbeiten, in dem Entwurf Müllers reichte den Jugendlichen nicht. Sie wollten ihr Flugblatt veröffentlichen. Aber das konnten Müller und sein Kreisvorstand nicht zulassen, denn dann würden ja ihre SPD-Kumpane bloßgestellt werden. Also blieb für sie nur eine Möglichkeit: Es durfte gar kein Flugblatt erscheinen. Und so kam es dann auch. Damit aber hatte sich der Kreisvorstand gegen seinen eigenen Beschluß gestellt.
Aber durch noch so geschickte Manöver, durch die sich die Gewerkschaftsführer aus ihren Schwierigkeiten herausretten wollen, werden sie die Kollegen nicht hindern können, ihren Kampf für ihre berechtigten Forderungen zu führen, zum Beispiel für ein wirkungsvolles Jugendarbeitsschutzgesetz mit generellem Geltungsbereich und ohne Ausnahmebestimmungen, dessen Einhaltung durch Betriebsrat, Jugendvertretung und Gewerkschaften kontrolliert wird.
Inzwischen haben die Jugendlichen durch eine Presseerklärung sich von der Pressemeldung der Gewerkschaftsführer distanziert und ihre richtige Haltung zum Jugendarbeitsschutzgesetz veröffentlicht.

Marxisten-Leninisten
Goslar/Bad Harzburg
(KBW-Sympathisantengruppe)

Der Kampf gegen die Tariferhöhungen für Strom, Gas und Wasser in Hamburg

Am 26. Juni hat der Hamburger Senat in Form eines Dringlichkeitsantrages an die Bürgerschaft die Erhöhung der Tarife für Strom um ca. 20 % beschlossen. Ebenfalls erhöht werden sollen die Tarife für Gas um ca. 20 % und für Wasser um ca. 40 %. Die Tariferhöhungen sollen am 24. September von der Bürgerschaft beschlossen werden und am 1. Oktober in Kraft treten. Ein paar Wochen, nachdem die geplanten Tariferhöhungen für Strom, Gas und Wasser bekanntgegeben wurden, wurde eine kräftige Erhöhung der Verkehrtstarife zu Beginn des nächsten Jahres angekündigt.

Der Hamburg Senat fürchtet den Widerstand des Volkes gegen die geplanten Tariferhöhungen. Das kann man daran sehen, daß er einiges unternommen hat, die Sache nicht allzu bekannt werden zu lassen. Die Presse hat kaum darüber berichtet, und noch ein paar Wochen nach dem Beschluß des Senats war die geplante Tariferhöhung vielen nicht bekannt. Deswegen hat die Ortsgruppe des KBW als erstes eine Broschüre veröffentlicht, in der über das Ausmaß der Tariferhöhungen informiert, die Argumente des Senats auseinandergenommen und Vorschläge für den Kampf gegen die Tariferhöhungen gemacht werden. Mit dieser Broschüre ist die Debatte über den Kampf gegen die Tariferhöhungen in den Betrieben und Stadtteilen eingeleitet worden. In den bisherigen Diskussionen hat sich rasch herausgestellt, daß die Empörung über die Tariferhöhungen und diesen Senat groß ist und daß den meisten klar ist, wessen Interessen dieser Senat vertritt. Aber das Vertrauen in die eigene Kraft ist noch gering, und die Aufgabe, das Volk zusammenzuschließen gegen den Staat halten viele für kaum zu schaffen. In dieser Situation ist es das Wichtigste, die Ablehnung der Tariferhöhungen durch die Hamburger Bevölkerung öffentlich sichtbar zum Ausdruck zu bringen und mit dem Zusammenschluß der Menschen an möglichst vielen Punkten zu beginnen.
In verschiedenen Stadtteilen haben wir damit begonnen, zunächst Hausversammlungen und dann Straßenversammlungen zu organisieren. Diese haben sich als geeignete Formen des demokratischen Zusammenschlusses der Massen erwiesen, in denen ein einheitlicher Wille ausgebildet und die Initiative der Massen entfaltet werden kann.
Um den Kampf gegen die Tariferhöhungen erfolgreich zu organisieren, ist es aber vor allem wichtig, in den Betrieben und Gewerkschaften Beschlüsse zu fassen. Bei Conz, einem etwa 1 000 Mann starken Metallbetrieb, wurde im Vertrauensleutekörper bereits einstimmig – unter Zustimmung der sozialdemokratischen Vertrauensleute – ein Beschluß gegen die Tariferhöhungen gefaßt, in dem der DGB aufgefordert wird, eine Demonstration durchzuführen. Diesem Beschluß ging voraus eine breite Debatte im ganzen Betrieb, in der die verschiedenen Argumente für die Tariferhöhungen sorgfältig geprüft und widerlegt wurden. Besonders scharf sprach sich der Vertrauensleutekörper gegen den Versuch aus, die Kollegen im öffentlichen Dienst verantwortlich zu machen, und der Senat wurde heftig dafür angegriffen, daß er den Strom für Kapitalisten wie Reynolds zu derartigen Spottpreisen verkauft.

– L.P., Hamburg –

Plakate in vielen Fenstern

Vor etwa 2 Wochen begannen wir durch eine Hausversammlung im Lornsenplatz 1 mit den Aktivitäten. Jetzt ist unser Haus bereits restlos mit Parolen in den Fenstern vollbehängt, im Nachbarhaus links hängen auch schon Parolen und in dem auf der anderen Seite hängen die Plakate, die zu einer Bürgerversammlung in der Gewerbeschule Altona aufrufen. Diese Versammlung wird bereits von über 100 Menschen aus unserem Stadtteil per Unterschrift unterstützt. Außerdem fordern eben diese Unterzeichner den zuständigen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten auf, auf dieser Versammlung Rechenschaft abzulegen.

In diesem Kampf gegen die Tariferhöhung schließt sich die Bevölkerung zwar langsam, aber doch merklich zusammen.
An vielen Straßenecken oder alten Ladenfenster kleben die Plakate. Noch zögern manche, die Plakate ins Fenster zu hängen, die das eigentlich ganz gerne machen würden, aus Angst vor Repressionen vom Hausbesitzer. Aber je mehr mitmachen, desto geringer wird die Angst.

Über die bisherigen Aktivitäten am Lornsenplatz haben wir auf jeden Fall einen ersten tieferen Einblick in die Situation der Menschen am Lornsenplatz und Umgebung erhalten. Wir haben gemerkt, daß wir von Schwierigkeiten unserer Nachbarn oft nichts wissen, aber auch nichts davon, daß ihnen über die Zustände in diesem Staate langsam der Kragen platzt.

Vor den Ständen gegen die Preiserhöhungen für Strom, Gas und Wasser entwickelten sich lebhafte Debatten

Das Argument des Senats ist falsch

RESOLUTION DES IG METALL VERTRAUENSLEUTEKÖRPERS DER DEMAG–CONZ AG

"Ab 1. Oktober 1974 will der Hamburger Senat die Tarife für Gas, Wasser und Strom um 18, 36 und 20 % erhöhen. Außerdem werden Gebühren für Zähler und Nachtstrom erhöht. Alles zusammen bringt für jeden von uns mindestens 16 bis 20 DM Mehrausgaben im Monat. Die Hauptargumente des Senats sind:

1. Die Hauptaufgabe der drei staatlichen Versorgungsbetriebe bestehe darin, die Menschen in dieser Stadt mit Strom, Wasser und Gas zu versorgen.
2. Die Verbraucher müßten natürlich die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas bezahlen. Der Preis sei "wirtschaftlich gerechtfertigt", "preispolitisch tragbar" und "aus verbraucherpolitischer Sicht ausgewiesen".
3. Die Kostensteigerungen, insbesondere die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, hätten bei der HEW einen Verlust in Höhe von 90 Millionen DM ergeben.

Zum ersten Argument:
Die Wirklichkeit sieht anders aus. Sowohl bei der HEW als auch bei der HGW geht der kleinste Teil des gesamten Verkaufs an die Haushalte. Hauptsächlich produzieren die HEW und die HGW für die Industrie. Und der Anteil der großen Unternehmen am gesamten Verbrauch nimmt noch zu: Im letzten Jahr hat der gesamte Absatz der HWE um 3,2 % zugenommen, der Absatz an die Sondervertragskunden (das sind die großen Abnehmer, insbesondere die Industrie, die in besonderen Verträgen niedrigere Preise bekommen) hat dagegen um 11,8 % zugenommen. Die industriellen Großabnehmer der HGW sind die Hamburger Stahlwerke (HSW), die Norddeutsche Affinerie und Reynolds. Da die Norddeutsche Affinerie im Aufsichtsrat der HGW vertreten ist, bestimmt sie gleichzeitig über die Verbrauchsbestimmungen des Gases mit. Nur bei den Hamburger Wasserwerken geht der größte Teil tatsächlich an die Haushalte, weil die großen Unternehmen sich selbst mit Wasser versorgen. Das Argument des Senats ist also falsch!

Zum zweiten Argument:
Die Versorgungsbetriebe spalten die Verbraucher in zwei Gruppen auf: Das eine sind Haushalte und kleine Gewerbe. Diese müssen den üblich hohen Tarif bezahlen. Das andere sind Großverbraucher, im wesentlichen die großen Unternehmen. Diese bekommen aufgrund von Sonderverträgen Gas, Wasser und Strom zu wesentlich günstigerem Preis. Zum Beispiel bezahlen sie durchschnittlich 7 Pfennig pro Kilowattstunde, der amerikanische Konzern Reynolds in Finkenwerder sogar nur 2,5 Pfennig. Wir müssen aber durchschnittlich 11,8 Pfennig pro Kilowattstunde bezahlen. Insgesamt müssen die Haushalte von den 90 Millionen Verlust der HEW 61,2 Millionen DM (68 %) aufbringen, die Unternehmer aber nur 28,8 Millionen DM, also 32 %! Also müssen wir, die den Strom zum Leben brauchen und nur ein Drittel des gesamten erzeugten Stromes der HEW verbrauchen, zwei Drittel des Verlustes zahlen. Und das nennt sich dann verbraucherpolitisch ausgewogen!
Zum dritten Argument:
Hierzu muß man zweierlei sagen: Erstens gibt es bei der HEW keinen Verlust, sondern einen beträchtlichen Gewinn; für 1973 hat die HEW 13 % Dividende ausgezahlt. Und für 1974 und 1975 wird mit einem Gewinn von über 35 Millionen DM gerechnet! (Alle Zahlen aus: Antrag der HEW in der Bürgerschaft auf Tariferhöhungen) Zweitens ist dieses "Argument" ein gefährlicher Trick: Es soll nämlich die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst für die Tariferhöhungen verantwortlich machen und die Empörung über die Tariferhöhungen vom Senat ablenken und gegen die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst wenden. Das zielt vor allem darauf ab, den Lohnkampf im öffentlichen Dienst schlecht zu machen.
Dies alles können wir nicht hinnehmen und fordern deshalb den Ortsvorstand Hamburg der IG Metall auf, am 25. September 1974, dem Tag der endgültigen Beratung über die Tariferhöhungen in der Bürgerschaft, eine Demonstration gegen die Tariferhöhungen einzuleiten!

IG-Metall-Vertrauensleutekörper
der Demag-Conz AG Hamburg
Hamburg, den 30. August 1974

Interview mit Reynolds-Kollegen

VERWALTUNGSGERICHT HAMBURG BESCHLIESST VORÜBERGEHENDE STILLEGUNG VON REYNOLDS

Letzte Woche hat das Verwaltungsgericht Hamburg beschlossen, Reynolds, ein Aluminiumwerk in Hamburg muß in 14 Tagen dicht machen. Die Methoden des Senats bei Industrieansiedlungen sind so skandalös, daß selbst ein bürgerliches Gericht dagegen Stellung beziehen muß.

Das Gericht vertritt den Standpunkt: In einem Hauptverfahren muß geklärt werden, wieweit die Umweltbelastung durch Reynolds beim jetzigen Fluor-Ausstoß tragbar ist.
Die Reynolds-Kollegen müssen jetzt verhindern, daß sie die Opfer dieser Machenschaften werden. Sie müssen sich unter den Forderungen zusammenschließen:
Keine Entlassungen!
Kein Lohnausfall bei einer vorübergehenden Stillegung!
Erfüllung aller notwendigen Auflagen durch Reynolds!

INTERVIEW

Frage: Wie war eure erste Reaktion, als ihr von dem Beschluß erfahren habt?
Antwort: Das kannst du dir ja vorstellen. Alle rannten mit "Bild" und "Morgenpost" rum und fragten: Hast du schon gelesen, hast du schon gelesen? Man muß ja auch sehen, daß viele ältere Kollegen hier sind, die dachten, sie hätten den Job für's Leben.
Frage: Was war die Meinung der Kollegen zu der Sache?
Antwort: Es gibt noch keine einheitliche Meinung. Einige sagen: Mir ist es lieber, wenn gleich dicht gemacht wird. Dann kann man wenigstens gleich wieder eine Arbeit finden. Andere lassen sich ihre Empörung mehr anmerken. Sie sagen: Wenn tatsächlich dicht gemacht wird, muß der ganze Senat verschwinden.

Frage: Es ist der Presse also nicht gelungen, die Empörung der Kollegen auf die Gärtner und Gemüsebauern abzuleiten?
Antwort: Nein, Aber wir sind natürlich schon sauer darüber, daß die Sache so behandelt wird, als ginge es nur um Pflanzen. Es geht doch auch um die Kollegen, die am Arbeitsplatz den Dreck schlucken müssen. Man weiß ja noch gar nicht so recht, wie sich das Zeug auswirkt.
Frage: Was meint ihr, wie's weiter geht?
Antwort: Das wird wohl noch eine Weile hin und her gehen. Reynolds hat ja Widerspruch gegen das Urteil eingelegt. Es kann aber durchaus passieren, daß plötzlich dicht gemacht wird und wir dann die Angeschmierten sind. Wenn Kapital gegen Recht steht, ist das immer so eine Sache. Daraus wird meistens ein Sieg des Kapitals.
Frage: Was meinst du, was kann man jetzt unternehmen, um das zu verhindern? Was hältst du von dem Vorschlag, auf eine Betriebsvereinbarung zu drängen, in der festgelegt wird: Keine Entlassungen, kein Lohnausfall für den Fall einer vorübergehenden Betriebsstillegung? Jetzt, wo die Sache in der Schwebe ist, habt ihr ja noch Druckmittel.
Antwort: Das wäre richtig. Ich weiß jetzt nicht, ob der Betriebsrat schon etwas beschlossen hat. Auf jeden Fall hat er gegenüber der Presse die Stellungnahme abgegeben, daß Reynolds nicht schuldlos an der jetzigen Lage ist. Ich hoffe, daß entsprechende Überlegungen jetzt im Betriebsrat und auf der Vertrauensleutesitzung am Dienstag gemacht werden. Wir werden unser Möglichstes tun.

87 Mark pro Woche

„MAN HAT JA SEINE PFLICHT GETAN"

Bis zum Mai habe ich bei der Frankfurter Wach- und Schließgesellschaft gearbeitet. Direkt als ich 1926 aus der Schule kam, habe ich angefangen zu arbeiten, das sind also 48 Jahre – ein ganzes Leben. Ein Arbeitsunfall im Jahr 1935 hat mir ein kaputtes Bein eingetragen, so daß ich heute kaum gehen kann. Invalidenrente habe ich natürlich nie gesehen. Wegen dem Bein und meinem Alter – 63 Jahre – konnte ich zum Schluß kaum noch arbeiten und vor allem keinen Nachtdienst mehr machen; daraufhin wurde ich rausgeschmissen – auf elegante Art und Weise, nämlich "in gegenseitigem Einverständnis". Andere Arbeit hätte ich nur wieder mit Nachtdienst gekriegt.
Ich habe also Rente beantragt, das dauert aber ein paar Monate. Für die Übergangszeit kriegt man Arbeitslosenunterstützung. Seit dem 1.Mai war ich außerdem krankgeschrieben. Da der Arzt ein paar Papiere verschlampt hat, hat man mir auf der Kasse gesagt, es täte ihnen leid, aber ohne das Papier könnte ich kein Krankengeld kriegen. So ist das also.
Nachdem ich dann sofort die Arbeitslosenunterstützung beantragt habe, habe ich **Mitte August** Nachricht gekriegt, daß ich ganze 87 DM die Woche kriege – war aber auch nichts. Zwei Tage später habe ich 230 DM bekommen, von Anfang Juni bis Mitte August! Hätten mir nicht ein paar Bekannte ausgeholfen, könnte ich wohl, wenn es nach dem Arbeitsamt ginge, zwischen Mai und August Gras gefressen haben; Geld habe ich jedenfalls keins gesehen solange. So geht das, wenn man nicht mehr arbeiten kann, kann man von Staats und der Kapitalisten wegen ruhig sterben, man hat ja seine Pflicht getan.

Dazu kommt, daß ich mit zum Arbeitsamt rennen, Papiere besorgen (alle Arbeitsnachweise seit 1926!) und Anträge stellen mehr auf Trab war, als wo ich noch gearbeitet habe. Ich glaube, daß viele Menschen in einer solchen Lage sind, wenn sie aufhören zu arbeiten. Besonders erniedrigend ist das auf dem Arbeitsamt, wo man stundenlang warten muß und behandelt wird wie ein Almosenempfänger.
Es ist eben so: der Arbeiter ist solange von Wert für den Kapitalisten und den Staat, wie er arbeitet und seine Steuern zahlt; kann er das nicht mehr, wird er behandelt wie der letzte Dreck und kann zugrunde gehen.

–P.K., Frankfurt–

Freispruch für KVZ-Verkäufer

Osnabrück. Am 21.8.1974 um 10.30 Uhr begann der Prozeß beim Osnabrücker Amtsgericht. Angeklagt waren die beiden Genossen Bernhard Gerlach und Ernst Metzger-Petersen. Ihnen wurde zur Last gelegt, am 21.12.1973 gegen 17 Uhr Waren (die KVZ) von einem fliegenden Stand ohne Gewerbekarte feilgeboten zu haben.
Die beiden Verkäufer erklärten dem hohen Gericht und den zahlreich erschienenen Zuhörern, wieso der Verkauf der KVZ kein Gewerbe ist: Sie erklärten, daß die KVZ eine Zeitung ist, die die Probleme der Mehrheit der Bevölkerung behandelt, eine Zeitung der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Wer die KVZ schon einmal gelesen hat, der weiß, daß sie ohne jegliche Werbung aufgebaut ist, also nicht wie die anderen, bürgerlichen Zeitungen auf das Geld der Kapitalisten angewiesen ist.
Aus der Zeitung wurden einige Artikel genannt, die auch zeigen, daß die KVZ von ihren Lesern und nicht von einer gut bezahlten Redaktion geschrieben wird. Wenn ein Verkäufer mit der KVZ losgeht, hat er die Zeitung natürlich vorher gelesen, denn es geht uns vorrangig darum, mit den Menschen zu diskutieren, ihre Meinung zu bestimmten Problemen zu hören. Es geht uns nicht in erster Linie darum, nun unbedingt viele Zeitungen zu verkaufen, erst recht nicht, um damit einen Profit zu machen. An der KVZ verdient weder der einzelne Verkäufer, noch die Ortsgruppen, noch der Verlag etwas.
Nach dieser ausführlichen Begründung, die der Rechtsanwalt noch erweiterte, sprach der Richter sein Urteil: Die Angeklagten mußten freigesprochen werden. Wir meinen, daß dieser Freispruch zwar ein Erfolg ist, aber schon bald werden unsere Stadtoberen neue Erlässe, Vorschriften usw. aus den Schubladen holen, um den Verkauf der KVZ zu verhindern.

–B., Osnabrück–

Über einige Fehler im Kampf um Demokratie

ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSION IM ZENTRALEN KOMITEE

Auf seiner Sitzung von 6. Juli 1974 hat das Zentrale Komitee über einige Fehler im Kampf um die Demokratie diskutiert. Auf seiner Sitzung vom 24. August hat es folgende Zusammenfassung dieser Diskussion verabschiedet:

"Der Grundzug der Fehler im politischen Kampf besteht darin, daß der Kampf um Demokratie nicht als Bestandteil des Klassenkampfs begriffen wird, in den die Arbeiterklasse führend eingreift, um das Volk für den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu gewinnen, sondern daß der Kampf um Demokratie vom Klassenkampf losgelöst wird und die Interessen des Proletariats in ihm verschwinden. Dieser Fehler wurde an verschiedenen Beispielen herausgearbeitet: am Beispiel des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt, wo er sich darin ausdrückte, daß die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften vernachlässigt wurde; am Beispiel des Kampfes gegen die Mieterhöhungen in Westberlin, wo er sich darin ausdrückte, daß die Agitation ausschließlich auf dem Gegensatz Mieter und Vermieter/Senat aufgebaut wurde; am Beispiel des zurückgezogenen politischen Plans einer Ortsleitung, die unter völliger Vernachlässigung der Untersuchung der Entwicklung des Klassengegensatzes und der Klassenfronten und in falscher Verallgemeinerung des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt einen detaillierten Plan für den Sturz des Bürgermeisters "ausgearbeitet" hatte. Es gibt auch zahlreiche andere Beispiele für den genannten Fehler, der die demokratischen Forderungen als ein Allheilmittel gegen die Übelstände der kapitalistischen Gesellschaft mißhandelt. Darum geht es aber nicht: Im Kampf um die Demokratie geht es darum, daß das Proletariat, wenn es für seine sozialen Interessen kämpft, notwendig auch um die Mittel und Formen kämpfen muß, mit denen und in denen es seine sozialen Interessen durchsetzen kann, also um Rechte kämpfen muß mit dem Ziel, die politische Macht zu erobern als Mittel dafür, seine sozialen Interessen radikal durchzusetzen, durch die soziale Revolution. Deshalb kann sich der Kampf um Demokratie auch nur entfalten auf Grundlage des Kampfes des Proletariats um seine sozialen Interessen, deshalb setzt zum Beispiel auch die Aufstellung einer demokratischen Forderung, wenn sie sich wirklich in den Massen verankern soll, immer eine breite Enthüllungstätigkeit über die Lage der Arbeiterklasse und entsprechend der breiten Volksmassen voraus. Sonst fuchtelt man mit ihnen im luftleeren Raum herum. Im Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees ist in der Kritik der Wahlerklärung der Hamburger Ortsleitung bereits auf diesen Fehler eingegangen worden. Er ist jedoch noch nicht ausgemerzt.

Das Programm des KBW besteht bekanntlich nicht einfach aus den demokratischen Forderungen, sondern diese sind der feste Bestandteil des ganzen Programms, das über Ziel und Weg des Klassenkampfes klare Aussagen trifft und das insgesamt angewandt werden muß, wenn die Kommunisten den Klassenkampf des Proletariats erfolgreich führen wollen.

Die ganze Organisation und jeder einzelne Genosse müssen sich stets vor Augen halten: "Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ist die Grundlage des unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist in dieser Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit." (Programm des KBW, Taschenausgabe, Seite 8)

Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ergibt sich aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Kommunisten unterstützen, wie Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest feststellten, "jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände". In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage "als die Grundfrage der Bewegung" hervor.

Entsprechend sollte sich die ganze Organisation und jeder einzelne Genosse stets das Verhältnis der sozialen Revolution zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats vor Augen halten, wie es in unserem Programm entwickelt ist:

"Die soziale Revolution hebt das Privateigentum an Produktionsmitteln auf, überführt sie in gesellschaftliches Eigentum und schreitet fort zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein von dem frei assoziierten Arbeitervolk vollzogen wird. Mit der Aufhebung des kapitalistischen Eigentums beseitigt die soziale Revolution die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und bereitet so den Boden für die Befreiung der ganzen geknechteten Menschheit, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt. Indem sie im Laufe ihrer eine ganze geschichtliche Epoche dauernden Entfaltung den Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sowie den zwischen Stadt und Land aufhebt, führt sie schließlich zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist und worin die Produktion und Verteilung ausschließlich nach dem Grundsatz geregelt wird: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"

Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, d.h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen. So lange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen." (Programm des KBW, Taschenausgabe, Seite 15/16)

Die soziale Revolution ist der Zweck des Klassenkampfes des Proletariats und die Eroberung der politischen Macht ist die Vorbedingung dieser sozialen Revolution, das Mittel, um sie durchzuführen. So ist das Verhältnis zwischen den sozialen Interessen des Proletariats und politischen Forderungen überhaupt zu verstehen.

Um die aufgetretenen Fehler zu korrigieren, ist es unbedingt notwendig, daß die Organisation und jede ihrer Einheiten, indem sie eine politische Forderung aufstellt, den sozialen Inhalt des betreffenden Widerspruchs sorgfältig herausarbeitet und darlegt. Anders kann man keinen politischen Kampf erfolgreich führen.

Die Arbeiterklasse führt den Kampf um Demokratie wie den Kampf um die politische Macht niemals als Selbstzweck; die Demokratie und die politische Macht sind immer Mittel zum Zweck der sozialen Befreiung.

Um die Ursachen der aufgetretenen Fehler zu beheben, müssen wir uns bemühen, das Klassenbewußtsein in der Organisation zu heben, müssen wir uns das Programm und den Marxismus-Leninismus besser aneignen und lernen, sie als Instrument der Untersuchung und der Politik zu meistern."

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Preis 80 Pfennig. Zu beziehen über Kühl Verlag, 68 MA, Sandhoferstr. 29

Warum ich aus der DKP ausgetreten bin.

Kurz nach der Gründung der DKP war ich schon Mitglied. Ich war hier in Kassel einer der aktivsten, denn ich war ehrlich von der Politik der DKP überzeugt. Als in Kassel das Komitee für die Einstellung der von Berufs- und Ausbildungsverboten Betroffenen gegründet wurde, habe ich mich dafür interessiert. Die DKP hatte für zwei ihrer Mitglieder, die auch von Berufsverboten betroffen waren, keinen Finger krumm gemacht. In dem Komitee aber sah ich Leute, die sich wirklich um die Menschen, die vom Staat aus politischen Gründen nicht eingestellt wurden, kümmerten und eine öffentliche Diskussion entfachten. Die DKP hat sich um das Komitee auch gekümmert, aber indem sie es aktiv und offen boykottierte, weil "Chaoten drin sind".

Die Sache mit dem Komitee war für mich der letzte Anstoß, denn ich hatte schon länger die Schnauze voll. Ich war nämlich 2.Vorsitzender der Ortsgruppe Lossetal. Als aktives DKP-Mitglied konnte ich einen Urlaub in der DDR verbringen, auf Kosten der Partei versteht sich. Einen solchen Urlaub gibt es nur für ausgesucht aktive Mitglieder, die der Parteivorstand auswählt. Also fuhr ich mit meiner Familie in ein Ferienheim für Funktionäre in Luisenthal bei Oberhof. Wir Funktionäre hatten Radio und Fernseher auf dem Zimmer, wir konnten morgens, mittags und abends zwischen drei Gedecken wählen. Die Arbeiter aus der DDR aber mußten sich ein Rundfunkgerät für 10 Mark und einen Fernsehapparat für 20 Mark pro Woche mieten, wenn sie einen auf ihrem Zimmer haben wollten. Abends um neun Uhr sind im Ort alle Kneipen dicht, wenn es keine Privatkneipe gibt, kann der Arbeiter in der DDR eben nach neun Uhr kein Bier mehr haben. Im Funktionärsheim gibt's Bier die ganze Nacht, wenn man will. In diesem Touristenzentrum sind die Läden voll, in den Nachbardörfern gibt es fast gar nichts und es sieht trostlos aus. Die Bevölkerung in der DDR bekommt nicht das, was ihr zusteht; wo die Touristen sind, wird alles hingepumpt. Meine Tochter war mal im Pionierlager Dimitroff bei Erfurth. Die angeblichen Bungalows, die als Unterkunft angepriesen wurden, waren Baracken mit Plumpsklos und verschmutzten sanitären Anlagen. Alle zwei Tage bekamen die Kinder die Haare gewaschen, weil einige Kinder aus der DDR Läuse hatten. Die Kinder wurden sowohl von unseren eigenen Genossen, die als Reisebegleiter mitwaren, als auch von dortigen Gruppenleiterinnen geschlagen. Spazierengehen durften sie nie alleine, sondern nur in Gruppen und unter Aufsicht. Bei einer Feier mußte meine Tochter ein Papier vortragen, das von irgendwelchen DDR-Funktionären verfaßt war, wie schön und fortschrittlich die DDR doch sei.

Genauso hat die lange Erfahrung in der DKP dazu beigetragen, daß ich jetzt ausgetreten bin. Die nennt sich eine Arbeiterpartei. Eine Arbeiterpartei sollte man danach beurteilen, wie sie die Arbeiterklasse behandelt, und die DKP behandelt sie schlecht. Als mir bei der Deutschen Asphalt das Gehalt gekürzt wurde, ging ich zum Bezirksvorsitzenden, um ihn um Rat zu fragen. Er aber schickte mich erst mal in den beschriebenen Urlaub. Nun, wo sollte ich hin, da ich sah, daß die DKP und das, was sie vertritt, für die Arbeiterklasse nicht gut ist. Es gab die KPD (Rote Fahne), die KPD/ML usw. Auch hatte ich mich schon lange mit der Politik der Volksrepublik China auseinandergesetzt, worüber ich schon manchesmal mit den Parteigenossen in Konflikt kam. Da kam die Sache mit dem Komitee und ich sah einige Leute gute Arbeit machen, nur nicht die von der DKP. Ich weiß, wie das in den Schulen aussieht mit dem Lehrermangel und der politischen Entrechtung der Lehrer, darum bin ich Mitglied im Komitee geworden. Ich sah auch sehr schnell, wer da gute Arbeit machte. Jetzt werde ich in der Sympathisantengruppe des KBW in Kassel mitarbeiten.

Weitere Artikel über die "fortschrittliche" DDR folgen.

Kassel, den 26.8.74 Gerhard Ziegeler

kommunistische volkszeitung

Die KVZ muss Wochenzeitung werden

Wenn man gegenwärtig versucht, über die offizielle Presse die Wahrheit ans Licht zu zerren über einen empörenden Zustand oder Vorfall, stellt man fest, das ist nicht einfach. In der bürgerlichen Gesellschaft regiert das Geld und die offizielle Presse ist käuflich nach zwei Seiten hin. Das eine Mal am Kiosk und das sieht jeder. Das andere Mal in der Anzeigenabteilung und davon wird weniger gesprochen. Der Standpunkt der bürgerlichen Presse ist der Geldsack und von dieser hohen Warte aus beurteilt sichs anders als vom Standpunkt der leeren Taschen. Ein Fließband ist zum Beispiel eine ziemlich verschiedene Sache, je nachdem ob man daran schwitzen muß oder mit Aktien handelt. Auch eine Villa mit Schwimmbad und drei Garagen sieht von innen her ganz anders aus als vom Standpunkt der zweieinhalb Zimmer Wohnung; nur vom Standpunkt des Fließbandes, der 2 1/2 Zimmerwohnung findest Du in der offiziellen Presse nichts. Bloß gelegentlich, wenn zwei verschieden interessierte Geldbeutel aufeinanderprallen, fällt ein Funken bürgerliches Interesse auf die Verhältnis, unter denen die werktätigen Massen zu leben haben.

Es liegt auf der Hand, daß gegenüber dieser Sorte öffentlicher Meinung und freier Presse die Arbeiterklasse einer eigenen Presse bedarf. Die Arbeiterklasse braucht eine Presse, in der sie ihren selbständigen politischen Standpunkt gegenüber allen anderen Klassen vertritt und die ihr dient, die Massen auf diesem politischen Kurs zusammenzuschließen. Und deswegen finden wir auch ein verhältnismäßig reges Interesse an einer Zeitung, die nichts zu verlieren hat als die gute Meinung der Massen, ganz und gar auf deren Unterstützung angewiesen ist und gegenüber der ganzen besseren Gesellschaft eine feindselige Haltung einnimmt. Aktuell steht zur Entscheidung, ob der KBW diesem Interesse genügen kann, es weiter fördern kann mit einem Zentralorgan, das nur alle zwei Wochen erscheint. Dem nicht organisierten Leser zur Erklärung: An der Herstellung der KVZ ist die ganze Organisation beteiligt, aus allen Teilen des Landes müssen Berichte, Reportagen, Zuschriften kommen, damit die Zeitung aktuell und ansprechend wird. Darüberhinaus können wir die Zeitung nicht verbreiten über das gewöhnliche Netz; es muß sozusagen jedes einzelne Exemplar von unseren Genossen und Freunden selber angeboten und verkauft werden. Es muß also ziemlich ausführlich beraten werden, ob die Organisation das Zentralorgan doppelt so oft herausgibt als bisher. Entschließt man sich zu früh, dann besteht die Gefahr, daß die Zeitung langweilig und oberflächlich wird, so daß auch ihre Verbreitung zurückgehen muß. Entschließt man sich zu spät, dann kommt man dem Interesse der Massen nicht nach, was nichts bedeutet, als daß eine Lücke gelassen wird, in die bürgerliche Meinungsträger hineinstoßen können. Zwei Fragen stehen zur Beantwortung: erstens, braucht man in der gegenwärtigen politischen Lage eine solche Zeitung. Das wird von niemand bestritten. Zweitens, kann die Organisation sie schreiben und verbreiten. Daß die zweite Frage ziemlich wichtig ist, zeigt uns das Vorbild einiger revolutionärer Blätter, die eine nur geringe Verbreitung finden, was vermutlich von der unaussprechlichen Langweile kommt, die sie verduften. Um abzuschätzen, ob die Organisation heute in der Lage ist, eine Wochenzeitung herauszugeben, müssen wir ihre Geschichte betrachten.

Vor zwei Jahren, da war der KBW noch nicht gegründet, aber diejenigen Organisationen, die sich später zum KBW zusammenschlossen, waren an den einzelnen Orten durchaus tätig. Fast alle gaben eine Zeitung örtlicher, manchmal auch regionaler Verbreitung heraus. Diese Blätter erschienen einmal im Monat, in der "Sommerflaute" auch manchmal gar nicht und hatten zusammen eine Auflage so an die 20 000 Stück. Diese Zeitungen konnten nicht von einer festumrissenen politischen Grundlage aus geschrieben werden. Und sie stützten sich auf eine ausgesprochen enge eigene praktische Erfahrung. Obwohl die Existenz dieser Zeitungen unbestreitbar ein Fortschritt war und unersetzliche Erfahrungen gesammelt wurden, genügte die Presse den Anforderungen bald nicht mehr. Gerade so, wie die Existenz verschiedener selbständiger örtlicher Gruppen, die ohne festen Zusammenhang dahinarbeiteten, den Anforderungen nicht mehr genügte. Es war abzusehen, daß man so nicht mehr weiter kommen würde.

In dieser Lage ergriffen verschiedene örtliche Gruppen die Initiative und beschlossen ein Programm auszuarbeiten, auf welchem sich die westdeutschen Kommunisten zusammenschließen konnten. Im Juni 1973 wurde der KBW auf der Grundlage eines breit diskutierten Programms gegründet. Seitdem gibt es die KVZ und es hat sich herausgestellt, daß die Zeit absolut reif war für die Schaffung dieser Zeitung. Von Anfang an fanden wir Unterstützung bei Herstellung und Vertrieb dieser Zeitung weit über die Reihen der eigenen Organisation hinaus und es hat sich auch herausgestellt, daß das öffentliche Interesse an dieser Zeitung ständig wuchs. Die neue Zeitung, die sich auf Informationen über die Klassenkämpfe in ganz Westdeutschland stützen konnte und die von einer Organisation getragen war, die an – verhältnismäßg – vielen Orten an den Klassenkämpfen teilnahm, erreichte im Verlauf eines Jahres eine Verbreitung von mehr als doppelt so viel in zwei Wochen, als von den alten Zirkelzeitungen im Monat verkauft wurden. Nach meiner Ansicht hat das seine Ursache in der beträchtlich besseren Qualität der Zeitung. Mehr und genauere Information, auf eine breitere Basis praktischer Erfahrung gestellte politische Einschätzungen, das hat es uns ermöglicht, dem Interesse der Massen an einer revolutionären Zeitung entgegenzukommen.

Es besteht aber kein Anlaß, mit dem Erreichten nur zufrieden zu sein und darauf zu warten, daß es mählich vorwärtsginge. Es ist nach meiner Ansicht im wesentlichen erreicht, was mit der Zeitung in ihrer bisherigen Form erreichbar war, denn, immer noch zu schwerfällig ist unser Zentralorgan. Die verhältnismäßig gemütliche Erscheinensfolge entspricht nicht dem, was wir zu sagen haben. Vollgepfroft mit Zuschriften bis an den Kragen, bloß drei Tage aktuell und doch zwei Wochen lang oft verkauft, das entspricht nicht unseren Möglichkeiten und nicht unseren Aufgaben. Das führt dazu, daß man oft zwei Wochen braucht, um sich durch die Zeitung durchzubeißen. Das führt auch dazu, daß sich viele Menschen, die durchaus an unseren Anschauungen interessiert wären, nicht zurechtfinden mit der Zeitung. Und hier muß man sagen, wenn wir beim 14-tägigen Erscheinen bleiben, dann können wir aus diesen Schwierigkeiten nicht herauskommen. Viel fällt vor in zwei Wochen und viel haben wir dazu zu sagen; wichtige Fragen sind aus dem öffentlichen Interesse schon wieder fast verschwunden, bis wir uns dazu äußern können, das macht es nötig, sie auszugraben und die Artikel werden dadurch unnötig schwerfällig. Schwer ist es, in der KVZ die Leser selbst zu Wort kommen zu lassen und z. B. eine Auseinandersetzung mit Leserbriefen zu führen. Die informierende Seite der Zeitung kommt zu kurz, was der geringen Möglichkeit zur Aktualität geradeso geschuldet ist als dem Platzmangel. Immer noch besteht eine Lage, daß ein Leser, der sich vorwiegend oder nur aus der KVZ informieren will, zu vielen Fragen nichts erfährt. Alle diese Mängel sind unzweifelhaft vorhanden und erschweren den Umgang mit der Zeitung für die Organisation und genauso ihre Verbreitung unter den Massen. Diesen Mängeln werden wir zu Leibe rücken können, wenn wir uns entschließen, die Zeitung wöchentlich herauszugeben.

Bei der Diskussion über die Frage, soll die KVZ im Herbst wöchentlich erscheinen oder soll es bleiben wie es ist, wird häufig bloß davon ausgegangen, welche Belastung das für die Organisation mit sich bringt, wenn wir nicht dabei landen wollen, daß wir mit unseren Ansichten weniger Menschen erreichen statt vorher. Diese Betrachtungsweise ist nicht richtig und lenkt vom wesentlichen Problem ab. Eine gute Zeitung, eine verbesserte Zeitung wird unweigerlich größeres Interesse finden unter den Massen, die sich nicht abspeisen lassen wollen mit dem gewöhnlichen Aufsud bürgerlichen Denkens in der offiziellen Presse. Für uns kommt es darauf an, in die Diskussion über das wöchentliche Erscheinen die Verbesserung der KVZ in den Vordergrund zu schieben. Wenn man diesen Gesichtspunkt nicht in der Organisation berät, ihn nicht zur Sprache bringt, wo man mit nicht organisierten Lesern zusammenkommt, dann nimmt man zu dieser Frage einen Standpunkt ein, wie ein x-beliebiger Gemüsehändler, der Überlegungen über den Markt anstellt. Wir aber haben keinen Markt zu beschicken, sondern eine revolutionäre Aufgabe zu erfüllen. Nach meiner Ansicht werden wir im Herbst eine Wochenzeitung herausgeben können und müssen. –M.F.–

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein„

WIESBADEN:

Landtagskandidat entlassen

In der KVZ Nr.14 berichtete ich über die Einleitung des Verfahrens zu meiner Entlassung. Mittlerweile habe ich nun den Bescheid bekommen, daß ich zum 30.9.1974 entlassen werden soll. Begründet wird diese Maßnahme mit angeblich schlechten Arbeitsleistungen und mit Beurteilungen, die 5 oder sogar 6 Jahre alt sind.

In Wirklichkeit, und darüber sind sich auch die meisten Kollegen einig, stecken politische Gründe dahinter, denn in meiner langjährigen gewerkschaftlichen Arbeit und als Jugendvertreter und Mitglied im Personalrat habe ich mich immer für die Interessen der Kollegen eingesetzt. Außerdem bin ich Landtagskandidat des KBW.

Im Personalrat ist meine Entlassung überhaupt nicht behandelt worden, sondern lediglich die SPD-Personalräte haben in gemeinsamen Sitzungen mit dem Magistrat das Vorgehen abgesprochen. Ein Personalratsmitglied sagte vor einigen Wochen zu einer Kollegin, daß den Zettlitz im Rathaus "alle" (gemeint war Magistrat und Personalrat) gern los sein würden, aber die SPD würde sich nicht so recht trauen, das nun mal schnell über die Bühne zu ziehen.

Ich habe gegen die Entlassung Widerspruch eingelegt und werde auch gegen die Stadt wegen dem Verstoß gegen den Kündigungsschutz, der mir aufgrund des Gesetzes zur Sicherung der Mandatsausübung als Landtagskandidat zusteht, vorgehen.

WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN!
FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF!

Jürgen Zettlitz, Wiesbaden
Landtagskandidat des KBW

aufgrund des Gesetzes zur Sicherung der Mandatsausübung als Landtagskandidat zusteht, vorgehen.
WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN!
FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF!
Jürgen Zettlitz, Wiesbaden
Landtagskandidat des KBW

Unter diesem Titel führt der Kommunistische Bund Westdeutschland am 10.September eine Kundgebung zu den Landtagswahlen in Hessen durch. Sie findet im Großen Kurhaussaal in Wiesbaden statt und beginnt um 19 Uhr. Das Hauptreferat hält der Sekretär des Zentralen Komitees, Joscha Schmierer. Weiter sprechen die Landtagskandidaten des KBW Anette Moenich (Darmstadt), Victor Pfaff (Darmstadt), Gerd Koenen (Frankfurt), Bernd Ohmer (Wiesbaden) und Willi Geike (Kassel).

Die Landesliste des Kommunistischen Bundes Westdeutschland für die Landtagswahlen setzt sich aus folgenden 32 Kandidaten zusammen:

1. Gerd Koenen, Sekretär der Ortsleitung Frankfurt	Frankfurt,	Wahlkreis 39
2. Anette Moenich, Chemielaborantin	Darmstadt,	Wahlkreis 49
3. Bernd Ohmer, Fernmeldehandwerker Elektroingenieur, z.Z. Student	Wiesbaden,	Wahlkreis 26
4. Victor Pfaff, Dozent	Darmstadt,	Wahlkreis 50
5. Gabi Jäger, Studentin	Darmstadt,	Wahlkreis 50
6. Matthias Klopp, Student	Frankfurt,	Wahlkreis 39
7. Rüdiger Reiche, Arzt	Frankfurt,	Wahlkreis 33
8. Klaus Gmyrek, Angesteller	Frankfurt,	Wahlkreis 33
9. Hartmut Schöbel, Lehrer	Frankfurt,	Wahlkreis 36
10. Holde Nake, Krankenschwester	Frankfurt,	Wahlkreis 36
11. Joachim Dröll, Angestellter	Frankfurt,	Wahlkreis 35
12. Elke Schneider, Lehrerin	Frankfurt,	Wahlkreis 38
13. Heinrich Otto, Doktorand	Frankfurt,	Wahlkreis 38
14. Joachim Will, Fernmeldemechaniker	Frankfurt,	Wahlkreis 32
15. Rainer Böttge, Medizinalassistent	Frankfurt,	Wahlkreis 32
16. Norbert Klörs, Ingenieur	Friedberg,	Wahlkreis 24
17. Günther Rehnert, Student	Friedberg,	Wahlkreis 24
18. Detlev Huber, Student	Giessen,	Wahlkreis 19
19. Hannes Gerlach, Student	Giessen,	Wahlkreis 19
20. Willi Geike, Lehrer/EDL	Kassel,	Wahlkreis 4
21. Peter Süsskant, Lehrer	Kassel,	Wahlkreis 4
22. Frank Hesse, Student	Kassel,	Wahlkreis 5
23. Halke Lorenzen	Kassel,	Wahlkreis 5
24. Werner Schrader, Chemieing.	Offenbach,	Wahlkreis 43
25. Walter Johannes, Lagerist	Offenbach,	Wahlkreis 43
26. Andreas Becker, Maschinenein richter	Wetzlar,	Wahlkreis 17
27. Bernd Gerth, Student	Wetzlar,	Wahlkreis 17
28. Georg Mauer, Landarbeiter	Wiesbaden,	Wahlkreis 26
29. Sigurd Würges, Verwaltungskaufmann, z.Z. Student	Wiesbaden,	Wahlkreis 27
30. Norbert Matthes, Bahnwerker z.Z. Student	Wiesbaden,	Wahlkreis 27
31. Jürgen Zettlitz, Verwaltungsbeamter	Wiesbaden,	Wahlkreis 28
32. Detlev Schmalzenbach, Student	Wiesbaden,	Wahlkreis 28

VERWALTUNGSGERICHT STELLT FEST:

„Der KBW ist eine politische Partei"

In einem Urteil der V.Kammer des Verwaltungsgerichtes Frankfurt gegen die Stadt Frankfurt werden juristische Feststellungen getroffen, die für den Kampf gegen die Illegalisierung des KBW und anderer revolutionärer Organisationen von einiger Bedeutung sind.

Anlaß dieses Urteils war, daß die Ortsgruppe Frankfurt des KBW den großen Saal des Rathauses in Frankfurt-Fechenheim für eine Wahlveranstaltung beantragt hatte und ihr dieser verweigert worden war aufgrund eines Beschlusses des Frankfurter Magistrats (vgl. KVZ Nr.15/74).

Gegen diese Entscheidung wurde erfolgreich eine einstweilige Verfügung durchgesetzt. Hier die wichtigsten Auszüge aus dem Urteil:

"Die getroffene einstweilige Anordnung ist erforderlich, um die Vereitelung des Rechts des Antragsstellers auf Überlassung des Saals zu verhindern und um dadurch von dem Antragsteller wesentliche Nachteile im Wahlkampf abzuwenden."

"Denn der KBW ist eine politische Partei und das Verfassungsgebot der Chancengleichheit politischer Parteien gebietet es, ihm den Saal für die geplante Wahlveranstaltung zur Verfügung zu stellen.

Der KBW ist eine politische Partei, weil er für längere Zeit für den Bereich des Bundes und der einzelnen Länder auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes im Hessischen Landtag mitwirken will (Art. 21,I GG, § 2, ParteiG.).

Nach Umfang und Festigkeit seiner durch ein Statut geregelten Organisation, seiner Mitgliederstärke von über 1 200 Mitgliedern, seinem Auftreten in der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und die regelmäßig vierzehntägig erscheinende "Kommunistische Volkszeitung" bestehen keine ernsthaften Zweifel daran, daß der KBW einen dauerhaften Einfluß auf die politische Willensbildung in Bund und Ländern nehmen will.

Aufgrund der von ihm für die hessische Landtagswahl gefaßten Beschlüsse , sowie öffentlichen Zeitungsartikeln und getroffenen Wahlvorbereitungen, bestehen auch keine ernstlichen Zweifel daran, daß er sich an der hessischen Landtagswahl beteiligen will.

Seine Zielsetzungen als politische Partei dürfen nicht zu für ihn nachteiligen Verwaltungsmaßnahmen führen, denn nur das Bundesverfassungsgericht kann über die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei entscheiden. Sollte der KBW eine Ersatzorganisation der verbotenen früheren KPD sein, so könnten auch daraus keine Folgerungen hergeleitet werden, weil der KBW nicht von den zuständigen Behörden als Ersatzorganisation festgestellt worden ist (§ 33 ParteiG i.V.m. §§ 8,3 VereinsG.).

Es verstößt nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung, sondern es entspricht dieser gerade, wenn eine Partei, solange sie nicht verboten ist, ihre Ziele propagieren kann, auch wenn diese Ziele verfassungswidrig sein sollten."

Wahlen, dann Einstellungsstop

DIE LANDESREGIERUNG PLANT DEN LEHRERMANGEL

Offenbach. Der hessische Personalentwicklungsplan (PEP) sieht vor, daß ab Februar 1975 nicht mehr alle Bewerber für das Lehramt an hessischen Schulen eingestellt werden sollen.

Das wurde auf einer Informationsveranstaltung bekannt, die der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE) in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 20.5. in Offenbach durchführte.

Ziel dieses Plans der hessischen Landesregierung ist es vielmehr, "den gegenwärtig und auch künftig vorhandenen Mangel an Personal nach möglichst objektiven Kriterien und unter Abwägung politischer Prioritäten gleichmäßig auf alle Geschäftsbereiche zu verteilen." Es ist also nicht das Ziel der hessischen Landesregierung, den Mangel an Lehrern an den Schulen zu beseitigen, sondern ihn nur zu verteilen.

Die politischen Prioritäten für die Schulen sind nach Auffassung der Landesregierung: Keine Senkung und Angleichung der Pflichtstundenzahl der Lehrer, keine Verringerung der Klassenstärken, keine Vorschulklassen, keine 12 Stunden Berufsschulunterricht usw...

Die bestehenden schlechten Verhältnisse an den hessischen Schulen, die zu beseitigen besonders die SPD bereits während der letzten Landtagswahlen versprach, bleiben weiterhin bestehen. Nicht zufällig wirkt sich der Personalentwicklungsplan erst im nächsten Jahr aus, wenn die Wahlen gelaufen sind.

Die Teilnehmer der Informationsveranstaltung haben beschlossen, innerhalb und außerhalb der GEW eine einheitliche Front gegen den Personalentwicklungsplan zu schaffen.

–nach einer Korrespondenz aus Offenbach–

Streik gegen Schulmisere

DER SCHULSTREIK IST NICHT DER ERSTE SCHRITT, DEN DIE ELTERN UNTERNEHMEN

Am 26.8.74 wurde an der Marburger Elisabethschule gestreikt. Dieser Streik erregte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen.

Der Lehrermangel an diesem Gymnasium ist so groß, daß fast 1/4 der Unterrichtsstunden ausfallen müssen.

Der Schulstreik ist längst nicht der erste Schritt, den die Eltern zur Behebung der schon lange bestehenden Misere ergriffen haben. Während es sich sonst aber die bürgerlichen Politiker leisten können, die Anliegen der Bevölkerung mit Stillschweigen zu übergehen, mußten sie sich einer solchen aufsehenerregenden Aktion so kurz vor den Landtagswahlen stellen. So waren auch zu der Podiumsdiskussion, zu der der Elternbeirat der Schule die Vertreter der bürgerlichen Parteien in Landtag und Stadtrat eingeladen hatte, zahlreiche bürgerliche Politiker erschienen. Die Eltern hatten die Hoffnung, mit ihnen "gemeinsame Lösungsmöglichkeiten zur Behebung der Misere an der Elisabethschule zu finden".

Doch was hatten diese "Volksvertreter" nun zu bieten? Der Landtagskandidat der SPD, Schnabel, machte sich aus dem Staub, noch bevor die Veranstaltung richtig begonnen hatte, mit der Begründung, er müsse die von den Eltern angegebenen Zahlen erst noch überprüfen, bevor er etwas sagen könne. Seine Parteikumpanen und die FDP-Vertreter bemühten sich, die Zustände herunterzuspielen. Die CDU-Vertreter sahen ihre große Stunde gekommen. Sie behaupteten, wenn es nach ihnen ginge, bestünde der Lehrermangel überhaupt nicht, wo doch jederman weiß, daß die CDU in Hessen, falls sie die Wahl gewinnt, alle fortschrittlichen Lehrer aus dem Schuldienst entfernen will. Außerdem führt die CDU ja ihren Wahlkampf auch damit, daß sie einen generellen Einstellungsstop, vor allem bei den Lehrern, durchsetzen will.

–Sympathisantengruppe Marburg–

Über 20 Anhörungsverfahren in Hessen

SCHLUSS MIT DER BESPITZELUNG DURCH DIE STAATLICHEN BEHÖRDEN

Wiesbaden. Bei der Vereidigung der Lehramtskandidaten am 1.8. wurde am Studienseminar Kassel den Kollegen K.Schaper und D.Scheithauer die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Sie wurden zu einem Gespräch beim Regierungspräsidium Kassel aufgefordert. Mündlich wurde ihnen als Grund der Verdacht mangelnder Verfassungstreue aufgrund von Kandidaturen für "Rote Listen" bei Studentenratswahlen in Kassel bzw. Göttingen mitgeteilt. Schaper wurde zusätzlich die Verantwortung für eine antifaschistische Demonstration in Holzminden vorgeworfen.

Damit wird die Praxis der sogenannten Anhörungsverfahren durch staatliche Dienststellen jetzt auch in Hessen angewandt. Sie bedeutet eine Einschränkung des Rechts auf freie politische Betätigung sowie politische Einschüchterung und Bespitzelung durch den Staat.

Wir unterstützen die Kollegen Schaper und Scheithauer daher in ihrem Vorgehen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden und unterstützen ihre Forderungen nach öffentlicher und schriftlicher Begründung der Verdachtsgründe durch das Regierungspräsidium Kassel sowie die rückwirkende Einstellung der beiden Kollegen zum 1.August.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß auch eine ganze Reihe anderer Kollegen zu Anhörungsverfahren bestellt worden sind. So wurden die Kollegen R.Behn aus Frankfurt und S.Wrobel aus Darmstadt vom Regierungspräsidium Darmstadt wegen Zweifeln an ihrer Verfassungstreue vorgeladen aufgrund ihrer Kandidatur für die KPD bei der Landtagswahl in Hessen. Die Zahl der Anhörungsverfahren soll bereits über 20 betragen.

Wir wenden uns scharf gegen diese Praxis und fordern von der hessischen Landesregierung, jegliche politische Bespitzelung und Überprüfung durch die staatlichen Behörden von Lehrern und anderen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst einzustellen und bereits praktizierte Berufsverbote zurückzunehmen.

Gleichzeitig fordern wir den Landesvorstand der GEW Hessen auf, den Kampf gegen Berufsverbote in Hessen von Anfang an und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln aufzunehmen sowie den Kollegen Behn, Schaper, Scheithauer, Wrobel und anderen betroffenen Kollegen uneingeschränkten Rechtsschutz zu geben.

Einstimmig verabschiedet von der GEW-Schulgruppe Gesamtschule Bockenheim-Süd bei 11 Anwesenden am 21.8.1974.

DOCH SENDEZEITEN FÜR DEN KBW

Der Hessische Rundfunk, Anstalt öffentlichen Rechts, hatte dem KBW zunächst Sendezeiten mit der Begründung verweigert: "Während des Wahlkampfes ist lediglich den politischen Parteien, die in allen Wahlkreisen Wahlvorschläge eingereicht haben, Sendezeit zu gewähren." (Gesetz über den hessischen Rundfunk vom 2.10.48, P.3, Abs. 6) Gegen diese Bestimmung, die den etablierten bürgerlichen Parteien Rundfunk und Fernsehen absichern soll, wurde erfolgreich Einspruch eingelegt. Der Hessische Rundfunk teilte am 16.8. mit: "Nach Überprüfung des Vorgangs teilen wir Ihnen mit, daß wir bereit sind, dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) unter der Voraussetzung, daß für ihn eine Landesliste zugelassen wird, einen Sendetermin während der Wahlsendezeit aus Anlaß der Landtagswahl 1974 in Hessen zu gewähren."

Im Auftrag der "Bürgerinitiative für freiheitliche Ordnung" zieht ZDF-Moderator Löwenthal gegenwärtig durch Hessen, um im Landtagswahlkampf Stimmung gegen alle fortschrittlichen Menschen und für die reaktionären Kräfte der CDU zu verbreiten. Nach seinem Auftritt zusammen mit Strauß in Berlin, wo er mit Hilfe von Polizei und bezahlten Ordnern die Missfallenskundgebungen verhindern wollte, schlugen seine Ordnungskräfte in Darmstadt mit Stühlen, um die Proteste gegen seine Hetze zum Schweigen zu bringen. Mit dem Ergebnis, daß die Veranstaltung abgebrochen wurde, ohne daß Löwenthal seine Hetzrede beginnen konnte.

Kontostand am 13. August: 21.870,78 DM.
Sammlung im Buchladen in Mannheim: 84 DM – E.G., Gießen: 30 DM – Sammlung im Buchladen in Kassel: 90 DM – Sammlung der Sympathisantengruppe Verden: 30 DM – P.K. und U.S., Karlsruhe: 50 DM – H.P., Frankfurt: 15 DM – T.Ka., Frankfurt: 40 DM – Sammlung der Zelle Germanistik des KSB Göttingen: 110 DM – Spenden beim KVZ-Verkauf in Frankfurt-Nordweststadt: 35 DM – J.Sp., Hamburg: 50 DM – M.H.D., Frankfurt: 1 000 DM – Zelle Psychologie des KBW Frankfurt: 120 DM – M.W., Westberlin: 500 DM – KHG Darmstadt: 30 DM – Sammlung im Buchladen Hamburg: 85 DM – Zelle Erziehungswissenschaft des KSB Frankfurt: 80 DM – KSB Münster: 52 DM – Kommunistische Gruppe Essen: 430 DM – Sammlung der Zelle Chemie des KSB Braunschweig: 30 DM – B.F., Frankfurt: 80 DM – J.K., Kiel: 20 DM – K.H., Bremen: 100 DM – M. und W.D., Hamburg: 100 DM – KHG Köln: 510 DM – Pe.Zet., Emden: 20 DM – U.H., München: 250 DM – Ge.Ja., Diepholz: 65 DM – Sammlung der Betriebszelle Bosch, Göttingen: 150 DM – Sympathisanten des KBW in Trier: 311 DM – SG Gießen: 850 DM – E.S., Ludwigsburg: 50 DM – Sammlung in der Buchhandlung H.R., Hamburg: 300 DM – Zelle Romanistik der KHG Westberlin: 100 DM – H.Sch., Bremen: 50 DM – GUV Gießen: 100 DM – Sammlung in einer Wohngemeinschaft, Gießen: 40 DM – Sammlung im Buchladen, Bremen: 237,50 DM – Zelle Psychologie und Soziologie, Aachen: 56,10 DM – Sy.Wei., Hamburg: 300 DM – J.Fe., Oberhausen: 60 DM – Sammlung der Zelle Geschichte des KSB Frankfurt: 410 DM.
Kontostand am 27. August 1974: 28 691,38 DM.
Spenden, die zur Unterstützung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland im Landtagswahlkampf Hessen bestimmt sind, bitte auf das Konto:

Volksbank Mannheim
Konto Nr. 10 683 18
"Landtagswahlkampf Hessen"

Die Auseinandersetzung um die Schulen verschärft sich

Sofort mit Schulanfang zeigt sich: der bürgerliche Staat und die Schulbehörden haben die Verhältnisse an den Schulen nicht mehr sicher im Griff. Fehlstunden und unerträglich große Klassen, eine stärker werdende Bewegung unter den Eltern gegen diese Zustände und hektische Maßnahmen der Schulbehörden gegen aufmuckende Lehrer, dies kennzeichnet die Situation an den Schulen. Deutlich wird gleichzeitig: die Auseinandersetzung verlagert sich von den Gymnasien auf die Schultypen des allgemeinen Volksbildungswesens, die Real- und Volksschulen und die Träger der Bewegung gegen die schlechten Verhältnisse an den Schulen sind vor allem die Eltern und nicht wie man vor einigen Jahren noch glauben konnte, fast ausschließlich Gymnasiasten und einige Gymnasiallehrer.

Unter den Lehrern konzentriert sich die direkte Verfolgung durch Nichtübernahme in den Schuldienst, Strafversetzungen und Entlassungen zwar nach wie vor auf die politisch organisierten Lehrer, diese Verfolgungsmaßnahmen gehen aber Hand in Hand mit verschärftem Druck auf alle Lehrer. In dieser Situation zeichnet sich deutlich die Möglichkeit ab, eine breite Front von Eltern, Schülern und Lehrern zustandezubringen, um gegen die Verhältnisse im bürgerlichen Schulwesen zu kämpfen und damit die Bedingungen im Kampf um die Schule zugunsten der Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes zu wenden.

Kennzeichnend für die Lage an den Schulen und die Unzufriedenheit unter den Eltern ist, daß selbst bürgerliche Zeitungen wie die Frankfurter Rundschau (Enthüllungen durch Leserbriefe und Artikel über die Zustände an Frankfurter und hessischen Schulen) oder die Stuttgarter Zeitung dieser Unzufriedenheit Ausdruck verleihen und ein Licht auf die Verhältnisse an den Schulen werfen müssen. Dies ist ganz ausgezeichnet.

In dieser Situation geht der Staat vor wie es seinem bürgerlichen Klassencharakter entspricht: er versucht, die Schotten dicht zu machen, keinen Blick von außen in die Schulen dringen zu lassen, fortschrittliche Lehrer hinauszuwerfen, damit sie aus den Schulen nichts hinaustragen. Er versucht, die Lehrer, die gegen ihre politische Unterdrückung protestieren, von den Eltern abzuspalten, weil diese zum größten Teil vielleicht zunächst nur gegen Fehlstunden und zu große Klassen protestieren. Er versucht, zu spalten und Druck auszuüben. Dabei stützt er sich auf den willfährigen Teil der Lehrer und die bürgerlichen Kräfte unter den Eltern.

Da ist es wichtig, daß man den Blick für die wirklichen Verhältnisse und für den Gang der Entwicklung offenhält und sich nicht ins Bockshorn jagen läßt: Der bürgerliche Staat wirft gegenwärtig zahlreiche Lehrer hinaus; in Baden-Württemberg, aufgeschreckt durch die breite Bewegung gegen die Entlassung des Lehrers Güde, hat er eine richtige Säuberungswelle eingeleitet, wo von "Prüfung des Einzelfalls" usw. überhaupt keine Rede mehr sein kann, sondern hektisch um sich geschlagen wird. Ist das ein Zeichen der Stärke? Ist dies ein Zeichen dafür, daß die Haupttendenz im Kampf um die Schule die Reaktion ist und daß die Kräfte des Fortschritts sich klein machen müssen? Nein, das ist diese Säuberungswelle nicht. Sie ist bloß ein Zeichen für die Verschärfung der Auseinandersetzung um die Schule, eine Auseinandersetzung, die wie jeder Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Rebellion und Unterdrückung, sich als Serie von Schlägen und Gegenschlägen entwickelt. Daß die Reaktion zuschlägt, das ist geradeso verständlich, wie daß die Kräfte des Fortschritts und der Demokratie zurückschlagen. Entscheidend ist, daß die Kräfte des Fortschritts dabei nicht mehr Schläge einstecken als sie verkraften können, daß die Rebellion im selben Maß an Umfang und Stärke gewinnt wie die Unterdrückung wächst. Das hängt aber davon ab, wie sich die wirklichen Verhältnisse entwickeln, ob sie erträglicher oder unerträglicher werden und wie die bewußten Kräfte des Fortschritts und der Demokratie sich in ihrem Kampf gegen Reaktion und Unterdrückung auf die Meinungen und Gefühle der Massen stützen.

Die Verhältnisse rufen Unzufriedenheit hervor, denn sie sind schlecht. Oder ist es vielleicht gut, wenn die Schule überfüllt sind, zu wenige Lehrer da sind, viele Studenten ausfallen, schlechter Unterricht erteilt wird und gleichzeitig die Anforderungen an die Schulabgänger höher geschraubt werden? Also werden sich die Kommunisten und alle fortschrittlichen Kräfte in ihrem Kampf gegen die Schulbürokratie und gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat auf die Massen stützen können, denn diese leiden vor allem unter den herrschenden Verhältnissen.

Wenn die kommunistischen und fortschrittlichen Kräfte dies tun, werden sie auf die Schläge der Reaktion Gegenschläge organisieren können. Wenn sie dies nicht tun und sich einschüchtern lassen, dann wird die Reaktion zwar weiterhin Schläge austeilen, wird aber leichtes Spiel haben und Gegenschläge nicht fürchten.

–J.S.–

DIE WACHSENDEN SCHWIERIGKEITEN DER SCHULBEHÖRDE, FORTSCHRITTLICHE LEHRER ZU ENTFERNEN

Der Lehrer Fritz Güde

Fritz Güde während seiner Ansprache auf dem Schulhof

Das Oberschulamt Karlsruhe hat den Lehrer Fritz Güde mit Beginn des neuen Schuljahres vom Dienst suspendiert. Ein halbes Jahr hat sich das Oberschulamt diesen Schritt überlegen müssen. Jetzt ist es offensichtlich entschlossen, eine harte Gangart einzulegen. Mit der Suspendierung Güdes ist es ja nicht getan. Fritz Güde hatte sich gegen die Überwachungs- und Aushorchmethoden des Oberschulamtes gewandt und sein Recht auf politische Meinungsfreiheit und Betätigung offen vertreten. Viele Lehrer haben ihn in diesem Punkt unterstützt und ebenfalls gegen die Verfolgungsmethoden des Oberschulamtes Stellung bezogen. Folgerichtig versucht jetzt das Oberschulamt nicht nur Fritz Güde zu maßregeln, sondern auch alle jene zum Schweigen zu bringen, die gegen eben diese Maßregelung aufgetreten sind. Wer gegen die Verfolgung Stellung nimmt, soll selber verfolgt werden. Die Kritik an der Praxis des Berufsverbotes allein ist dem Oberschulamt selber Grund genug für ein Berufsverbot.

Am 28. August wurde die Lehrerin Mechthild Veil vom Dienst suspendiert. Sie ist Mitglied im Berufsverbotekomitee in Heidelberg und hatte für ein Informationsblatt presserechtlich verantwortlich gezeichnet, das über das Vorgehen des Oberschulamtes im Falle Fritz Güde informierte und gegen diese Unterdrückung politischer Meinungsfreiheit protestierte. Das Oberschulamt hat ein Disziplinarverfahren eingeleitet und die Lehrerin "mit sofortiger Wirkung" aus "zwingenden dienstlichen Gründen" suspendiert.

Das Oberschulamt ist sich also völlig darüber im Klaren, daß sein Vorgehen gegen den Lehrer Fritz Güde, daß seine Überwachungs- und Bespitzelungspraxis auf Ablehnung und Protest stoßen werden. Deshalb versucht es auch jede Information über sein Vorgehen zu unterdrücken. Die Maßnahmen des Oberschulamtes, die bei den geringsten einzelnen Regungen von Opposition und politischer Selbständigkeit unter den Lehrern beginnen, müssen folgerichtig bei dem Versuch einer breiten Ausdehnung der Unterdrückung enden.

Fritz Güde, Lehrer in Karlsruhe, ist nicht zum ersten Mal Gegenstand der Verfolgungsmaßnahmen des Oberschulamtes geworden. Nach Karlsruhe wurde er strafversetzt. 1970 hatten drei Lehrer am Gymnasium in Wertheim sich mit ihren Schülern gegen den Direktor der Schule solidarisiert, der die demokratische Wahl eines Schülersprechers nicht anerkennen wollte. Sie nahmen gegen Angriffe des Direktors in einem Leserbrief, der in der Wertheimer Lokalpresse abgedruckt wurde, öffentlich Stellung. Die Wahl des Schulsprechers konnte durchgesetzt werden. Die Lehrer wurden gemaßregelt. Einer, der Studienreferendar Kommer, wurde entlassen, die beiden anderen mit einem Disziplinarverfahren belegt und strafversetzt. Einer von beiden war Fritz Güde.

1970 sah sich das Oberschulamt zum ersten Mal der Tatsache gegenüber, daß demokratische Auffassungen auch im Lehrerkollegium offen gegen die Einschüchterungen von Beamtengesetz und Disziplinarordnung vertreten wurden. Seit dieser Zeit ist die Zahl derjenigen Lehrer, die mit ihrer entwürdigenden Lage unzufrieden sind, und auch derjenigen, die offen dagegen auftreten, um einiges gewachsen. Diese ersten Disziplinarmaßnahmen haben Ruhe und Ordnung nicht schaffen können; im Gegenteil.

Am 7. November 1973 hat ein höherer Beamter des Oberschulamtes Fritz Güde dabei entdeckt, wie er öffentlich die Kommunistische Volkszeitung verkaufte. Mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens verband das Oberschulamt sogleich den Versuch einer eingehenden Aushorchung des Lehrers, der über seine politischen Auffassungen, seine mögliche politische Organisation, überhaupt über alle solche Aktivitäten dem Oberschulamt Mitteilung machen sollte. Seine Stellungnahme gegen diese Methoden der Bespitzelung wurde von vielen Lehrern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes unterstützt, deren Briefe die Kommunistische Volkszeitung veröffentlichte. Gegen diese breite Solidarität, gegen diesen Angriff auf die unterdrückerischen, entwürdigenden Verhältnisse an den Schulen will das Oberschulamt nun mit einem Gegenschlag vorgehen.

Lehrer, die eine solche Erklärung abgegeben haben, werden zur "Anhörung" nach Karlsruhe vorgeladen. In einem Erlaß (vgl. Kommunistische Volkszeitung Nr. 14) regelt das Oberschulamt dieses Vorgehen und bedroht alle Lehrer mit dieser politischen Überwachung.

Mehrere Lehrer wurden "aus zwingenden dienstlichen Gründen" von einem auf den anderen Tag strafversetzt. Man will sie von den Schülern und Eltern, die sie kennen und verteidigen könnten, isolieren.

Daneben versucht das Oberschulamt in einem schärferen Vorgehen sich unerwünschter Lehrer zu entledigen. Bei Schuljahresbeginn entlassen wurden: Jürgen Daum, Lehrer in Mannheim, dem in einer ganzen Reihe von Punkten der Leserbrief an die Kommunistische Volkszeitung ebenso angelastet wird wie der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung und die Veröffentlichung von Schreiben des Oberschulamtes. Ebenso Jörg Ogrowski, Lehrer in Heidelberg, dem zusätzlich u.a. auch vorgeworfen wird, an einer Veranstaltung des Komitees gegen die Berufsverbote und die Entrechtung im öffentlichen Dienst teilgenommen zu haben.

Einige Hochschulabsolventen sind bisher nicht zum Schuldienst zugelassen worden, weil ihre "Überprüfung" nach dem Schieß-Erlaß noch nicht abgeschlossen ist.

Das Oberschulamt hat gemerkt, es hat es nicht mit Einzelnen zu tun, und will mit diesem verschärften Vorgehen die Initiative zurückgewinnen, um wie eh und je mit erdrückendem bürokratischem Gewicht auf den Lehrern zu lasten.

Lebhafte Debatte über die Lage an der Schule

Ich habe 14 Tage zur Aushilfe im Verkaufsbüro einer großen Uhrenfirma gearbeitet, weil ich in den Sommerferien aus dem Schuldienst entlassen worden bin und jetzt sehen muß, wie ich mein Geld verdienen kann. Am letzten Tag haben die Kollegen gefragt, was ich denn sonst mache. Da habe ich gesagt, daß ich eigentlich Lehrerin bin, aber jetzt nach meinem zweiten Staatsexamen nicht eingestellt worden bin, weil ich die Schnauze aufgemacht habe, und plötzlich war die lebhafteste Debatte über die Lage an den Schulen im Gange. Über den Lehrermangel und den Stundenausfall wußten die Kollegen gut Bescheid. Eine Kollegin erzählte, daß ihr Bruder jeden Tag schon um 10 Uhr nach Hause kommt und gar nichts mehr richtig lernt. Ich habe erzählt, daß an einigen Schulen die Lehrer jetzt Anweisung von der Schulbehörde bekommen haben, keine genauen Zahlen über den Stundenausfall über die von der Schulbehörde angegebenen Zahlen hinaus den Eltern mitzuteilen. Darüber waren die Kollegen ziemlich empört, denn sie meinten, daß es gerade auch Aufgabe der beamteten Lehrer ist, gemeinsam mit den Eltern und Schülern gegen die Mißstände an den Schulen vorzugehen. Einige haben gesagt: "So, jetzt gehen wir erst recht auf Elternabende, auch bei unseren Geschwistern, und hauen mal ordentlich mit der Faust auf den Tisch und verlangen eine Stellungnahme zur Situation an der Schule. Wenn mir der Klassenlehrer dann sagt, ich soll mal zum Direktor gehen, dann weiß ich doch erst recht Bescheid, daß da was nicht stimmt." Die Kollegen im Büro meinten einhellig, daß es richtig ist, wenn ein Lehrer sich an die Öffentlichkeit wendet und die Mißstände an den Schulen darlegt. Denn wenn die Lehrer sich einschüchtern lassen vom Schulsenat, dann wird sich nie etwas ändern. Sie meinten auch, daß es nichts nützt, wenn die Lehrer Mehrarbeit leisten, weil das nur dazu führt, daß der Unterricht noch schlechter wird, weil die Lehrer sich dann nicht mehr gut vorbereiten können und ja heute sowieso schon total überlastet sind.

–N.N.–

Das war ein schöner Schultag

SCHULVERSAMMLUNG MIT FRITZ GÜDE / DIE SCHULBÜROKRATIE KANN DIE SOLIDARITÄTSBEWEGUNG NICHT ERSTICKEN

Als in Karlsruhe bekannt wurde, daß das Oberschulamt und das Kultusministerium nun wirklich gegen Güde zugeschlagen hatten, empörten sich viele Leute, vor allem auch solche, die bisher einfach nicht glauben konnten, daß die Schulbürokratie so weit gehen werde. Jetzt sahen sie, daß die Behörde vor nichts zurückschreckt, wenn sie Kritik jeder Art zum Schweigen bringen will. Es kamen deshalb auch ziemlich viel neue Teilnehmer zur Sitzung des "Komitees gegen politische Entrechtung".

Bei dieser Sitzung erklärten Mitglieder des Schulsprecherkollektivs am Humboldt-Gymnasium (der Schule Güdes), sie würden der Klassensprecherkonferenz eine Demonstration gegen die Suspendierung Güdes und gegen die übrigen in Karlsruhe bekanntgewordenen Berufsverbote vorschlagen.

Am Freitagmorgen fand dann auf dem Schulhof des Humboldt-Gymnasiums eine Schulversammlung statt, in der Fritz Güde den Schülern erklärte, mit welchen fadenscheinigen Begründungen das Kultusministerium sein Vorgehen rechtfertigen wollte. "Der Kultusminister tut in seinem Schreiben so, als würde das Volk geradezu danach lechzen, mich aus dem Staatsdienst fliegen zu sehen. Die halten sich da oben offenbar selbst für das Volk. Bis jetzt haben sich ja eigentlich gerade an unserer Schule Leute geäußert, die gefordert haben, daß ich drinbleiben soll. Die Schüler und Eltern und Lehrer sind schließlich die Betroffenen: Die müssen sich jetzt selbst ein Urteil bilden, ob ich ihnen geschadet oder genützt habe."

An die dreihundert Schüler nahmen an der Veranstaltung in der Pause teil. Plötzlich hieß es: "Los, jetzt ziehen wir auf die Direktion und fragen die Direktorin, was sie zum Fall Güde meint." Natürlich war die Direktion abgesperrt, nur der stellvertretende Direktor Schäufele stemmte sich der Flut entgegen und versuchte ein paar jüngere Schüler in die Klassenzimmer zu scheuchen. Ein Schüler, der am selben Tag schon vernommen worden war, ob er Güde-Wandzeitungen aufgehängt habe, rief: "Laßt euch doch von dem nicht einschüchtern!", und dann brach ein Sprechchor "Güde! Güde!" los.

In den nächsten Stunden holte die Direktion zu einem Gegenschlag aus: Der Schüler, den sie schon aufs Korn genommen hatte, sollte nun wegen "Aufhetzung" und "Mißachtung von stellvertretender Direktoren-Autorität" und ähnlichem herausgegriffen und mit einer Schulstrafe bedacht werden. Diesem Manöver stellte sich aber die Klassensprecherversammlung in der sechsten Stunde entschieden entgegen: Das hatte jeder gemerkt, daß die Direktion wieder einmal mit dem uralten Rädelsführertrick arbeiten wollte, um die Schüler zu spalten. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution verabschiedet, die der Direktion energisch auf die Finger klopfte. Vor allem beschloß die Klassensprecherversammlung, zu der mehr Schüler als je zu einer vorigen Sitzung gekommen waren, eine Demonstration für Freitag, den 6. September. Andere Organisationen sollten zu einer Aktionseinheit aufgefordert, Briefe an die Eltern geschickt werden: "Mit dieser Demonstration wollen wir mal zeigen, daß viele Leute gerade das Gegenteil von dem denken, was der Kultusminister sich so einbildet." Das war ein schöner Schultag...

KSG-Zelle Humboldt-Gymnasium Karlsruhe

Niedersachsen und Hamburg:

900 Bewerbungen abgelehnt / Vorgehen gegen politisch mißliebige Lehrer

In Niedersachsen wurden von 2 300 Lehrern nur 1 400 Lehrer eingestellt. Seit langem redete Kultusminister Örtzen von dem Lehrerüberschuß, der zu erwarten sei. Jetzt ist er da, nicht weil es zuviel Lehrer gibt, sondern weil der Kultusminister 900 Lehrer einfach nicht einstellt, dies bei weiter überfüllten Schulklassen und Unterrichtsausfall. Die gleiche Politik verfolgt die Kultusbehörde in Hamburg, wobei sie gezielt die politisch nicht genehmen Lehrer nicht einstellt. Nach der Entlassung von M.Hindemith, P.Altenburg und Christiane Huth, über die wir ausführlich berichtet hatten, ging die Schulbehörde dazu über, die Zahl der Nichteinstellungen durch Benotung bei der 1.Lehrerprüfung verdoppeln. In vielen Fällen wurden bestandene Prüfungen durch ein sogenanntes Zweitgutachten aufgehoben, indem die politische Beurteilung und nicht die Leistung den Ausschlag gab. Studenten, die die Öffentlichkeit der Prüfung forderten, wurden gleich mit Polizeigewalt von der Prüfung ausgeschlossen. Darüberhinaus sind allein in den letzten drei Wochen mehr als zehn Fälle politischer Verfolgung und Entlassung von Lehrern bekannt geworden.

Der Studienrat D.Kwoll wurde vom Dienst wegen Mitgliedschaft in der KPD/ML suspendiert. Nach Abschluß ihrer Ausbildung wurden H.Holländer, S.Gent und U.Post "nicht in den Staatsdienst übernommen". Laut 'Hamburger Abendblatt' vom 22.8. sind in drei Fällen Referendare nur mit "Ausbildungsvertrag" ins Staatliche Studienseminar aufgenommen worden. Die beiden Mitglieder des KBW, Brigitte Labs und Wolfgang Burkhard, wurden gar nicht erst ins Studienseminar aufgenommen.

Sinsheim. Anläßlich der Versetzung der Lehrerin Veil haben alle 70 Schüler, die von der Lehrerin unterrichtet wurden, in einem Brief an das Schulamt Heidelberg gegen die Versetzung protestiert und nach den Gründen der Versetzung gefragt. Die Lehrerin ist inzwischen aus dem Schuldienst sogar entlassen worden.

DIE SCHULVERHÄLTNISSE AM BEISPIEL VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Grosse Klassen und wenig Unterricht

Nach den dicken Reformplänen der 60er Jahre ("Bildung in neuer Sicht", Schriftenreihe des KM Baden-Württemberg) folgten dünne "Schwerpunkte der Bildungsreform" (Broschüre desselben Kultusministeriums, Oktober 1972) und schließlich am 29.5.74 ein 3-Seiten-Erlaß zur "Organisatorischen Vorbereitung für das Schuljahr 1974/75".
Das Schicksal der offiziell angestrebten Klassengrößen belegt diesen Abgesang noch deutlicher. Wo einst Mittelwerte für das Jahr 1980 angestrebt wurden, z. B. 33 Volksschüler pro Klasse laut Beschluß des Ministerrates von Baden-Württemberg vom 13.6.1967, da finden wir heute nur noch die organisatorische Anweisung, Klassen erst ab 44 Schüler zu teilen ("Organisationserlaß des Kultusministers Hahn für das Schuljahr 1973/74"). Für das neue Schuljahr hat er es dabei belassen und sich auf den Abbau der Unterrichtsstunden verlegt.

BETRUGSMANÖVER STATT REFORM

Diesen Abgesang begleiten immer gewagtere Betrugsmanöver der Bildungspolitiker in Stadt und Land, die umso dreister sind, je weniger sie noch verfangen. Einen dieser Tricks nannte Hahn in seinen "Schwerpunkten der Bildungsreform" (S.47): die eindrucksvollen Daten "beziehen sich nur auf den Landesdurchschnitt ... und geben deshalb auch kein vollständiges Bild über die Unterrichtsverhältnisse an den einzelnen Schulen".
Der Schuldezernent Mannheims, David, hat im Herbst 1973 einen "Schulentwicklungsplan II" vorgelegt, der die "Marschroute der Schulentwicklung" abstecken soll, "Bildungszentren" sind sein Ziel. Sie könnten schon heute etabliert werden, gab David am 24.3.1972 in der Presse bekannt und nannte den Stadtteil Feudenheim, wo in einem alten Gebäude alle 3 Schularten unter einem Dach zusammengepfercht sind und nur auf die Namensreform warten.

DIE SCHULREALITÄT: UNTERRICHT IM UMKLEIDERAUM

Mannheims Bildungszentrum Nr. 1 und bildungspolitisches Aushängeschild wurde am 11.9.1970 in der Presse so angekündigt: "Ein Schritt zum Schulsystem der Zukunft – das Experiment Vogelstang läuft an". Die Realität heute sieht miserabel aus. Die Vogelstang ist ein Neubauviertel a la Neue Heimat, der Schulkomplex wurde viel zu klein geplant, für 2 200 Schüler, aber für 3 000 müßten Klassenzimmer vorhanden sein. Der Raummangel ist groß. Mehrere Klassen werden im Einkaufszentrum untergebracht, für die Orientierungsstufe sind keinerlei Fachräume da. In der Grundschule I fand im letzten Schuljahr der Förderunterricht im Umkleideraum der Putzfrauen statt. Verschiedene Klassen haben gemeinsame Klassenzimmer, müssen von Stunde zu Stunde von Zimmer zu Zimmer wandern (Wanderklassen) oder sind in Kursräumen, kleinen Gruppenarbeitsräumen, eingesperrt. Die Klassenstärken lagen in Mannheim im letzten Schuljahr bei durchschnittlich 34,6 Schülern in der Grundschule und bei 32,8 Schülern in der Hauptschule. Dabei senken die besser gestellten Villenviertel die Durchschnittszahl. In Arbeiter- und Ausländervierteln ist die Lage bedeutend schlechter, nämlich an der Grenze zu 40 Schülern pro Klasse in den Grundschulen. Auf der Vogelstang stieg die Durchschnittsklassenstärke der Grundschule I vom Schuljahr 1972/73 zum Schuljahr 1973/74 von 31,4 auf 34,8 Schüler an.
Dies geht auf den "Organisationserlaß" des Kultusministers Hahn für das Schuljahr 1973/74 zurück, der höhere Klassenstärken vorschreibt. In Mannheim hat dieser Erlaß zur Auflösung von 46 Klassen im letzten Schuljahr geführt. Sie wurden auf die Parallelklassen verteilt. Damit sollte laut Hahn der **Lehrermangel** "gerecht" verteilt werden.

Aus dem im Mai 1968 vorgelegten "Aktionsprogramm gegen den Lehrermangel" (375 Seiten) wurde für das Schuljahr 1974/75 der amtlich verordnete Lehrermangel von 11 %. In Wahrheit liegt er natürlich höher, bei etwa 14 %. Zum Schuljahrswechsel 1972/73 auf 1973/74 verließen 66 Grund- und Hauptschullehrer Mannheims Schulen. nur 53 kamen als Ersatz und etwa 90 wurden benötigt. Die vom Kultusminister Hahn ins Land posaunte "Lehrerschwemme" deutet die weitere Einsparung von Personalkosten für die Zukunft an. Jährlich werden mehr Absolventen der Pädagogischen Hochschulen abgewiesen, bei den diesjährigen Prüfungen in Baden-Württemberg wurde eifrig gesiebt: jeder 5. Prüfling fiel durch, laut Rundfunknachrichten. Auch die Arbeitslosigkeit der Junglehrer wird mit sinkenden Schülerzahlen "begründet", während die Klassengrößen und der Raummangel steigen. Mannheims Schuldezernat versuchte vergeblich mit dem Hinweis auf sinkende Schülerzahlen Ruhe zu schaffen, Neubaukomplexe am Rand der Vogelstang sind schon geplant und werden die Schülerzahl weiter erhöhen.

Der neue Organisationserlaß ("Organisatorische Vorbereitung ...") gibt folgende Anweisung: "Durch vergütete **Mehrarbeitsstunden** der Lehrer kann an der Schule der Lehrermangel verringert werden." "Die Höchstzahl von 44 in Grund-, Haupt- und Realschulklassen bzw. von 25 in Sonderschulklassen f.L. darf nicht überschritten werden. Würde die Höchstschülerzahl überschritten, so ist die Klasse zu teilen, auch wenn die geteilten Klassen nicht die volle Stundenzahl entsprechend der Stundentafel erhalten können."
Große Klassen **und** weniger Unterricht, das ist das neue Rezept der Landesregierung.

ELTERN UND LEHRER WEHREN SICH

Die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, ein erträgliches Schulwesen zu schaffen oder die alten Zustände auch nur zu halten, nimmt in der Krise deutlich zu. Die Widersprüche verschärfen sich, und überall entsteht Empörung und Protest.
Elterninitiativen und -komitees bilden sich, stellen Forderungen und ziehen Politiker und Schulmänner auf Stadt- und Landesebene zur Rechenschaft. In Mannheim fordern Eltern der Vogelstang die Amtsenthebung des Schulleiters Schönhals (Grundschule I), die Rücknahme der Versetzungen und die Änderung des Beamtenrechts, damit Lehrer die Eltern über die Schulverhältnisse informieren können (Mannheimer Morgen, 31.8.74). Denn je schlechter die Schulsituation, desto schärfer versuchen die Schulbehörden die Schweigepflicht der Beamten zu handhaben, desto feindlicher sollen die disziplinierten Lehrer dem Volk gegenübertreten.
Das machen jedoch viele Lehrer nicht mehr mit, sie stellen sich auf die Seite der Eltern, auf die Seite des Volkes.

DIE REAKTION DER STAATLICHEN BEHÖRDEN: IDEOLOGISCHE HETZE, DISZIPLINIERUNG UND SÄUBERUNG

Die Kapitalisten und ihre Schulmänner können die Verhältnisse nicht ändern, sie können lügen, hetzen und Druck ausüben, um den Einblick und Einfluß der arbeitenden Klassen von der Schule fernzuhalten. Was ihnen dennoch nicht glücken wird. Doch was unternehmen sie nicht alles? Sie verstärken die ideologische Verhetzung der Jugend. Der Oberschulamtsvertreter A.Eckenfels aus Karlsruhe ist Bearbeiter des Volksschulgemeinschaftskundebuchs "Wir leben in Freiheit". Darin steht unter der Überschrift "Gefahren von allen Seiten?" auf die Frage: "Wenn aber nun eine Partei gegründet wird, die alle unsere demokratischen Freiheiten abschaffen will? Wenn diese Partei sehr viele Anhänger sammelt und im Bundestag die Mehrheit gewinnt? Dann müssen wir diesen hergelaufenen Parteiführern gehorchen, obwohl sie gegen unseren Rechtsstaat kämpfen!" die Antwort: "Nein, das müssen wir nicht. So eine Partei wird rechtzeitig verboten, sie kann sich gar nicht entfalten. Seit 1949 sind schon 2 Parteien vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verboten worden: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei verboten, 1956 die Kommunistische Partei."
Derselbe Herr Eckenfels diffamierte die Elterninitiative Vogelstang, sie habe die Öffentlichkeit "auf primitive Weise aufgehetzt" (Mannheimer Morgen, 15./16.12.1973). Und der Vogelstang-Rektor Schönhals hat die disziplinarische Versetzung von Lehrern beim Oberschulamt angefordert, weil sie mit Eltern zusammenarbeiteten. Er nennt als Anklagepunkt die Tatsache, daß die Eltern die Größe des neuen Klassenzimmers kennen! Von dieser Schule wurden zum Schulbeginn 1974/75 5 Lehrer der GEW-Schulgruppe aus disziplinarischen Gründen versetzt.
Der Kultusminister Hahn schrieb in seinen "Schwerpunkten der Bildungsreform": "Diese Radikalisierung ist gefährlich. Nicht nur weil sie der heutigen Schule und dem heutigen Schüler nichts nützt, sondern weil sie die verfassungsmäßige Grundordnung der Gesellschaft überhaupt in Frage stellt. Diesen radikalen Tendenzen vermag nur eine entschlossene und dynamische Evolution entgegenwirken."
Doch was die kapitalistische Gesellschaft zu bieten hat, ist Verschlechterung der Lage, Entrechtung und Unterdrückung.

Jürgen Daum, Mannheim

Freiburg: Hausabriss unter Polizeischutz

Sieben Wochen nach dem einstimmigen Beschluß des Freiburger Gemeinderates, das Altbau-Wohngebiet Freiau trotz des Protestes der Anwohner, trotz 14 000 Unterschriften, die in kurzer Zeit gesammelt wurden, abzureißen, ist es seinen ausführenden Organen mit einem wochenlang vorbereiteten Polizeiüberfall gelungen, vier Häuser in der Freiau in Schutt und Asche zu legen. Mit dem Bau eines Tiefkanals für die geplante Anschlußschleife an den Autobahnzubringer Mitte wurde sofort begonnen. Damit wurde ein Teil der umfassenden Pläne zur Zerstörung von billigem, renovierbarem Wohnraum in Freiburg in die Tat umgesetzt.

"Das demokratische Verfahren ist einwandfrei , eingehalten worden." Dies meinte am Tag des Polizeiüberfalls auf die Freiau der zuständige Dezernent der Stadtverwaltung, Bernauer, auf einer Pressekonferenz im Rathaus. Wie demokratisch dieses Verfahren gewesen sein muß, ließ sich mit einem Blick aus dem Fenster leicht feststellen: 100 bis 200 Polizisten hatten den Rathausplatz total abgesperrt. 600 empörte Menschen waren in einer Protestdemonstration von der Freiau zum Rathausplatz gezogen, um die Verantwortlichen für ihr "demokratisches Verfahren" öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Der coup der Stadtverwaltung soll den angeschlagenen Gemeinderat wieder auf die Beine heben. Doch während des ganzen Tages sammeln sich Diskussionsgruppen in der Stadt auf den Straßen, die in der überwiegenden Mehrzahl den Polizeieinsatz verurteilen. Es sind mehr Menschen, als je in den vergangenen Wochen. Sie haben großes Interesse daran, wie der Gemeinderat sich rechtfertigen will. Doch der sieht sich gezwungen, den Polizeieinsatz auf dem Rathausplatz fortzusetzen, um die Demonstration mit Absperrgittern vom Rathaus fernzuhalten.
In der Badischen Zeitung am nächsten Tag versucht die Stadtverwaltung den Eindruck zu erwecken, als habe ihre Militärtaktik den Kampf der Freiau-Bewohner ebenfalls in Schutt und Asche sinken lassen: "Ein rotes Transparent versinkt im Schutt" lautete die Überschrift. In einem weiteren Artikel ist die Rede von einem "Fähnlein der Aufrechten", die noch nicht aufgegeben haben, "obwohl Freiburg über ihre "Sache" längst zur Tagesordnung übergegangen ist"... Was soll damit bezweckt werden? Normalerweise ist es so, daß Gemeinderat und Stadtverwaltung mit viel Getue und Geschwätz der Bevölkerung ihren Willen aufzwingen, indem sie vollendete Tatsachen schaffen, an die man sich dann gewöhnen soll. Polizeieinsatz und Militärplanung bedarf es zumeist nicht, denn die Meinung "Die oben sind doch stärker" sorgt noch in vielen Fällen dafür, daß es dabei bleibt.

Im Kampf um die Erhaltung der Freiau ist es jedoch genau umgekehrt. Hier kann der Gemeinderat nur noch seinen Willen im Interesse der Kapitalisten durchsetzen, wenn er vom Einsatz der Organe der Staatsgewalt pausenlos Gebrauch macht.

Am Tag nach dem Abriß schloß sich eine Aktionseinheit (von KBW, KHG, AStA der Pädagogischen Hochschule, Jungsozialisten Freiburg, Sozialistischer Bund, Mieterrat Freiau) zu einer Kundgebung in der Stadt zusammen. Die Empörung großer Teile der Bevölkerung zwang sogar die SPD zu einer Erklärung in der Badischen Zeitung: "Nach Meinung der SPD hätte der Gemeinderat den Bedürfnissen der Bevölkerung (vor allem der kinderreichen Familien) nach billigem stadtnahem Wohnraum unbedingt den Vorrang einräumen müssen...
Doch gegenüber der Kundgebung wußte der Gemeinderat mit SPD-Oberbürgermeister Keidel an der Spitze keine anderes Mittel als Verbot. Doch die Kundgebung fand in der Stadtmitte statt, ohne daß die Polizei eingriff.

Der Platz, auf dem die Häuser standen, ist zur teuersten und bestbewachten Baustelle Freiburgs geworden. 130 Polizisten bewachen am Montag letzter Woche den Bau des Tiefkanals. Als sich erneut ein Protestzug bildet: erneuter Polizeieinsatz. Polizeichef Maier dazu: "Der Personaleinsatz ist enorm, damit wir das gewährleisten können, was die Stadt beschlossen hat!"

M.M./B.F./B.H./b.b.

Am 22. August um 10 Uhr vormittags rücken nach einem wochenlang ausgetüftelten Plan zunächst mehr als 100 Polizisten in das Wohngebiet Freiau. 15 bis 20 Polizisten steigen mit einer Feuerleiter auf das Dach des einen Hauses, so daß gleichzeitig von oben und unten mit Pickeln und Axten mit der Zerstörung begonnen werden kann. Auf diese Weise wird den Bewohnern die Räumungsverfügung der Stadtverwaltung "überbracht". Sieben Bewohner werden gleich vorläufig festgenommen. Nachdem die Häuser so erobert worden sind, rücken weitere Polizeieinheiten, insgesamt 600, und einige städtische Arbeiter an, räumen die Möbel raus auf bereitstehende Lastwagen, sperren die ganze Straße hermetisch ab und bahnen sich mit Knüppeleinsätzen einen Weg durch die Menschen, die zusammengelaufen kamen, für die Abrißbagger und Bauarbeiter. Die Arbeiter hatte sich der Bauunternehmer Sütterlin mit Anzeigen in der Zeitung extra zusammengesucht, nachdem drei Wochen zuvor der Versuch, mit den Abrißarbeiten zu beginnen, an der Weigerung der Arbeiter gescheitert war. Am Abend sind vier von den zehn Häusern, die am 1. August schon abgerissen werden sollten, nur noch Schutt und Asche. Zuvor gaben sie für 40 Menschen relativ billigen Wohnraum: 100 bis 165 DM für drei Zimmer mit Küche nahe der Stadtmitte gelegen.

„Voll arbeitsfähig"

Mit zwei Jahren hatte ich eine Kinderlähmung. Die Folgen davon sind Verkürzung und Muskelminderung am linken Bein, Fehlstellung des linken Fußes mit Fußheberlähmung und ständige Rückenschmerzen. Durch einen Autounfall kommen noch häufige Kopfschmerzen dazu. Seit über 10 Jahren habe ich einen Schwerbeschädigtenausweis über 70 %. Der mich behandelnde Arzt, der es ja eigentlich am Besten wissen müßte, hat schon etliche Gutachten geschrieben, in denen festgestellt wird, daß ich höchsten halbtägig leichte bis mittelschwere Arbeiten in wechselnder Stellung ausführen kann, daß die Folgen der Kinderlähmung mein Leben lang bleiben werden und daß eine Berentung notwendig ist (so der letzte ärztliche Befund vom 9. Juli 1974). Schon vor Jahren habe ich einen Antrag auf Rente gestellt. Was passierte? Der Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt hat der Landesversicherungsanstalt Geld gespart; ich sei – mit geringen Einschränkungen – voll arbeitsfähig, meinte er; Rente sei also nicht angebracht. Auf mein weiteres Drängen wurde ich von der Landesversicherungsanstalt noch zur Orthopädischen Klinik Gießen und zu der in Marburg geschickt. In Marburg wurde ich eine Viertelstunde untersucht und der Professor machte daraufhin ein Gutachten von 8 (!) Seiten und kassiert dafür ordentlich. Mir hat er nicht geholfen. Beide Kliniken haben der Landesversicherungsanstalt auch Geld gespart.

Vors Gericht bin ich auch gegangen. Drei Instanzen hab ich verloren, 1 000 Mark Gerichtskosten bezahlt und keinen Pfennig gesehen.
Aber selbst wenn ich Rente kriegen würde und halbtägig eine "abwechslungsreiche" Arbeit hätte – fragt sich nur, wie ich die kriegen soll – würde das meiner Familie nicht zum Leben reichen. Bei 70 % bekommt man nämlich nur ungefähr 270 Mark. Was bleibt mir also anderes übrig, als 10 bis 12 Stunden täglich – bei gesetzlichem Acht-Stunden-Tag! – zu arbeiten, wodurch meine Schmerzen auch nicht weniger werden. Nötig wäre eine Rente, von der man leben kann, und Versicherungen, die zum Nutzen der Versicherten da sind und nicht zum Nutzen einiger Profitgeier. Möglich ist das nur, wenn die Versicherten selbst in den Versicherungen das Sagen haben.

H.D., Gießen

Offene und verdeckte Arbeit in der Bundeswehr

Mit Interesse habe ich in einer der letzten Kommunistischen Volkszeitungen den Bericht der Soldatengruppe aus Pfullendorf gelesen. Die Genossen berichten von dem rücksichtslosen Vorgehen des Militärischen Abschirmdiensts und ziehen offenbar daraus den Schluß, daß man "konspirativ" auftreten und arbeiten müsse in der Bundeswehr, "um dem MAD, dessen Aktivität oft unterschätzt wird, die Zerschlagung kommunistischer Zellen nicht allzu leicht zu machen. Leider haben die Genossen nicht beschrieben, was sie nun unter "konspirativer Arbeit" verstehen, wie sie sich in diesem Sinn bisher verhalten haben und wie sie ihre Arbeit jetzt weiterführen wollen. Die Frage des Auftretens in den Kasernen ist aber sehr wichtig für den Erfolg unserer antimilitaristischen Arbeit in der Bundeswehr. Deshalb will ich meine Auffassung zu dieser Frage hier zur Diskussion stellen:

Für die Bundeswehr ist es eine Lebensfrage, die Soldaten so weit einzuschüchtern daß sie nicht den Mund auftun und sich wehren. Wie könnte sie sonst die Soldaten darauf vorbereiten und ausbilden, daß sie nach außen gegen andere Völker in den Krieg ziehen und nach innen gegen das eigene Volk mit den Waffen vorgehen, alles im Interesse der herrschenden bürgerlichen Klasse? Weil es klar ist, daß die Soldaten, zumal die wehrpflichtigen, daran kein Interesse haben, werden sie so gut wie aller Rechte beraubt, die sie im Zivilleben zumindest formal noch haben. Das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, die freie Meinungsäußerung, das Petitionsrecht, Versammlungsfreiheit usw. ist den Soldaten genommen, damit sie sich schlechter wehren können. Zudem muß man die Soldaten auch materiell völlig abhängig machen und sie in einer schlechten sozialen Lage leben lassen, was durch den niederen Sold, die Kasernierung, die Stationierung weit vom Heimatort weg usw. geschieht. Als drittes schließlich ist es für die Bundeswehr dringend erforderlich, daß man die Soldaten ständig schikaniert. Das ist deshalb notwendig, damit die Soldaten sich vorkommen wie der letzte Dreck und keinerlei Möglichkeit sehen, sich gegen die Unterdrückung zu wehren. Der politische Unterricht schließlich soll klar machen, daß dies alles noch eine Notwendigkeit ist und daß die Soldaten sich freiwillig fügen und gerne bei der Bundeswehr sind.

Nun ist es bekannt, daß diese Unterdrückung, die auf alle Soldaten gleichmäßig verteilt wird, alleine nicht greift. Es ist vielmehr so, daß die "einfachen" Soldaten nur sehr widerwillig den Dienst verrichten und lebhaft das Prinzip TTV (Tarnen, Täuschen und Verpissen) anwenden. Deshalb hat sich die Bundeswehr einige Instrumente geschaffen, um Einzelnen schnell das Rückgrat zu brechen. Es beginnt mit der Schikane, daß man einzelne "aufmüpfige" Soldaten herausgreift, ihnen das Wochenende sperrt, versucht, sie vor den Kameraden lächerlich zu machen ("Mensch, wie sehen Sie denn aus; Sie tragen Ihr Koppel ja wie eine Monatsbinde!"). Besondere Zuteilung von Sonderdiensten wie Wache, GvD, UvD usw. gehören hier hin wie auch die Anwendung von Kollektivstrafen ("Wenn Sie nicht sofort eine anständige Haltung annehmen, hetze ich die ganze Kompanie über den Exerzierplatz!").

Die nächste Stufe der Disziplinierung ist die Anwendung der "Erzieherischen Maßnahme" und der "Disziplinarmaßnahmen", die von der Sperrung von Sonderurlaub über Geldstrafen bis zum Bau gehen. Und schließlich haben die Offiziere die Möglichkeit, durch die "Abgabe an den Staatsanwalt" strafrechtlich die Soldaten zu verfolgen z.B. wegen Wachvergehen, Befehlsverweigerung oder wegen "Zersetzung".

Alle diese Maßnahmen haben zum Zweck, die Ausbildung und Ausrichtung der Soldaten auf den bewaffneten Einsatz nach außen und nach innen zu gewährleisten.

Die Kommunisten haben ein anderes Ziel. Sie wollen gewinnen dafür, daß die Unterdrückung der Arbeiter ein für allemal ein Ende hat, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhört. Kurz, sie treten ein für den Sozialismus als Übergangsstufe zur klassenlosen Gesellschaft.

In der Bundeswehr bedeutet dies, daß die Kommunisten auftreten gegen die bürgerliche Armee als bewaffnetes Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse und daß sie die Soldaten gewinnen für das historische Ziel der Arbeiterklasse.

Wie verhalten sich nun die Kommunisten konkret in der Armee, um dieses Ziel zu erreichen? Nehmen wir als Beispiel den politischen Unterricht in der Bundeswehr. Da ist es zweifellos so, daß der politische Unterricht – vor allem in der Grundausbildung – einer der wenigen oder gar die einzige Möglichkeit ist, wo die gesamte Kompanie über politische Fragen diskutiert. Die Offiziere haben das Interesse an dem Unterricht, die Soldaten zu "überzeugen", daß es sich lohnt, die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu verteidigen und man deshalb die Unterdrückung in der Bundeswehr gern und willig ertragen soll, und antikommunistisch verhetzen wollen sie die Soldaten. Die Kommunisten müssen auftreten im politischen Unterricht und dem Offizier Paroli bieten. Sie müssen ihn widerlegen, sie müssen die Sprache auf die Schweinerei bringen, die erst kürzlich in der Kompanie geschah, wie sie zu vereinbaren ist mit der Freiheit und der Demokratie. Sie müssen fragen, warum die Soldaten so wenig Rechte haben und warum die soziale Lage so schlecht ist und dies erklären. Dies erfordert, daß sie tatsächlich den Mut aufbringen, aufzustehen und zu sagen, was los ist. Nur so wird es ihnen gelingen, ihre Kameraden zu gewinnen und sie in die Auseinandersetzung einzubeziehen.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel. Formalausbildung. Obwohl es verboten ist, wird "Stellung" befohlen während der Formalausbildung. Hier ist es notwendig, Vorschläge zu machen, wie man sich wehrt; sei es, daß man gemeinsam den Befehl verweigert oder versucht, eine Beschwerdekampagne einzuleiten. Auf jeden Fall wird es so sein, daß der oder die Kommunisten bald bekannt sein werden in der gesamten Kompanie und bald in der gesamten Kaserne als Kommunist und als jemand, der den Widerstand gegen die Unterdrückung organisiert in der Kaserne.

Für die Offiziere, wenn sie zwei und zwei zusammenzählen können, ist es deshalb sonnenklar, wer in einer kommunistischen oder demokratischen Gruppe mitarbeitet, wenn eine solche auftritt, zumal, wenn Flugblätter oder Zeitungen auftauchen. Für die Soldaten ist das ebenso klar, was ja auch gut ist. Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn der MAD auftaucht, um Verhöre anzustellen. Das ist eigentlich ganz normal, weil die Bundeswehr über die S 2 - Offiziere oft gut Bescheid weiß, was läuft in den Kompanien. Darüber muß man sich von vornherein im klaren sein, wenn man kommunistische Arbeit leistet in den Kasernen. Wenn man sich darüber nicht im klaren ist, wird es ein böses Erwachen geben.

Die Frage ist nur, welchen Schluß zieht man daraus? Steckt man zurück mit der Arbeit, um den Offizieren wenig Anhaltspunkte zu geben und dem MAD? Das ist sicherlich falsch, weil die Repressionen sowieso kommen. Richtig ist dagegen, um so mehr die Arbeit zu verstärken, und so aufzutreten, weil man sonst den falschen Eindruck verstärkt, den viele Soldaten haben, daß man sowieso nichts machen kann in der Bundeswehr. Gerade dann, wenn man die Offiziere und den MAD auf der Fährte hat, geht es darum, die Kameraden um so mehr einzubeziehen in die Arbeit. Denn sonst wird man leicht isoliert und die Arbeit stagniert und versandet. Es ist meiner Auffassung nach ein falscher Schluß, wenn man meint, man müsse in die Konspiration zurückgehen, wenn der MAD aufkreuzt.

Noch ein Wort zum MAD. Richtig ist, daß er oft unterschätzt wird; meistens wird er jedoch überschätzt. Er hat es leicht, wenn er nur einige Kommunisten als Gegner hat, die sich in die "Konspiration" zurückgezogen haben. Schwer wird es für ihn, wenn die gesamte Kompanie oder große Teile der Kaserne seine Gegner sind. Deshalb kann das Auftreten des MAD in den Kasernen für die Kommunisten nur heißen, daß es notwendig ist, die Arbeit unter den Massen der Kameraden zu verstärken. Man arbeitet ihm sonst durch falsche Konspiration nur in die Hände.

In den "Leitsätzen zur Militärfrage" des KBW heißt es:

"Offene und verdeckte Arbeit in der Armee und gegenüber der Armee darf man nicht als Frage des persönlichen Mutes behandeln, sondern muß es als Frage des taktischen Kalküls nehmen. Naiv ist es, zu glauben, man könne irgendeine Arbeit in der Armee oder gegenüber der Armee beginnen, ganz und gar von Verfolgungen und Erschwernissen der persönlichen Lage unbehelligt. Gegenwärtig ist es falsch, sich in Bezug auf die Äußerung der Meinung irgendeine Zurückhaltung aufzuerlegen. Die Äußerung der Meinung hat zwar Schikane zur Folge, führt aber zum Beispiel nicht geradewegs ins Zuchthaus. Wo und insofern durch Gebrauch demokratischer Rechte Militärgesetze gebrochen werden und Bestrafungen zu erwarten sind, muß jeweils geprüft werden, ob das Verhältnis von politischem Erfolg und dem Preis, der zu zahlen ist, erträglich ist. Insgesamt muß man sich stets vor Augen halten, daß die Kunst der verdeckten Arbeit nicht darin besteht, das Nötige zu unterlassen, weil es gefährlich ist, sondern darin, das Nötige unter Vermeidung unnötiger Opfer zu tun." **(Seite 13/14)**

W.S.

Kommunisten und Kriegsdienstverweigerung

Ich arbeite jetzt seit einem Jahr als Zivildienstleistender im Ev.Krankenhaus (genauer: in einem angeschlossenen Alten- und Pflegeheim) in Hattingen, und als Sympathisant des KBW halte ich es für notwendig, mir die Frage zu stellen, ob es für Kommunisten richtig sein kann, den Kriegsdienst zu verweigern. Diese Frage drängt sich für mich um so mehr auf, da es noch viele Menschen gibt, die sich für Kommunisten halten und den Kriegsdienst verweigern, bei ihrer Begründung dafür aber über allgemein pazifistisches Gerede oder aber über seltsame Einschätzungen der gegenwärtigen Klassenkampfaufgaben ("Der Griff zur Waffe steht noch nicht zur Debatte.") nicht hinauskommen.

Als Kommunist propagiere ich die Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes des bürgerlichen Staates, weil dieser durch seine eigene Bewaffnung die unterdrückten Massen zu revolutionärer Gewalt zwingt.

Konkret auf diesen Punkt bezogen, ergibt sich deshalb für den Kommunisten einmal die Aufgabe, in den Volksmassen den Unterschied aufzuzeigen zwischen reaktionärer Gewalt der Imperialisten gegen das eigene und gegen fremde Völker, die den Kommunisten wie allen friedliebenden Menschen zurecht verhaßt ist, und der revolutionären Gewalt der Völker gegen ihre Unterdrücker, die gerecht ist, weil sie der Menschheit Frieden und Freiheit bringt. Doch der Kommunist ist nicht nur der unversöhnlichste Gegner der Bourgeoisie in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Das heißt, er ist nicht nur der Entschiedenste in der Propagierung der revolutionären Gewalt, sondern er bereitet sich auch als erster auf sie vor. Und da liegt der Hase bei vielen Genossen im Pfeffer.

In der Tat ist es heute nicht die Hauptaufgabe, das Volk zu bewaffnen. Aber für einen Kommunisten ist es auch heute die Aufgabe, sich auf den Waffengang gegen die Bourgeoisie praktisch vorzubereiten. Und das heißt, er muß selbst den Umgang mit der Waffe lernen und er muß Fuß fassen in den Reihen der Bundeswehr als der bewaffneten Hauptstütze der westdeutschen Imperialisten.

Und wie soll ein Arbeiter einem Kommunisten glauben, der ruft: "Tod dem Imperialismus!" und selbst kein Gewehr anfassen will, und "Friedensdienst" leistet (am besten noch bei der Arbeiterwohlfahrt)?

Vertrauen in die Massen heißt für den Kommunisten auch, daß er von diesen an seinen Taten gemessen wird. Deshalb sollte sich jeder Genosse vor Augen halten, der den Kriegsdienst verweigern will, daß er damit der Sache des Proletariats nicht nutzt, sondern schadet. Und das allein muß für Kommunisten die Entscheidungsgrundlage sein.

Selbstverständlich muß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als ein demokratisches Recht gegen den Militarismus verteidigt werden. Und als die entschiedensten Demokraten werden die Kommunisten das auch tun. Denn die Verweigerung des Kriegsdienstes ist eine Absage an die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie. Doch der Kommunist weiß auch, daß das nicht ausreichen wird.

–F.M., z.Zt.Hattingen–

Wie es dem Vertrauensmann Aulich erging

DEM FALSCHEN WEG DER "DEMOKRATISIERUNG" DEN KAMPF UM DEMOKRATIE ENTGEGENSTELLEN

In der vorletzten Kommunistischen Volkszeitung hat der Genosse V.S. eine richtige Kritik zu meinen Vorstellungen über die Institution des Vertrauensmannes, wie ich sie in meinem Brief an die Kommunistische Volkszeitung darlegt, geäußert. Wie recht er mit seiner Kritik hatte, das zeigt tatsächlich mein eigenes Beispiel, was ich im folgenden schildern möchte.

Es ging zwar nicht darum, daß der Kommandeur vom Einsatz gegen streikende Arbeiter abgehalten werden sollte, auch nicht um den Kampf um eine Kantine, die in der Hand der Soldaten sein muß, sondern um das Recht auf freie politische Betätigung. Allen Fällen ist jedoch gemein, daß man als Vertrauensmann, tritt man für solche Forderungen ein, wie jeder Soldat Gesetze brechen muß bzw. Befehle nicht befolgen darf. Das ist deshalb so, weil die bürgerlichen Gesetzesmacher nicht dulden, daß sich ein Soldat ganz nach dem Willen des Volkes für seine berechtigten Forderungen einsetzt. Daß sie jedoch Angst haben, daß der Lügenhaufen um die Bundeswehr zusammenfällt, zeigt ihre Reaktion auf meinen Brief, wie er in der Kommunistischen Volkszeitung stand. Das war ganz in der Manier des angeschossenen Keilers, der angeschossen und verwundet wie wild um sich schlägt. Folgendes spielte sich in Pinneberg in meiner ehemaligen Kompanie ab:

Auf meinen Brief hin erfolgte in Windeseile die Suspendierung durch das Truppendienstgericht. Dies war mit mehreren Verhören durch Bataillonskommandeur und Kompaniechef verbunden. Hier wurde mir eine Strafe vorausgesagt, man wollte sich das Strafmaß jedoch überlegen. Als ich dann in einer zweiten öffentlichen Erklärung diese Maßnahmen der Militärbehörden und der Offiziere anprangerte, erfolgten weitere Verhöre und die Verkündung des Strafmaßes, von 10 Tagen Bau nämlich. Die Strafe bekam ich, weil ich die dienstliche Verschwiegenheit gebrochen hatte, indem ich in der Öffentlichkeit von den Maßnahmen der Militärbehörden berichtete. Überdies hätte ich dem Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit groben Schaden zugefügt, weil ich den wahren Charakter der Bundeswehr als Armee aus dem Volk gegen das Volk offengelegt hatte, was anhand von Zitaten aus Manöverberichten geschah, bei denen die Niederschlagung von Streiks, Volksaufständen und Rätedemokratie geprobt wurde.

Als ich in den Knast geführt wurde, wollte man mir verbieten, einen Rechtsanwalt anzurufen. Dies rief ich meinem Zug (etwa 30 Soldaten) zu, der gerade vor der Kompanie angetreten war. Daraufhin riefen mir die Kollegen zu: "Laß dir das nicht gefallen. Laß dich nicht unterkriegen. Die werden ja immer dreister!" In der Kompanie wurde an die Wandtafel und auch in die Toiletten "Freiheit für Aulich" geschrieben. Dies veranlaßte den Kompaniechef, die Kompanie zu versammeln, um ihr zu erklären, daß wenn es zu einer Meuterei kommen sollte, er noch andere Mittel hätte. Der Kompanieoffizier versuchte mich in einer üblen Hetzrede, wie mir meine Kameraden berichteten, in den Dreck zu ziehen und eine Spaltung zwischen meinen Kollegen und mir herbeizuführen. Dies gelang ihm jedoch nicht. Ein Kollege machte nach der Versammlung eine Rundfrage unter der Kompanie, bei der er feststellte, daß mich jetzt noch mehr Kollegen zum Vertrauensmann wählen würden. Ursprünglich war ich von 86 Kollegen bei 120 Anwesenden gewählt worden. Bei den täglichen Spaziergängen wurde das Wachpersonal besonders angewiesen, darauf zu achten, daß ich mit keinem in Kontakt käme. Auch auf eventuelle Handzeichen sei zu achten. Das Wachpersonal sollte sich in keine politischen Diskussionen mit mir einlassen. Bevor mein Rechtsanwalt kam, wurde die Zelle durchsucht, wobei mir auf die Frage, was eigentlich gesucht würde, mitgeteilt wurde, daß sie einen Auftrag hätten. Am Tag der offenen Tür wurde ich ganz früh am Morgen und spät am Abend spazieren geführt, damit nur keiner etwas von mir mitbekommen sollte. Auf eventuelle Demonstrationen war man ebenfalls vorbereitet, wie ich erfuhr. Auch die ständigen Angriffe auf die Flugblattverteiler, bei denen die Polizei handgreiflich wurde und in Überfallmanier Flugblätter entwendete, lassen erkennen, wie die Militärbehörden vorzugehen gedenken.

Der Genosse V.S. führt folgendes Beispiel in seiner Kritik an: "Man stelle sich vor, der Vertrauenskörper eines Bataillons fordert vom Kommando, nicht gegen die streikenden Arbeiter z.B. bei VW vorzugehen, sondern sich auf die Seite der Arbeiter zu schlagen." Man braucht keine prophetischen Gaben, um sicher zu sein, was mit diesem Vertrauensmann geschehen würde. Sicherlich würde er im Knast landen oder an der nächsten bereitstehenden Wand standrechtlich erschossen. Doch ist dieses Beispiel, obwohl es richtig ist, zur Zeit noch nicht gegeben. Die Bundeswehr befindet sich zur Zeit nicht im Krieg. Doch was sie schon jetzt macht, das sind Manöverübungen, bei denen in mehr oder weniger offenkundiger Form geübt wird, Volksaufstände niederzuschlagen. Schon heute übt man die Niederschlagung von Streiks, indem man Fabriken umstellt. Das zeigt zwar schon jetzt den Weg, wo es hingeht, doch gerade an dieser wichtigsten Frage entzünden sich noch keine Gemüter in der Armee. In der Armee erregen sich die Soldaten und entfalten sich Kämpfe, soweit man von Kämpfen sprechen kann, an Kantinenpreisen, an Wachdiensten, an Schikane und allen möglichen "Fickereien", wie es unter den Soldaten heißt. Benutzt der Genossen V.S. dieses Beispiel, so könnte mancher dahergehen und sagen, daß V.S. zwar prinzipiell recht hat, doch die Institution des Vertrauensmannes im Kampf um beispielsweise eine Kantine sehr wohl als Organisator genutzt werden kann, indem der Vertrauensmann Soldatenversammlungen organisiert und dafür eintritt, daß Kantinenboykotte durchgeführt werden. Diese Vertrauensleute wird das gleiche Schicksal ereilen wie mich. Man wird sie suspendieren und mit Strafen belegen, weil sie vom vorgegebenen Weg der Beschwerde abgewichen sind. Die Tatsache von zu erwartenden Strafen wird und darf uns jedoch nicht davon abhalten, weiter öffentlich den Kampf zu organisieren. Wir müssen uns gegen alles das erheben, was uns unterdrückt, nur dürfen wir nicht so vermessen und einfältig sein, von der bürgerlichen Armee zu fordern, gefälligst uns als Vertrauensmann dafür im Rahmen ihrer Spitzbubenlegalität abzusichern, denn gerade weil es sich nicht um demokratische Rechte handelt, die wir in unseren Händen halten, ist für Demokratie auf dem Boden der bestehenden Militärverfassung kein Platz. Sonst könnten wir nämlich gleich dahergehen und fordern, daß wir das gesetzliche Recht haben müssen, Befehle zu durchbrechen. Das wird uns natürlich ebenso wenig zugestanden wie ein Kapitalist nicht auf den Wunsch der Arbeiter eingeht, die Produktion nicht mehr nach dem Gesichtspunkt des Profits zu bestimmen, weil das auf dem Boden des Kapitalismus gar nicht geht. Wir dürfen beim bürgerlichen Militär keine Erwartungen daran verschwenden, daß sich diese Leute selbst das Handwerk legen, das müssen wir schon selbst besorgen. Der Kampf um die Demokratisierung der Institition des Vertrauensmannes ist deshalb ein Irrweg, weil er in sich die Illusion der demokratisierbaren Wehrverfassung trägt, in die der Vertrauensmann fest auf Seiten der Militärführer eingebettet ist. Dem falschen Weg der Demokratisierung müssen wir den Kampf um Demokratie entgegenhalten. Dafür sind die Forderungen nach Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung, Wahl der Offiziere durch das Volk und Bezahlung der Zeit, die jeder in der allgemeinen Volksmiliz verbringt, in der Höhe seines bisherigen Lohnes durch die Kapitalisten das geeignete Mittel. Sie stellen den Willen des Volkes nach uneingeschränkter Verfügung über die Armee dar, um Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen, um den Sozialismus aufzubauen. Sie stellen sich gegen den Willen der Bourgeoisie, eine Armee aus dem Volk gegen das Volk zu haben, um Ausbeutung und Unterdrückung, basierend auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, zu schützen und aufrechtzuerhalten.

M.A., Wolfsburg

Südvietnam: Massendemonstrationen gegen Thieu

In der letzten Woche berichtete das Fernsehen über eine der größten Demonstrationen seit Jahren in Südvietnam, außerdem die erste große Demonstration seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens vom Januar 1973.

Anläßlich eines Feiertags der Buddhisten hatten zahlreiche Organisationen der Buddhisten, die sich als Vertreter der 3.Kraft in Vietnam bezeichnen, zu einer Demonstration in Saigon aufgerufen, auf der gegen die Politik Thieus protestiert werden sollte für Frieden und Waffenstillstand. Diesem Aufruf haben viele Buddhisten aus den von Thieu besetzten Gebieten Folge geleistet. Sie kamen in Massen und trugen Transparente, die sich gegen die Politik Thieus richteten und die sofortige, strikte Erfüllung des Pariser Waffenstillstandsabkommens forderten. Das zeigt, daß in den von Thieu besetzten Gebieten große Teile des Volkes, die noch nicht für die volle Unterstützung der PRR und der FNL eintreten, sich zunehmend trotz drohender Einkerkerung organisieren.

Der Preis für sowjetische Freundschaft

Am 14.8. ratifizierte der Oberste Sowjet in Moskau den Freundschaftsvertrag der Sowjetunion mit dem ostafrikanischen Staat Somalia. Darin verpflichtet sich die Sowjetunion, eine somalische Provinz (Fanole Region) zu elektrifizieren und Lehrer und Ärzte zur Entwicklung des Schul- und Gesundheitswesen zu entsenden. Was wie die großzügige Hilfe eines wohlwollenden Freundes für ein Entwicklungsland anmutet, ist in Wahrheit ein Teil des Preises, den die sozialimperialistischen Kremlführer für die Anwesenheit ihrer Truppen in Somalia zu zahlen bereit sind.

Es ist dies gewissermaßen die soziale Rate, der Anteil des Volkes, während das Siad-Barre-Militärregime den Löwenanteil bereits verschlang: es rüstete seine Armee mit Mig-Jägern, sowjetischen Panzerfahrzeugen und Raketen für den Kampf um die ölfündigen Grenzgebiete mit Äthiopien und Kenia.

Den größeren Gewinn bei diesem Geschäft machen die sowjetischen Sozialimperialisten: als Gegenleistung dürfen sie Somalia in ihr Militärlager verwandeln. 3 000 Militärberater bilden die somalische Armee aus; vor der Meerenge von Bab-el-Mandeb richten sie den Marinestützpunkt Berbera ein; am Indischen Ozean bauen sie den Kriegshafen Ras Kiambon und in Mogadischu entsteht eine sowjetische Luftwaffenbasis. Die Unabhängigkeit Somalias ist dadurch stark gefährdet.

Die rastlose Suche nach militärischen Stützpunkten ist Teil der sowjetischen Strategie, in den ölreichen arabischen Raum vorzudringen und den amerikanischen Imperialisten die Vorherrschaft streitig zu machen. Somalia wiegt für die Sowjetunion um so schwerer, nachdem der ägyptische Präsident Sadat sich lieber dem amerikanischen Kapital zuneigte und das sowjetische Militärpersonal des Landes verwies. Es ist nach Stützpunkten in Syrien, Indien und neuerdings im Irak der südliche Punkt der Einkreisung der arabischen Ölquellen. Gleichzeitig können sowjetische Flugzeuge und Kriegsschiffe die demnächst wiedereröffnete Suezkanal-Route kontrollieren.

Tatsächlich konnte die Sowjetunion erst nach langem Buhlen die Gunst der somalischen Militärs erlangen, wobei sie die Konkurrenz der westdeutschen Diplomatie aus dem Felde stach. Die Bundesregierung hatte dem damaligen Präsidenten Shermake 1963 angeboten, die 4 000 bis 5 000 Mann starke Polizeitruppe in eine 6 000 Mann starke Armee auszubauen, nachdem die westdeutsche Beratermannschaft schon Jahre zuvor mit dem Aufbau der Polizei beschäftigt war. Auch die Regierungen Italiens und der USA wollten sich an diesem Projekt beteiligen. Somalia sollte allerdings keine fremde Militärhilfe annehmen dürfen.

Die Sozialimperialisten zeigten sich freimütig: sie boten an, eine 20 000 Mann starke Armee aufzubauen – ohne Bedingungen. Das war vor 11 Jahren.

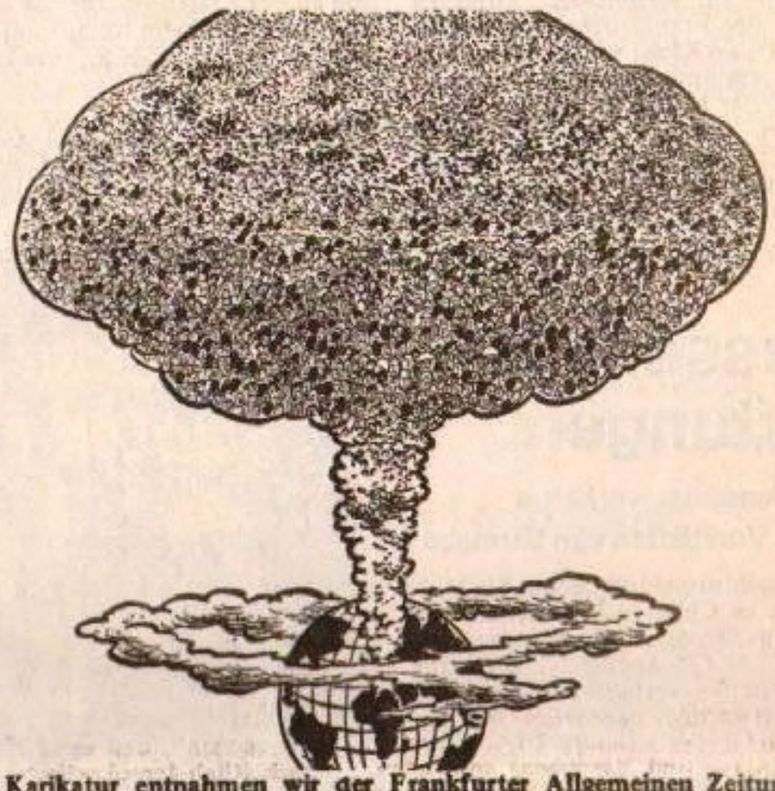
Heute haben sie sich in Somalia in unmittelbarer Nachbarschaft zu den französischen und amerikanischen Konkurrenten fest niedergelassen (siehe Karte). Ihre Anwesenheit bedeutet für die Völker Arabiens und Ostafrikas nur verstärkte Unruhe und erhöhte Kriegsgefahr. Diese Völker werden solange nicht zur Ruhe kommen, bis sie nicht ausnahmslos alle imperialistischen Räuber von ihrem Territorium vertrieben haben.

–R.S., Braunschweig–

Weltbevölkerungskonferenz:
Die Bevölkerung ist das Wertvollste!

"Die Bevölkerungslawine – eine Katastrophe für die ganze Menschheit." "Die Bevölkerungsbombe tickt." – solche dramatischen Parolen waren in den letzten Augusttagen häufig in der Presse zu lesen und im Rundfunk zu hören. Im Fernsehen wurden zahlreiche Filme aus der Dritten Welt gezeigt, zum Beispiel über Indien und Kenia, um die Bevölkerungslawine auch anschaulich zu beweisen. Dies geschah aus Anlaß der Weltbevölkerungskonferenz, die vom 19. bis 30.August in Bukarest stattfand.

Die Berichterstattung war aber keineswegs wahrheitsgetreu. Keine einzige der vielen Fernsehsendungen behandelte das Bevölkerungsproblem so, daß die tatsächlichen Ursachen des Massenelends und der Massenarbeitslosigkeit in den Ländern der Dritten Welt offengelegt wurden. Die Berichterstattung war vielmehr eine einzige Hetze, die Tonart reichte von nervöser Aufgeregtheit bis in die schrillen Töne der Hysterie: Das Ende der Menschheit steht kufz bevor. Das ganze war die Begleitmusik für einen umfassenden Angriff der imperialistischen Länder unter der Führung der Supermächte USA und UdSSR auf die Länder der Dritten Welt.



Diese Karikatur entnahmen wir der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Sie zeigt den Schrecken der Bourgeoisie vor der Lebenskraft der unterdrückten Völker. Sie zeigt zugleich ihre imperialistischen Träume über die Beseitigung des "Bevölkerungsproblems".

Sie machten auf der Konferenz in Bukarest das Wachstum der Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt dafür verantwortlich, daß die Ernährungslage in der ganzen Welt schwieriger wird, daß nicht alle Menschen mehr ernährt werden können, daß bereits heute ein großer Teil vom Hungerstod bedroht ist und daß bei weiterem rapiden Anstieg der Weltbevölkerung die Hungerskatastrophe unvermeidlich werde. Einziges Mittel zur Abwendung dieser Gefahr sei die Geburtenkontrolle oder die "vernünftige Planung". So vertraten es die beiden Supermächte. Mit dem Geschrei, das die Lumpenjournalisten in der bürgerlichen Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen veranstalten, sollten die Menschen hier richtig eingestimmt werden, Haß gegen die sich "wie Kaninchen vermehrenden Völker der Dritten Welt" sollte erzeugt werden. Eine imperialistische Volksgemeinschaft wollen die Bourgeois schmieden gegen die Völker der Dritten Welt. Deshalb schüren sie die Angst vor einer alles überschwemmenden Flut der Asiaten und der Afrikaner und wie sonst diese rassistischen Hetztiraden auch heißen.

ÜBERSCHWEMMUNGEN IN BANGLA DESH: DIE SOZIALIMPERIALISTISCHE UdSSR HÄLT BANGLA DESH IN IHRER ABHÄNGIGKEIT UND HINDERT DIE ENTWICKLUNG DES LANDES

Sehen wir uns die Verhältnisse an. Nehmen wir Bangla Desh, jener Staat, der vor 32 Monaten unter direkter Einwirkung der sozialimperialistischen Führung der UdSSR aus der Taufe gehoben worden ist. Heute ist das Elend der 75 Millionen Einwohner in diesem Land am schlimmsten auf der ganzen Welt. Rührt dieses Elend aber von den vielen Menschen her, die in diesem Land wohnen? Ganz gewiß nicht, denn die Menschen sind nicht die Urheber der Regenfälle, die das ganze Land in einen Binnensee verwandelt haben und die Reisernte vernichten. Dabei ist das Land eines der fruchtbarsten der Welt, es war früher Teil der Kornkammer, aus der ein großer Teil der Welternährung kam.

Das Land wird systematisch der Vernichtung preisgegeben, die Menschen werden daran gehindert, die Flußläufe zu regulieren, Dämme zu bauen, die den jährlichen Überschwemmungskatastrophen ein für alle mal ein Ende bereiten. Wir sehen: Keineswegs sind die vielen Menschen daran schuld, daß es mit diesem Land so bergab gegangen ist. Ganz im Gegenteil: Die vielen Menschen sind die einzige Quelle, um überhaupt die Verhältnisse wieder zu ändern, denn der Schutz des Landes vor den Wassermassen – wer sollte das anders erfolgreich durchführen, als arbeitende Menschen? Die Menschen aber werden an dem Einsatz ihrer Arbeitskraft gehindert, ihnen wird die Freiheit streitig gemacht, sich selbst zu helfen und selbst darüber zu bestimmen, was für ihr Land notwendig ist. Verantwortlich dafür sind die revisionistischen Führer der Sowjetunion, die die Abtrennung Bangla Deshs von Pakistan betrieben haben, nicht aber, um den Menschen bei der Entwicklung des Landes zu helfen, sondern um das Land in ihre Abhängigkeit zu bringen als Stützpunkt für ihre Flotte im Indischen Ozean, als Stützpunkt für ihr Streben nach Welthegemonie.

DIE VERWÜSTUNG DER LÄNDER DER SAHEL-ZONE: DIREKTE FOLGE DER HERRSCHAFT DER IMPERIALISTISCHEN MONOPOLE

Ein anderes Beispiel: Die Staaten der Sahel-Zone. Nach 6-jähriger Dürrezeit regnet es jetzt in diesen Staaten unaufhörlich. Aber der Regen kann nicht genutzt werden. Vielmehr verschlimmert er weiter das Elend der dort lebenden Völker. Der Grund dafür ist die Tatsache, daß durch die Kolonialherrschaft der Briten und Franzosen sowie später durch die Abhängigkeit dieser Länder von den imperialistischen Monopolen der USA die wirtschaftliche Struktur dieser Länder vollständig zerstört worden ist. Durch das Anlegen kapitalistisch wirtschaftender Farmen wurde der Boden einseitig ausgepowert, die Menschen wurden von ihrem Boden vertrieben, die Weideflächen der Nomaden wurden immer kleiner, bis diese Art der Viehzuchtwirtschaft, die mit dem Kapitalismus nicht das geringste zu tun hat, die aber die Ernährung der einheimischen Bevölkerung gewährleistete, vollkommen verschwand. Die Folgen sind bekannt: Die Hungersnot, an der bereits hunderttausende von Menschen gestorben sind, wurde zur Genüge in der Presse ausgeschlachtet. Die Verwüstung des Bodens, die Vertreibung der Menschen und die Tatsache, daß durch die völlig einseitige Bewirtschaftung der kapitalistischen Landwirtschaft große Teile des anbaufähigen Landes verloren gegangen sind – diese Tatsache wird nicht erwähnt von den bürgerlichen Berichterstattern. Aus einem landwirtschaftlichen Überschußgebiet wurde dadurch ein Gebiet, wo die Hungersnot täglich zunimmt, wo der kostbare Regen nutzlos verrinnt. Diese Tatsache aber zeigt, daß die Verhältnisse, in denen die Völker leben, schuld an der Misere sind. Und diese Verhältnisse haben die Völker nicht selbst geschaffen!

DIE VÖLKER DER DRITTEN WELT KLAGEN DEN IMPERIALISMUS UND KOLONIALISMUS AN

Kommen wir aber zurück auf die Weltbevölkerungskonferenz. Dort kamen nämlich diese Verhältnisse zur Sprache. Die Völker der Dritten Welt haben die Supermächte, die Abhängigkeit von imperialistischer und kolonialer Ausbeutung und Ausplünderung für die schlechte Lage verantwortlich gemacht. Der rumänische Staatschef, der die Konferenz eröffnete und die Delegierten begrüßte, sagte in seiner Rede:

"Die Teilung der Welt in entwickelte und unterentwickelte Länder ist das Resultat der historischen Entwicklung, die unmittelbare Folgeerscheinung der imperialistischen, kolonialistischen und neokolonialistischen Politik der Ausbeutung und Unterdrückung vieler Völker. Das ist der Grund, warum die Fragen der Bevölkerung und die Perspektiven der Entwicklung der verschiedenen Völker und Nationen und der Menschheit in ihrer Gesamtheit in unmittelbarer Verbindung mit der Liquidierung der imperialistischen, kolonialistischen und neokolonialistischen Politik, mit der Verwirklichung einer besseren und gerechteren Welt, einer Gesellschaft gesehen werden müssen, in der der Mensch sich uneingeschränkt der Errungenschaften der modernen Zivilisation erfreut."

Auf diese unmißverständliche Anklage gegen die imperialistischen Länder durch den rumänischen Staatschef, die von vielen Ländern unterstützt wurde in ihren Redebeiträgen, hatten die Imperialisten nichts zu sagen. Die Supermächte und die übrigen imperialistischen Länder hatten diesen machtvollen Widerstand, der sich da gegen ihre rassenhetzerischen Bevölkerungstheorien erhob, offensichtlich nicht erwartet.

Der Vertreter der USA, der ältere Bruder des Vizepräsidenten Rockefeller, versuchte an dieser Bevölkerungstheorie natürlich festzuhalten: Er verbrämte seinen Pessimismus mit der lauen Aufforderung an die entwickelten Nationen, doch Konsumverzicht zu üben. Nicht anders verhielt sich die andere Supermacht, die UdSSR. Sie faselte von vernünftiger Planung, mit der die Probleme gemeistert werden könnten. Im Fahrwasser dieser beiden Supermächte meldeten sich dann auch die Vertreter der Bundesrepublik und der DDR zu Wort. Der Vertreter der DDR vertrat die Überbevölkerungstheorie der Supermächte ganz offen, indem er erklärte, das starke Anwachsen der Bevölkerung in der Welt gefährde den Weltfrieden. Das ist eine schöne Variante des hetzerischen Geschreis und des Pessimismus. Der Staatssekretär Brück von der Bundesregierung tat sehr zerknirscht in der Fernsehsendung 'Kompass' am 28.August. Er folgte der Linie der US-Imperialisten und meinte: Wir hätten ja auch schon mit dem Verzicht begonnen, wir würden weniger Benzin verbrauchen und wir würden ja neuerdings unsere Autos länger fahren. Da hat der gute Staatssekretär ganz offensichtlich gelernt und den Kern des Problems berührt! Wenn die Arbeiter weniger verdienen, dann kaufen sie natürlich weniger!

In der Dritten Welt ist es heute so, daß viele Arbeiter gar nichts verdienen und buchstäblich verhungern. Dieser Zustand sieht dann durch die Brille unseres Staatssekretärs so aus, als müsse das so sein, als sei dieser Zustand schon ewig und drei Tage so, und dabei unterscheidet er sich nicht weiter von den christlichen Pfaffen, die diesen Zustand ganz einfach als gottgegeben bezeichnen, so daß man ihn nicht verändern darf. Wir sehen: Die Imperialisten nehmen die Menschen als Konsumenten, als Verbraucher. Das ist die Grundlage für ihre rassistische Hetze. Wenn ein neues Kind geboren wird, sehen sie darin einen neuen Esser, der anderen die Suppe wegschlabbert. Viele neue Esser sind aber eine Gefahr für den Reichtum der Reichen, der imperialistischen Oberherren der Welt!

Auf diesen Kernpunkt spitzte der chinesische Delegierte die Diskussion in Bukarest zu. Er stellte das Verhältnis, das zwischen den Essern, den Konsumenten und den Produzenten besteht, wieder auf die Füße. Er sagte: *"In erster Linie ist der Mensch ein Produzent und erst in zweiter Linie ein Konsument!"*

DER PESSIMISMUS IST KEINESWEGS GERECHTFERTIGT

Er führte weiter aus, daß das Wertvollste für die Erde die Bevölkerung sei. Er sagte: *"Die schöpferische Kraft des Menschen kennt keine Grenzen und der von den Supermächten gezeigte Pessimismus ist keineswegs gerechtfertigt."*

Der chinesische Delegierte zeigte, daß die Supermächte mit ihrem Geschrei von der Bevölkerungslawine das Ziel verfolgen, ihre imperialistischen Interessen zu verdecken, daß sie ihre Weltherrschaftspläne dahinter verbergen. Er stellte fest: Für die Armut und Arbeitslosigkeit, die in der Dritten Welt herrscht, sind die Supermächte verantwortlich. Sie beuten die Völker der Welt aus, sie unterdrücken sie und steigern die Ausplünderung der Naturreichtümer ständig. Folglich ist es ganz falsch, zu glauben, ein starkes Anwachsen der Bevölkerung sei die Ursache für die Hungersnöte. Jene Ordnung, die die Grundlage für die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen ist, ist auch die Grundlage für die Hungerskatastrophen in der Welt. Diese Ordnung ist die kapitalistische Produktionsweise. Sie steht zur Debatte und nicht die Bevölkerung der Erde.

Der chinesische Delegierte ging auch auf die von der DDR vertretene These ein, wonach ein großes Bevölkerungswachstum den Frieden gefährde und Kriege heraufbeschwöre. Die Unhaltbarkeit dieser These wurde nachgewiesen an den Kriegen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. Ist das Bevölkerungswachstum etwa für den Vietnamkrieg verantwortlich, oder an dem Einmarsch der Sozialimperialisten in die Tschechoslowakei schuld?, fragte der chinesische Delegierte. Keinesfalls! Vielmehr sind diese Kriege der beste Beweis dafür, daß das Hegemoniestreben der beiden Supermächte die Ursache für die Unruhe und das Elend in der Welt ist. Der chinesische Delegierte zog die Konsequenz. Er stellte am Schluß seiner Rede fest: *"Das Bevölkerungsproblem kann nur durch die Revolution und die Veränderung der Produktion gelöst werden."*

Der chinesische Delegierte fand die Sympathien vieler Delegationen aus der Dritten Welt für seine Rede. China hat den von ihm aufgezeigten Weg längst in die Tat umgesetzt. Vor der Gründung der Volksrepublik China hatte China auch das Problem der Arbeitslosigkeit und der Hungersnot. Seit der Revolution und der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise gibt es solche Probleme in China nicht mehr. Die Bevölkerung in China ist in dieser Zeit vielmehr von 500 Millionen auf 800 Millionen gestiegen. Das ist der beste Beweis, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung schuld an den Bevölkerungsproblemen ist. Das ist der beste Beweis für die Notwendigkeit der Revolution gegen den Imperialismus, um die Menschheit von dieser schädlichen Geißel zu befreien. Die Völker haben darüber in den letzten Jahren ein immer größeres Bewußtsein entwickelt. Der Kampf gegen Imperialismus und Hegemoniestreben hat einen großen Aufschwung genommen und den beiden Oberherren überall in der Welt schwere Niederlagen bereitet. Diese Tendenz in der Welt drückte auch der rumänische Staatschef in seiner Rede aus. Er sagte:

"Wir leben in einer Epoche großer revolutionärer, ökonomischer und sozialer Umgestaltungen, in einer Epoche steter Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis. Die Völker setzen immer entschlossener ihren Willen durch, Herr ihrer Nationalreichtümer zu sein, sich frei und unabhängig zu entwickeln." –gj–

AjLE: Chile-Demonstration

IM BEZIRKSVERBAND FRANKFURT DER GEW

Frankfurt. Am 14.August fand die Jahreshauptversammlung des Arbeitskreises Junger Lehrer und Erzieher (AjLE) im Bezirksverband Frankfurt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft statt. Mit großer Mehrheit sprach sich die gut besuchte Versammlung (250 Kollegen) für die Unterstützung der zentralen Demonstration der Chile-Komitees aus. Sie verabschiedete eine Resolution, in der alle Kollegen sowie der Bezirksvorstand der GEW und der DGB aufgefordert werden, sich ebenfalls aktiv an den Solidaritätsaktivitäten der Chile-Komitees zu beteiligen.

Um den Inhalt der Resolution und des Aufrufs der Chile-Komitees gab es auf der Versammlung keine Auseinandersetzung. Gegen ihn hatten auch die anwesenden Mitglieder der DKP und der Jungsozialisten nichts einzuwenden. Viel einzuwenden hatten sie jedoch gegen die Unterstützung der Demonstration der Chile-Komitees durch die Gewerkschaftsversammlung. Denn inzwischen hatten die Führer dieser Organisationen klammheimlich eine "eigene" Demonstration in Frankfurt für den 11.9. angesetzt, um den Plan einer breiten Aktionseinheit zu durchkreuzen. Weil sie auf der AjLE-Versammlung für dieses Spaltungsmanöver auf keine Mehrheit hoffen konnten, verlegten sie sich auf den Versuch, jeden konkreten Beschluß über Solidaritätsaktionen zu verhindern. Zunächst brachte der Frankfurter Juso-Vorsitzende Armin Kleist vor, eine Gewerkschaftsversammlung dürfe sich nicht auf eine der beiden Demonstrationen festlegen, sondern müsse "neutral" bleiben. Damit kam er nicht durch. Die Kollegen ließen sich nicht einreden, daß sie als Gewerkschafter nicht zwischen richtig und falsch unterscheiden dürfen. Zu offensichtlich war auch die Heuchelei, die hinter diesem Argument steckt: Derselbe Armin Kleist ist als Juso-Vorsitzender direkt verantwortlich dafür, daß in Frankfurt zwei Demonstrationen stattfinden werden. Dann wurde von einigen Jungsozialisten die Demonstration der Chile-Komitees als "KBW-Demonstration" hingestellt, wobei sie sich auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des GEW-Vorstandes beriefen, die gemeinsame Aktionen mit Kommunisten verbieten.

Unterstützung fanden die Juso-Führer jedoch dabei nur noch bei dem Frankfurter GEW-Vorsitzenden Dingeldey. Die große Mehrheit der Gewerkschafter lehnte solche Manöver ab und trat für eine gemeinsame Aktion all der Kräfte ein, die das chilenische Volk in seinem Kampf unterstützen. –H.S., Frankfurt–

Köln. Heinrich Böll und Günther Wallraff haben den Aufruf der Aktionseinheit für die Chilesolidarität unterschrieben.

Offener Brief

von 9 000 Gewerkschaftern gegen den Terror in Chile

Frankfurt. 9 000 Gewerkschaftsfunktionäre des DGB-Landesbezirks Hessen haben in einer "Chile-Initiative Hessischer Gewerkschaftsfunktionäre" am 26.Juni in einem offenen Brief an den chilenischen Junta-Chef Pinochet gefordert:

Schluß mit dem Terror gegen chilenische Gewerkschafter!

Sofortige Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter und Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!

Sofortige Wiederzulassung der "Central Unica de Trabajadores de Chile" (CUT) und Freigabe des von der Militärjunta beschlagnahmten Gewerkschaftseigentums!

Die 9 000 Gewerkschafter greifen das Terror-Regime der Junta scharf an und erklären:

"Wir sind vielmehr der Auffassung, daß wir durch unsere Aktion mit dazu beitragen können, daß die Weltöffentlichkeit sich noch entschiedener als bisher gegen den Terror Ihrer Militär-Junta auflehnt."

Die Initiative der Gewerkschafter zeigt die Breite der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Widerstand. Mit dem Abschicken des offenen Briefes kann die Aktion jedoch nicht abgeschlossen sein. Er gilt, am Jahrestag des Putsches die Solidarität öffentlich zu zeigen und sich an den Solidaritätsaktionen, insbesondere an der nationalen Demonstration der Chile-Komitees am 14.9. in Frankfurt zu beteiligen.

Die Lage in Chile

(nach Berichten aus dem Widerstand)

1. Seit Mai 1974 sind die Löhne der Arbeiter, Bauern und Angestellten im Schnitt 2/3 niedriger als in den Jahren vor der Allenderegierung. Gleichzeitig hat Chile heute selbst nach frisierten Zahlen der Junta die höchste Inflationsrate in der Welt. Wer Arbeit hat, kann sich wenig mehr als Brot und Tee zum Überleben kaufen. Viele der Arbeitslosen und politisch Entlassenen stehen vor bleibenden Schäden wegen Unterernährung. Der Winter, der in Chile naß und kalt ist, fordert weitere Opfer.

DIE JUNTA VERSCHLIMMERT DIE LAGE

2. Die Junta vergrößert diese Not, da sie von der internationalen Bourgeoisie abhängig ist. Die kapitalistischen Länder, die der Junta alle Kredite verlängert haben, erwarten, daß von den alten Besitzern keinerlei Sozialleistungen verlangt werden, die die Ausbeutung in den Minen, Fabriken, Landgütern einschränken. Gleichzeitig wird der Kupferpreis seit dem 5.Juni bei 90 Cts. eingefroren. Als der Bergbauminister der Junta das kritisierte, mußte die Junta ihn auf Anordnung des Weißen Hauses entlassen. Die Junta will die Inflation jetzt durch Einsparungen am Staatshaushalt dämpfen – auf Kosten der elementarsten Sozialleistungen. Sie hat mehr als 1/5 aller Angestellten im öffentlichen Dienst entlassen. Ihre Begründung: Wozu ein Arbeitsministerium? Es gibt doch keine Gewerkschaften mehr. Wozu ein Gesundheitsdienst? Wenn Leute wirklich krank sind, werden sie Ärzte auch bezahlen. Wozu landwirtschaftliche Kredite und Beratung? Der tüchtige Landwirt soll am meisten Boden bestellen. Wozu ein ausgebautes Schulsystem? Wer mehr lernen will als in der Grundschule, wird auch dafür bezahlen.

DER MITTELSTAND WIRD RUINIERT

3. Diese völlig ungehinderte Ausplünderung und die Streichung öffentlicher Mittel haben nur zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit so enorm wächst und die Kaufkraft so stark sinkt, daß viele Mittelbetriebe und Händler ruiniert werden. Die, die sich halten, verdienen nicht mehr als vor dem Putsch. Der Flüchtlingsstrom über die Grenzen der Nachbarländer schwillt an. Dabei sind viele Mitglieder dieses ruinierten Mittelstands, ehemalige Sympathisanten und Förderer der Putschisten. Auch Techniker, Wissenschaftler, Ärzte sind dabei, die unter der Junta keine Zukunft mehr für sich sehen.

DIE CHRISTDEMOKRATEN DISTANZIEREN SICH

4. Gleichzeitig hält der passive Widerstand der Arbeiter und Bauern an. Trotz der großen Not müssen Überstunden immer noch durch Drohungen mit dem Kriegsrecht durchgesetzt werden. Kleine Betriebszeitungen revolutionärer Organisationen mit Vorschlägen, wie man gemeinsam langsam arbeiten kann, finden aufmerksame Leser.

5. In dieser Situation spüren führende Familien Chiles, daß die Junta unfähig ist, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen und politisch selbst unter ihren Anhängern immer mehr an Boden verliert. Im "Mercurio", bisher Zeitung der Junta im Besitz der Edwards-Familie, erscheinen zunehmend Berichte von ausländischen Kritiken an der Junta. Förderer des Putsches, wie die christdemokratische Parteiführung um Frei, haben sich in den letzten Wochen erstmals öffentlich von der Junta distanziert und suchen mögliche Verbündete für eine Zivilregierung.

PINOCHET IST ISOLIERT

6. Die Junta ist also in einer ziemlich schwierigen Lage. Pinochet versucht der bürgerlichen Kritik dadurch entgegenzukommen, indem er General Leigh abgesetzt hat, als der gerade 5 Tage auf Staatsbesuch in Peru war. Leigh hatte immer noch versucht, faschistische Massenorganisationen für einen faschistischen Ständestaat aufzubauen, was total mißlungen ist. Jetzt macht die Junta das einzige, was sie gelernt hat: Sie perfektioniert den Unterdrückungsapparat. Transporter fahren durch die Straßen, verhaften willkürlich kleine Gesprächgruppen und alle, die nach der abendlichen Ausgangssperre auf der Straße sind. Im Wagen werden sie verprügelt, oft mit Folter verhört und erst wieder freigelassen, wenn nichts zu notieren war und die Verletzungen nicht mehr zu sehen sind. Viele bleiben auch im KZ. Wird ein Flugblatt des Widerstandes gefunden, wird die ganze Straße in dieser Weise durchkämmt. Der Widerstand soll in einem Kraftakt der Repression eingeschüchtert und dezimiert werden.

7. Trotz der Angst bringt die Situation des Elends immer neue Widerstandshandlungen hervor. Die Zahl der Flugblätter hat in den letzten Wochen erheblich zugenommen. Sie werden an Türen und Fenster geklebt, liegen in öffentlichen Toiletten und rieseln von den Dächern der Werkshallen. Hinter der Terrorwelle der Junta zeigt sich ihre Schwäche: Sie hat die letzten Todesurteile wegen der internationalen Proteste zurückgenommen. Die Existenzbedingungen der Masse des Volkes verschlechtern sich so stark, daß rebelliert werden muß, will man nicht kampflos dahinvegetieren. Gleichzeitig arbeiten die Arbeiterorganisationen im Untergrund, wenn auch nach wie vor recht zersplittert.

Die Arbeiterklasse Chiles hat in den letzten Jahren die wichtigsten Kampferfahrungen in der westlichen Welt gesammelt. All das sind schlechte Bedingungen für das Militärregime und eine starke, gemeinsam auftretende internationale Solidaritätsbewegung in der Chile-Woche wird die Junta noch stärker isolieren und dem Widerstand in Chile neue Mitkämpfer gewinnen können. –W., Hamburg–

Massenverhaftungen

300 Menschen verhaftet in den Vorstädten von Santiago

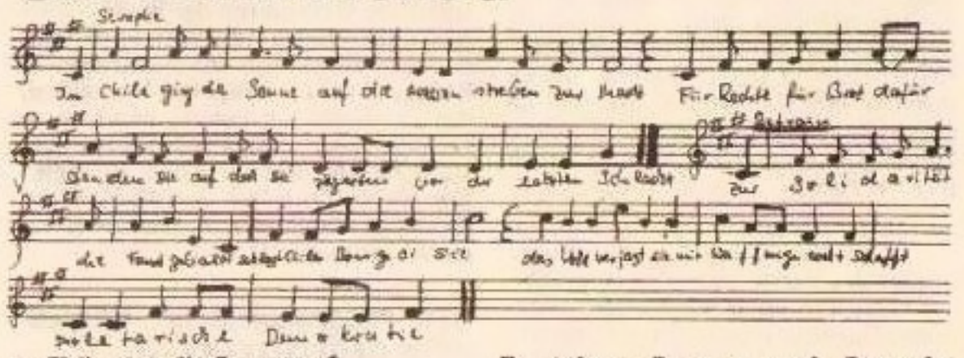
Nach Agenturmeldungen hat die Militärjunta in Chile in drei Elendsvierteln von Santiago am Wochenende vom 24./25.August ungefähr 300 Menschen verhaftet und in KZs im Norden Chiles deportiert. Bei den Durchsuchungen seien "Waffen, zahlreiche Sprengstoffmaterialien und extremistische Literatur sichergestellt" worden. Zum Jahrestag ihres Putsches verstärkt die Junta ihren Terror, um Widerstandsaktionen zu verhindern. Gleichzeitig zeigt diese Meldung, daß die Junta den Widerstand keineswegs gebrochen hat, auch wenn dieser unter den schwierigen Bedingungen der faschistischen Diktatur immer wieder neue Opfer fordert.

JUNTA–CHEF PINOCHET:

»Das härteste Jahr unserer Geschichte«

Daß sich die Lage für das chilenische Volk durch den Putsch gebessert hätte, wagt selbst nicht einmal der Juntachef zu behaupten. Am 19.August hat er erklärt: "Das Jahr 1974 wird das härteste Jahr der chilenischen Geschichte werden." Gleichzeitig hat ein anderes Junta-Mitglied, General Leigh, angekündigt: "Die neue Verfassung werde für immer die Regierungsübernahme durch eine demagogische Regierung" verhindern. Die chilenische Bourgeoisie und ihre Hinterleute in den USA und anderen imperialistischen Ländern ist so isoliert, daß sie sich auf Jahre hinaus nicht zutraut, sich auch nur ein schamhaftes demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Durch eine Inflation von 173 % hat sich die Lebenslage der Masse des Volkes in den ersten Monaten des Jahres 1974 rapide verschlechtert. Privat haben sich etliche Bourgeois an dieser Inflation und den entsprechenden Bereicherungsmöglichkeiten natürlich bereichert. Politisch hat sich die Bourgeoisie selbst die Sympathien bei den Teilen der Kleinbourgeoisie verscherzt, die den Putsch zunächst begrüßt haben. Die einzige Basis ihrer Herrschaft bleibt die Armee, und eine Armee ist auf die Dauer niemals ausreichend, denn sie muß aus den Söhnen des Volkes rekrutiert werden. Sicher ist, daß für die Junta und ihre Hinterleute noch schwerere Jahre kommen werden als das Jahr 1974, wenn sie dieses Jahr überlebt. Dies ist wahrscheinlich, aber ihre Aussichten auf bessere Zeiten sind gleich null. Die Arbeiterklasse und das chilenische Volk werden sich mit dem Sieg der Faschisten niemals abfinden.

Solidaritätslied



In Chile ging die Sonne auf,
die Massen streben zur Macht.
Für Rechte, für Brot – dafür standen sie auf,
doch sie zögerten vor der letzten Schlacht.

Zur Solidarität die Faust geballt,
schlagt Chiles Bourgeoisie!
Das Volk verjagt sie mit Waffengewalt,
schafft proletarische Demokratie.

Der Klassenkampf wird hart geführt,
die herrschende Klasse, sie bangt.
Sie haben den Anfang der Volksmacht gespürt,
ihre Diktatur hat schon gewankt.
Refrain . . .

Am 11. in der Septembernacht
mit CIA und Militär,
da haben sie ihren Putsch gemacht,
mit Panzern gegen das Arbeiterheer.
Refrain . . .

Nun roll'n in Santiago die Panzer entlang,
das Volk leidet Hunger und Not.
Es jubeln Siemens und Deutsche Bank,
für sie gibt's Profit, für den Arbeiter Tod.
Refrain . . .

Was hat unsre Klasse in Chile gelernt
nicht friedlichen Weg, sondern Krieg!
Wenn man nicht die Ausbeuterherrschaft entfernt,
erlangt das Volk nicht den entscheidenden Sieg.
Refrain . . .

Doch der Kampf in Chile wird weiter geführt,
trotz Diktatur und Militär.
Die Einheit der Arbeiter wird organisiert,
die bewaffnete Volksmacht in Chile muß her.
Refrain . . .

Proletarier ihr müßt erkennen,
Chile braucht Solidarität!
Laßt in euren Herzen brennen
Haß der Bourgeoisie, wo immer sie auch steht!
Refrain . . .

Widerstandskomitees

Die Bedeutung der Widerstandskomitees, die in Chile im Untergrund arbeiten, nimmt immer mehr zu. Über die Tätigkeit dieser Komitees entnehmen wir aus einer Broschüre der MIR: Die Komitees verfolgen die Ziele:

"Sturz der Diktatur, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und die Verteidigung des Lebensniveaus der Volksmassen!"

Im Kampf für diese Ziele werden Kampfformen wie Streiks und Dienst nach Vorschrift ebenso angewendet wie neue, phantasiereiche: Lebensmittel werden mit höherem Gewicht als ausgeschrieben verpackt. Dies erleichtert *"nicht nur ein wenig die Volksnot, die der Hunger und die wirtschaftliche Unterdrückung mit sich bringen; sie treffen auch eine Firma des Großkapitals und des Großhandels."* Durch Brandlegung sind die Multiplas und Fuentes & Cia beschädigt worden, *"beide bekannt wegen ihrer unbarmherzigen Ausbeutung der Arbeiter."*

Über eine andere Aktion heißt es: *"In den verschiedensten Waren aus der Handwerks- und Kleinproduktion kann der Käufer im Innern versteckt Flugblätter und Parolen finden, während in den Autos des öffentlichen Transports Aufschriften gegen die Militärs erscheinen."*

Auf einem Flugblatt eines Widerstandskomitees, das in Santiago verteilt wurde, steht zu lesen: *"Die Diktatur ist nicht unbesiegbar. Nur die Kraft des Volkes, seiner Arbeiter, Angestellten, Bauern, Stadtteilbewohner und Studenten ist unbesiegbar."*

Merck (CSU) grüßt die Junta

DER BAYRISCHE INNENMINISTER REISTE DURCH CHILE

Der bayrische Innenminister Merck hat in zwei Vorträgen in chilenischen Universitäten zum Thema der "Verteidigung der Demokratie" Stellung genommen. Der CSU-Minister hat sich dabei über die Notwendigkeit der Verfolgung von "Extremisten" ausgelassen, worin die chilenischen Militärs allerdings kaum Nachhilfeunterricht brauchen. Wahrscheinlicher ist, daß er die Vortragsreihe benützte, um sich über die Möglichkeiten der Verfolgung von "Extremisten" zu unterrichten und seine Kenntnisse in dieser Hinsicht vor Ort zu verbessern. Verschiedene Vertreter der CSU/CDU haben seinerzeit den Putsch sofort lautstark begrüßt, z. B. Heck. Frei, einer der Wegbereiter und Hinterleute des Putsches, ist schon immer ein enger Kumpan der CDU/CSU-Chefs gewesen.

Münchner SPD und DGB haben die Vortragsreise als "geschmacklos" verurteilt. Über Geschmäcker läßt sich unter bürgerlichen Politikern durchaus streiten. Die Unterstützungskredite an die Junta hat jedenfalls die Regierung gewährt. Die sind für die Junta ebensoviel wert wie Mercks Vorträge.

Das chilenische Volk braucht unsere Solidarität

AUFRUF ZUR CHILEDEMONSTRATION IN FRANKFURT AM 14.SEPTEMBER

Über dreißig Chile-Komitees in ganz Westdeutschland und mehrere politische Organisationen rufen gemeinsam zu dieser Demonstration gegen die faschistische Militärdiktatur in Chile auf. Wie die gleichzeitigen Demonstrationen in Italien, Frankreich und in anderen Ländern soll sie der unterdrückten und kämpfenden chilenischen Arbeiterklasse, den chilenischen Bauern und Studenten zeigen, daß sie in ihrem Widerstand nicht alleinstehen. Dies stärkt den chilenischen Widerstand. Diese Demonstration wird aber auch zeigen, daß tausende von Menschen in Westdeutschland und Westberlin zusammenstehen im Kampf gegen die Reaktion im eigenen Land.

Am 11.September im letzten Jahr haben das Militär und faschistische Banden in einem bewaffneten Putsch die Regierung der Unidad Popular gestürzt. Unter der Regierung der Unidad Popular hat die chilenische Arbeiterbewegung und ihr Kampf für den Sozialismus einen gewaltigen Aufschwung genommen. Im letzten Jahr stand die Frage so: entweder die Arbeiterklasse macht einen Schritt nach vorn, zerschlägt den bürgerlichen Staatsapparat, den die Regierung der Unidad Popular unberührt gelassen hatte, ersetzt ihn durch eigene Machtorgane und beginnt mit dem Aufbau des Sozialismus oder die Bourgeoisie stürzt mit Hilfe des Staatsapparates, der Armee und faschistischer Banden die Regierung der Unidad Popular, um durch blutigen und brutalen Terror ihre alte Ausbeuterordnung wieder vollständig herzustellen.

Die Regierung der Unidad Popular hatte der Arbeiterbewegung und den Volksmassen Raum geschaffen für den Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, aber sie hatte diese Herrschaft nicht beseitigt. Sie hatte das ausländische Kapital enteignet und hatte den US-Imperialismus vor den Kopf gestoßen. Die Arbeiterbewegung ging weiter, wollte Herr in den Fabriken werden und die Produktion für die eigene Klasse und zu Nutzen der ganzen Gesellschaft organisieren. Sie wollte die alte Ausbeuterordnung insgesamt beseitigen. Die Regierung der Unidad Popular machte nicht hüh und nicht hott. Sie geriet immer mehr in die Krise. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen aber waren noch nicht genügend organisiert, um den entscheidenden Schlag gegen die bürgerliche Klasse zu führen und ihre eigene Herrschaft zu errichten.

In dieser Situation nutzte die Bourgeoisie die ihr verbliebene Macht, setzte die Armee in Bewegung und holte zum vernichtenden Schlag gegen die Arbeiterbewegung und gegen die in Bewegung geratenen Volksmassen aus. Es ging ihr um die Vernichtung der Arbeiterbewegung, ihrer politischen Organisationen und ihrer Gewerkschaften. Es ging ihr um die Vernichtung jeder politischen Bewegung des Volkes. Die Militärjunta zeigt täglich durch ihre Maßnahmen, daß dies und nichts anderes das Ziel ihres Putsches gewesen ist. Tausende von Morden, die KZs, Massenverhaftungen, die Vernichtung der marxistischen und fortschrittlichen Literatur, Verhängung des Kriegszustandes und das Verbot jeglicher politischer Organisation außerhalb der Kapitalistenverbände und der Armee – all dies beweist dieses Ziel.

Die Bourgeoisie hat im letzten September gesiegt, sie hat ihre Herrschaft in der Form einer faschistischen Militärdiktatur vorübergehend gefestigt: ihr Ziel aber, die Vernichtung der Arbeiterbewegung und jeder politischen Bewegung im Volk hat sie nicht erreicht. Im Untergrund organisiert sich die Arbeiterbewegung aufs Neue und die Volksmassen wissen klarer als je, daß es für sie nur eine Rettung gibt: gemeinsamer Kampf an der Seite der Arbeiterklasse unter Führung der Arbeiterklasse. So fest die Militärdiktatur militärisch gegenwärtig noch im Sattel sitzt, so schwach ist ihre soziale und politische Basis: die Arbeiterklasse hat sie zum erbitterten Feind, den Bauern nimmt sie das Land wieder weg, dem Kleinbürgertum weiß sie nichts zu geben und nur immer mehr zu nehmen. Bloß kleinen Teilen der Bourgeoisie vermag sie ihr Versprechen zu halten: Wiederherstellung und Steigerung der Profite aus dem in ihre Hände zurückgegebenen Kapital.

Wie die Militärdiktatur an die Macht gekommen ist, so fristet sie ihr Dasein: mit Hilfe der ausländischen Imperialisten, vor allem mit Hilfe des US-Imperialismus. Nachdem sie den ausländischen Konzernen die Fabriken zurückgegeben oder ihnen großzügige Entschädigungen zugesagt hat, wird sie mit den ausländischen Krediten gefüttert, die der Regierung Allende stets verweigert wurden. Die Bundesrepublik schießt den Vogel ab und gewährt die niedrigsten Zinssätze von allen. Die Junta wird gehätschelt und gepäppelt von den imperialistischen Staaten wie kaum eine andere Regierung. Und doch, schauen sich die Militärs und ihre Hintermänner um in der Welt und beobachten, wie die Zeitläufe gehen, dann können sie nicht glücklich in die Zukunft blicken. Ihre Gesinnungsfreunde in Griechenland mußten in der Versenkung verschwinden, in Portugal ist das faschistische Regime an den Schlägen der Völker zugrundegegangen. Überall zeigt sich, daß die Zeiten vorbei sind, wo faschistische Diktaturen auf Jahrzehnte hinaus den Zerfall des Kapitalismus aufhalten und die Herrschaft der Bourgeoisie sichern konnten. Zweifellos wird die chilenische Arbeiterklasse und das chilenische Volk noch schwere und heroische Kämpfe führen müssen, bevor sie die Junta stürzen können, zweifellos darf die Solidaritätsbewegung in der ganzen Welt nicht mit raschen und friedlichen Erfolgen rechnen. Mit einer dauerhaften Festigung ihrer Herrschaft aber können die chilenischen Bourgeois und ihre Hintermänner in den USA und in den imperialistischen Ländern nicht rechnen: wenn sie sich umschauen in der Welt, erkennen sie klar, alle Erfahrung spricht dagegen. Für sie ist das nur ein weiterer Grund, ihre Barbarei und Brutalität zu steigern, für die Arbeiterklasse und die Volksmassen eine große Ermutigung, Widerstand zu leisten und die Junta schließlich zu stürzen. Dabei hat die chilenische Arbeiterklasse durch das Scheitern der Regierung der Unidad Popular eine große Erfahrung gemacht: ohne selbständige Organisation der Arbeiterklasse, ohne breite Entfaltung der Demokratie der Massen und ohne Waffen kann die Herrschaft der Bourgeoisie nicht gestürzt werden, kann der bürgerliche Staatsapparat nicht zerschlagen und kann der Sozialismus nicht errichtet werden.

Durch Erfahrung wird man klug, dieses Sprichwort gibt es in allen Sprachen. Die chilenische Arbeiterklasse hat gute und schlechte Erfahrungen gemacht und gerade aus den schlechten wird sie lernen. Wir Kommunisten setzen uns dafür ein, daß nicht die Arbeiterklasse eines jeden Landes diese Erfahrungen immer noch einmal neu machen muß, sondern daß die internationale Arbeiterklasse aus den Erfahrungen ihrer Klassenbrüder lernt und daß die Völker sich gegenseitig helfen: auch durch Lehren aus positiven und negativen Beispielen. Der Erfolg des Militärputsches in Chile ist für die Völker der Welt ein negatives Beispiel, aus dem sie lernen, der Widerstand gegen die Militärjunta ist ein positives Beispiel, aus dem sie ebenfalls lernen.

Zeigen wir der chilenischen Arbeiterklasse, den chilenischen Bauern und Studenten, daß wir auf ihrer Seite stehen. Zeigen wir der herrschenden Klasse in Westdeutschland und Westberlin, daß wir das chilenische Beispiel ernstnehmen.

Alle zur Chile-Demonstration nach Frankfurt!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!

Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse!

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung der chilenischen Arbeiter, Angestellten, Bauern und Freiheit für den chilenischen Gewerkschaftsverband CUT!

Für uneingeschränkte Aufnahme aller Flüchtlinge in die BRD!

Freie politische Betätigung für alle politischen Flüchtlinge in der BRD!

Nieder mit der Militärjunta!

Nieder mit dem US-Imperialismus!

Für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht in Chile!

Für den Sieg des Sozialismus!

Mannheim, den 30.August 1974

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees

DIE PLATTFORM DER CHILE-KOMITEES

Eine geeignete Grundlage für die Aktionseinheit

In der KVZ Nr.15 vom 24.7.1974 hat der Ständige Ausschuß des ZK des KBW unsere Stellung zum Aufruf der Chile-Komitees dargelegt, der in Göttingen von zahlreichen Vertretern der Komitees beschlossen worden war, und den inzwischen Komitees aus mehr als 40 Städten Westdeutschlands unterschrieben haben. Wir schrieben: "Der KBW begrüßt die Initiative und den Aufruf der Chile-Komitees zur Durchführung einer Chile-Woche und einer zentralen Demonstration in Frankfurt."

Bei den vorhandenen Differenzen in den Chile-Komitees und zwischen ihnen betrachten wir es als einen wichtigen Erfolg, daß die Komitees sich auf eine minimale Grundlage einigen und zu gemeinsamen Aktionen aufrufen konnten. Die Grundlage, auf die man sich einigen konnte, besteht darin, die freie politische Betätigung für die chilenische Arbeiterbewegung und für das chilenische Volk zu fordern, für den Sturz der Militärjunta einzutreten, sich gegen jedes Zusammenspiel zwischen der Bundesregierung und der Militärjunta zu wenden und die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand zu bekunden. Das ist zweifellos nur ein Minimum. Aber all diese politischen Ziele sind richtig. Darum kann man ohne eine Spur von Opportunismus dafür eintreten, diese richtigen Ziele in öffentlicher Aktion zu vertreten und zwar mit jedem, der bereit ist, dabei mitzuziehen.

Sich auf wenige richtige Ziele bei der Herstellung der Aktionseinheit zu einigen, das ist zweifellos besser, als Prinzipienschacher zu betreiben. Für uns als Kommunisten steht fest: Wir treten dafür ein, daß die Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse und dem chilenischen Volk sich auch auf die Ziele von deren Kampf erstrecken muß. Darum arbeitet der KBW dafür, in der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Widerstand die Losungen "Für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht in Chile! Für den Sieg des Sozialismus!" zu verankern. Das ist uns bisher nur zum Teil gelungen. Auf der Göttinger Beratung bekam ein Plattform-Entwurf, der diese Losungen und die Losung "Nieder mit dem USA-Imperialismus!" enthielt, nicht die Mehrheit der Stimmen. Das hindert den KBW nicht, weiterhin öffentlich eine selbständige Agitation und Propaganda für diese Ziele zu entfalten. Und es hindert ihn auch nicht, eine Plattform gemeinsam mit anderen Organisationen zu unterstützen, die diese weiterreichenden Ziele nicht enthält. Die begrenzten Ziele der Plattform sind richtig und die weiterreichenden Ziele, für die wir eintreten, stehen nicht in Widerspruch zur Minimalplattform der Komitees.

Nicht bereit sind wir, die nun erreichte Einheit in Frage zu stellen, an dem Aufruf herumzudeuteln, die gemeinsame Initiative der Chile-Komitees zu zerfleddern und etwa der Plattform der Komitees eine Plattform der politischen Organisationen gegenüberzustellen. Damit würden die Komitees überspielt werden, die bisher wesentlich zuverlässigere Träger der Chile-Solidaritätsbewegung waren als viele Organisationen, die heute ein großes Geschrei machen. Alle Versuche, die auf der Beratung der Chile-Komitees zustandegekommene Plattform zu "verbessern", laufen auf nichts anderes hinaus, als die erreichte Einheit für eine bestimmte gemeinsame Aktion aller Komitees wieder zu torpedieren. Nur sektenhafte Ignoranz kann hinter solchen Versuchen stehen, eine Ignoranz, die eine mühsam erkämpfte Einheit nicht zu schätzen weiß, weil sie nicht den eigenen Stempel trägt.

Das Hauptspaltungselement in der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Widerstand sind zweifellos die DKP und die in diesen Fragen um sie gescharten Führer und Funktionäre von Jungsozialisten, Falken und Jungdemokraten. Die Vorstände von keiner dieser Organisationen haben auch nur den Versuch gemacht, zu einer Absprache über gemeinsame Aktionen zu kommen. Bis auf die Jungdemokraten ist nicht einmal auf die Briefe des Koordinationsausschusses geantwortet worden. Die DKP betreibt offenbar eine gezielte Demobilisierungs- und Isolierungspolitik gegenüber den Aktivitäten der Chile-Komitees. Bei dem noch vorhandenen Einfluß dieser Organisationen auf viele Menschen, die zur Unterstützung der Solidaritätsbewegung bereit sind, ist es von großer Bedeutung, ihren Spaltungsabsichten möglichst geschlossen entgegenzutreten. Das ist auf der Grundlage der Initiative der Chile-Komitees möglich. Auf der Grundlage von Gezeter, daß man den einen oder anderen eigenen Gedanken in der Plattform nicht wiederfindet, ist das nicht möglich. Das führt dazu, die Initiative der Chile-Komitees zu unterminieren. Daran kann keiner, der den chilenischen Widerstand ernsthaft unterstützen will, ein Interesse haben. Und ein Anlaß dazu besteht auch nicht: Keine Organisation ist beschränkt in der Freiheit ihrer Agitation und Propaganda, soweit sie nicht gegen den Aufruf der Komitees zur Unterstützung des Widerstandes gerichtet ist.

–W.M.–

Revolutionäre Arbeiter eines Kupferbergwerks während der Regierungszeit der UP. Heute hat die Militärjunta alle Rechte und Errungenschaften der Arbeiterklasse zerschlagen. Die früheren Besitzer der Kupferbergwerke wurden mit hohen Summen für die Enteignung entschädigt.

Ein Beispiel von vielen

Am 27.8.1974 fand in Walsrode ein Gründungstreffen für ein Chile-Komitee statt. An der Gründungsveranstaltung nahmen der KBW, Ortsaufbaugruppe Walsrode/Fallingbostel, die DKP, Mitglieder des Kreisjugendausschusses des DGB, Kreis Fallingbostel/Soltau, und einige unorganisierte Kollegen teil.

Von den Initiatoren des Gründungstreffens wurde die Plattform zur Chile-Woche und zentralen Demonstration als Arbeitsgrundlage vorgeschlagen. Der Chile-Aufruf wurde anschließend diskutiert und fand bei allen Teilnehmern Zustimmung. Die Vertreter der DKP fragten anschließend, ob das die Resolution sei, die vom KBW mit unterstützt werde. Als wir dies klarstellten, vertrat man den Standpunkt, daß man dieser Resolution nicht zustimmen könne, da vom KBW die Politik der Unidad Popular nicht voll als die richtige Politik anerkannt werde. Nach längerer Diskussion, und nach dem Beschluß, ein Chile-Komitee zu gründen, verließen die beiden DKP-Vertreter den Raum.

–H.H., OAG Walsrode/Fallingbostel–

UNIVERSITÄTSANGESTELLTE FÜR CHILE-DEMONSTRATION

Frankfurt. Angestellte der Frankfurter Universität solidarisierten sich mit dem Aufruf der Chile-Komitees zu einer nationalen Demonstration am 14. September in Frankfurt gegen die Herrschaft der Junta.

Sie beschlossen spontan, die Aufrufe in ihren Büros auszulegen, um noch mehr Menschen für die Unterstützung des chilenischen Widerstandes zu gewinnen.

Diskutiert den Aufruf mit den Kollegen, unterstützt die Demonstration am 14. September in Frankfurt durch eure Unterschrift und eure Teilnahme! Sammelt Geld für den chilenischen Widerstand – am Arbeitsplatz; in dem Haus, in dem ihr wohnt; in der Schule, in der ihr lehrt! **"Eine Stunde Lohn für Chile!"**

– D.T., Frankfurt –

CHILENEN BEGRÜSSEN INTIATIVE DER CHILE–KOMITEES

Frankfurt. Der General – Coordinator der Chilenen in der BRD hat in einem Schreiben an den Koordinationsausschuß der Chile-Komitees die Initiative der Komitees begrüßt und der Demonstration in Frankfurt am 14.9. einen guten Erfolg gewünscht.

Absprache mit dem Koordinationsausschuss

Der Koordinationsausschuß der Chile-Komitees hatte für den 25.8.74 die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die in irgendeiner Form ihre Unterstützung des chilenischen Widerstands zum Ausdruck gebracht hatten, erneut zu einer Absprache über die geplanten Aktivitäten in der Chile-Solidaritätswoche und zur zentralen Demonstration in Frankfurt eingeladen. Anwesend waren: Von chilenischen Organisationen ein Vertreter des Generalkoordinators der Chilenen in Westdeutschland, der Grüße überbrachte und der Beratung sowie den Aktivitäten der Chile-Komitees Erfolg wünschte und ein Vertreter der MIR. Dann: der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und der KHB, die sich beschwerten, daß den Arbeiterbund die erste Einladung nicht erreicht habe, die FILE, die GIM, die Gruppe Rote Fahne (KPD) mit Liga, KJV, KSV, Rote Hilfe e. V., die MC-CSL, der Revolutionäre Kampf/Arbeiterkampf, die SAG, der Studentenverband und der KBW. Die GRF samt befreundeten Organisationen und der Arbeiterbund samt KHB unterzeichneten die Plattform der Chile-Komitees nicht.

Die übrigen Organisationen und der Koordinationsausschuß einigten sich u. a. auf folgende Punkte:

1. Die Aufstellung zur Demonstration erfolgt nach örtlichen Blocks, nicht nach Organisationsblocks.
2. Auf der Kundgebung spricht ein Vertreter der Chile-Komitees. Seine Rede geht vorher im Entwurf an alle Komitees.Weiter sprechen nur noch Vertreter chilenischer Organisationen, darunter auf jeden Fall der stellvertretende Vorsitzende des chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT. Weder die westdeutschen politischen Organisationen noch ausländische Organisationen aus dritten Ländern kommen zu Wort.
3. Am Abend findet eine Diskussionsveranstaltung statt, zu der eingeladen werden: Klaus Meschkat, ein Sprecher der GIM, Jakob Moneta (Redakteur des Gewerkschafters), Dieter Esche (Sozialistisches Büro), Helge Sommerock (Arbeiterbund), Jürgen Horlemann (Gruppe Rote Fahne) und Joscha Schmierer (KBW). Nach der Absage des Arbeiterbundes ist unserer Auffassung nach auch die Einladung an Helge Sommerock hinfällig geworden.

Da ein Saal nur für gut 1 000 Teilnehmer gemietet werden konnte, kann diese Abendveranstaltung nicht zum Bestandteil des allgemeinen Programms gemacht werden.

–W.M.–

Filmkritik: "Die Chinesen in Paris"

Hinterlistiger Klamaukfilm gegen das französische und chinesische Volk

Seit einigen Tagen ist in der ganzen Bundesrepublik der Film "Die Chinesen in Paris" von Jean Yanne angelaufen. Dieser Film hat 9 Millionen gekostet und hat schon vorher in der bürgerlichen Presse Schlagzeilen gemacht. So waren die Proteste der chinesischen Botschaft in Paris Anlaß für Glossen über die "Humorlosigkeit" der Chinesen; in der Süddeutschen Zeitung wurde der Film halbseitig und zweifarbig als "Filmsensation des Jahres" inseriert und die bürgerlichen Zeitungsschreiber loben ihn in den höchsten Tönen: Er sei eine "brilliante Satire", um die französische Mentalität durch den Kakao zu ziehen und die Verherrlichung der französischen Geschichte während der Besatzung durch die Hitlertruppen zu entlarven. Die Chinesen seien dabei nur ein "künstlerisches Mittel" und "beliebig austauschbar". Aber solche Interpretationen sind nur ein scheinheiliges Manöver, um von der wirklichen Absicht dieses Films abzulenken: das chinesische Volk, die Volksrepublik China und den Marxismus-Leninismus lächerlich zu machen. Denn worauf beruht die angebliche "Brillianz" und der "Witz" dieses Films in Wirklichkeit?

Erstens übernimmt er stillschweigend eines der wichtigsten Elemente einer 25-jährigen antichinesischen und antikommunistischen Propaganda im Westen: die These von der angeblich aggressiven Natur der Volksrepublik China bzw. sozialistischer Länder überhaupt. Er tut das, indem er eine mögliche Besetzung Frankreichs durch die Volksrepublik als selbstverständlich voraussetzt und tatsächlich zeigt. Ob er das nun "satirisch" oder "im Ernst" meint, ändert daran nichts. Der "Witz" bei Yanne besteht darin, daß ausgerechnet das chinesische Volk jahrhundertelang unter der Besatzung durch fremde Truppen gelitten hat – darunter auch des französischen und deutschen Imperialismus. Aber darüber können höchstens die Imperialisten und ihre gekauften Kreaturen lachen – nicht aber die Freunde Chinas und das chinesische Volk.
In Wahrheit ist es so, daß die Volksrepublik China seit ihrer Gründung im Jahr 1949 sich an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz hält:
gegenseitige Achtung der nationalen Integrität und Souveränität,
gegenseitiger Nichtangriff,
gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten,
Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil,
friedliche Koexistenz.
Seit ihrer Gründung hat die Volksrepublik China noch kein fremdes Territorium bedroht oder besetzt, kein einziger chinesischer Soldat ist außerhalb der Landesgrenzen stationiert, die Volksrepublik China hat als einzige Atommacht offiziell erklärt, daß sie niemals als erste Atomwaffen anwenden wird. Der Grund für diesen friedlichen Charakter der chinesischen Außenpolitik liegt in dem Grundsatz des Marxismus-Leninismus, daß man die Revolution nicht "exportieren" kann und darf, weil jedes Volk seine Ausbeuter und Unterdrücker selbst stürzen muß.

Zweitens: Ein weiterer Quell für den "Witz" des Films ist die ständige Gleichsetzung der chinesischen Volksbefreiungsarmee mit der Hitler-Armee. So wird im Film von den chinesischen "Besatzern" ein "Hochkommissariat" und eine Marionettenregierung eingesetzt; das französische Volk wird systematisch zur Denunziation und Kollaboration erzogen, Angehörige der Volksbefreiungsarmee und französische Polizisten üben gemeinsam Verhaftungsterror aus. Selbst Antisemitismus wird den chinesischen "Besatzern" unterstellt: Im staatlich reglementierten Fernsehen werden "Volksfeinde" öffentlich an den Pranger gestellt – "zufällig" ist es ein Jude! Die chinesischen "Besatzer" gehen sogar noch weiter als die Hitlerfaschisten: Der Beischlaf und der Alkohol werden verboten, Autos werden abgeschafft und nach China (!) gebracht.
In Wahrheit ist es so, daß die Chinesen noch kein Land und kein Volk gezwungen haben, ihre Ansichten anzunehmen, sondern durch praktische Unterstützung und Beispiele überzeugen wollen – wie zum Beispiel beim Bau der Tansam-Bahn. Denn die Chinesen gehen von dem marxistisch-leninistischen Grundsatz aus, daß jedes Land und jedes Volk seinen eigenen Weg zum Sozialismus gehen muß und die sozialistische Gesellschaftsordnung entsprechend den nationalen Besonderheiten aufgebaut werden muß. Ein Beispiel dafür ist die Politik der chinesischen Zentralregierung gegenüber den nationalen Minderheiten im eigenen Land: Während im übrigen China die Geburtenkontrolle praktiziert wird, wird in den meist schwach besiedelten Gebieten der nationalen Minderheiten eine Politik der Geburtensteigerung betrieben. Die nationale Kultur und Sprache werden gefördert, wie z.B. in Tibet.

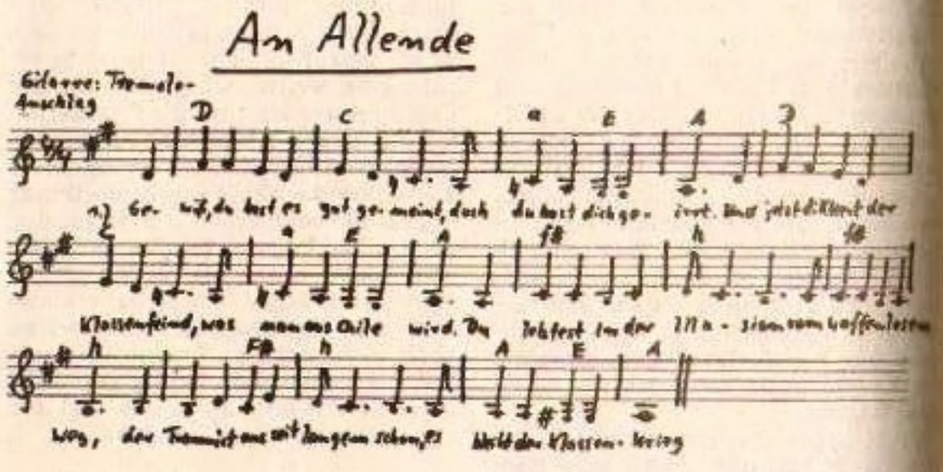
Drittens: Der entscheidende Punkt, aus dem der "Witz" des Films entspringen soll, liegt in der Art und Weise, wie die chinesischen "Besatzer" selbst gezeigt werden. Die Anerkennung der ungeheuren Fortschritte des chinesischen Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas und die wachsende Sympathie mit dem chinesischen Volk in aller Welt erlaubt es nämlich dem Regisseur nicht, die Chinesen als brutale Unterdrücker wie die Hitlertruppen hinzustellen, um seine "Satire" glaubwürdig wirken zu lassen. Deshalb greift er zwei weitere Klischees antichinesischer und antikommunistischer Propaganda auf: Zum einen zeigt er die Chinesen durchgehend als extrem freundlich, höflich, zuvorkommend und unterwürfig, zum anderen zeigt er sie als seelenlose Politroboter, die mechanisch und drillmäßig das Rote Buch aus der Tasche ziehen und selbst den Beischlaf nur auf Befehl ausüben. Dadurch will er erreichen, daß selbst die – scheinbar – positiven Charakterzüge der chinesischen "Besatzer" nur als Ausdruck politischer Manipulation und als Kadavergehorsam einer exotischen Rasse erscheinen. In Wahrheit ist es so, daß fast alle ausländischen Besucher Chinas überrascht sind von der Freundlichkeit, Natürlichkeit und politischen Bewußtheit des chinesischen Volkes. Man braucht dazu z.B. nur die Bücher von G. Myrdal zu lesen.

Viertens. Aber der Regisseur gibt sich mit dieser Verhöhnung des chinesischen Volkes noch nicht zufrieden. Er versucht darüber hinaus, die Prinzipien des sozialistischen Aufbaus in China ins Lächerliche zu ziehen und zu verfälschen. So "parodiert" er die Versuche der Chinesen zur Verbindung von geistiger und körperlicher Arbeit und die Bedeutung der manuellen Arbeit für das Bewußtsein der Menschen, indem er die chinesischen "Besatzer" einfachste Arbeiten immer umständlich und unpraktisch ausführen läßt. Indem er in China sinnvolle und notwendige Maßnahmen durch die chinesischen "Besatzer" auf Frankreich anwenden läßt, versucht er die sozialistische Planwirtschaft zu verhöhnen und zu "beweisen", daß sie in Frankreich sowieso nicht funktionieren würde. Ein weiterer Angriff auf den Marxismus-Leninismus ist der "ZK-Beschluß", daß Frankreich nur noch Ofenrohre, Deutschland nur noch Elektroartikel, die Schweiz nur noch Uhren herstellen dürfe. Damit wird versucht, die sowjetrevisionistische Theorie von der "internationalen Arbeitsteilung" den chinesischen Kommunisten in die Schuhe zu schieben. In Wahrheit ist es so, daß gerade die chinesischen Kommunisten diese imperialistische Theorie seit Jahren scharf kritisieren und die Entwicklungsländer beim Aufbau einer eigenständigen und allseitig entwickelten Wirtschaft und vor allem Industrie aktiv unterstützen.
Es ist unmöglich, auf alle Tricks einzugehen, mit denen in diesem Film versucht wird, die Volksrepublik China, das chinesische Volk und den Marxismus-Leninismus lächerlich zu machen. Wer diesen Film gesehen hat, der kann verstehen, warum die bürgerlichen Schreiberlinge und ihre Geldgeber so begeistert über diesen Film sind: Weil er – in "witziger Form" natürlich! – alle, wirklich alle antichinesischen und antikommunistischen Klischees verbreitet unter dem Vorwand, die (!) Franzosen treffen zu wollen. Dabei besitzt Yanne die Frechheit, das französische Volk als Heuchler, Kollaborateure, Feiglinge und politische Dummköpfe hinzustellen. Als Kultur des französischen Volkes erscheinen Bourgeois-Parties, Transvestitenshows und sexuelle Ausschweifungen. Das ist eine unverschämte Verleumdung der französischen Arbeiter, Bauern und Werktätigen, die mit wachsender Klarheit den Kampf für den Sozialismus aufgenommen haben. Indem Yanne sowohl das chinesische als auch das französische Volk angreift, versucht er in zynischer Weise seine eigene – bürgerliche – Theorie von der Unveränderbarkeit der menschlichen Natur schlechthin zu propagieren und das Volk als dumm und dumpf hinzustellen, um damit die Unmöglichkeit des Sozialismus zu "beweisen". Die "witzige Form" ist dabei nur ein hinterhältiger Trick, um diese Absicht zu verschleiern. Denn Yanne weiß ganz genau, daß niemand diesen Film "ernst" nehmen wird. Aber er spekuliert – wie die Waschmittelwerbung – daß schon Einiges "hängenbleibt", ohne daß der Zuschauer es merkt. Das ist der eigentliche Kern der "satirischen Brillianz" dieses Films, und deshalb wird er ausgerechnet vor dem 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China in den Kinos gezeigt. Deshalb ist es die Aufgabe der westdeutschen Kommunisten, den reaktionären und volksfeindlichen Charakter dieses Films zu entlarven, wo es möglich ist, und breit über die wirklichen Verhältnisse in der Volksrepublik China und ihre theoretischen Grundlagen zu informieren.

Schluß mit der Hetze gegen die Volksrepublik China!
Es lebe das sozialistische China!
Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen, französischen und chinesischen Volk!
– H.V., München –

„An Allende"

"WAS JETZT IN DEINEM LAND BEGANN, IST STURM, DEN DU GESÄT"



Gewiß, du hast es gut gemeint, doch du hast dich geirrt,
und jetzt diktiert der Klassenfeind, was nun aus Chile wird.
Du lebtest in der Illusion vom waffenlosen Weg,
der Traum ist aus seit langem schon, es bleibt der Klassenkrieg.

Die Macht lag eigentlich noch nie in deiner schwachen Hand.
Sie war stets bei der Bourgeoisie, das hast du nicht erkannt,
und auch nicht, daß die Reaktion nie selbst die Waffen streckt.
Dem Volk spottet sie so lang Hohn, bis sie durchs Volk verreckt.

Das Volk von Chile zieht den Schluß aus deinem Mißgeschick,
es weiß jetzt, daß es kämpfen muß, kämpfen bis zum Sieg.
Dies rechnen wir dir sehr hoch an: Du zeigtest, wie's nicht geht,
was jetzt in deinem Land begann, ist Sturm, den du gesät.

Schinder und ihre Erben

Leserbrief: "Weberaufstand" in KVZ Nr. 17, Seite 16

Mit Interesse habe ich den oben erwähnten Artikel gelesen und ich finde es auch richtig, wenn Ihr schreibt, daß der Weberaufstand ein Teil der Erfahrungen der Arbeiterklasse ist und deshalb auch nicht in Vergessenheit geraten sollte.

Doch sollte auch in diesem Zusammenhang erwähnt werden, was aus diesen Leuteschindern und Ausbeutern von Peterswaldau und Langen-Bielau geworden ist.
Friedrich Dierig, der Sohn des Firmengründers, wurde Geheimer Kommerzienrat und bekam auch seinen Dr.h.c. verliehen. Dessen Sohn Wolfgang wurde Ehrensenator der Breslauer Universität und sein Bruder Gottfried schaffte es unter den Nazis zum Leiter der mächtigen "Reichsgruppe Industrie" und Partei-Vertrauensmann in wichtigen Aufsichtsräten, wie z. B. bei der Berliner Handels-Gesellschaft.
Käthe Dierig heiratete 1906 Baron Paul v.Zedlitz und Leipe und beider Tochter wiederum Baron Friedrich Carl v.Oppenheim, Senior der Kölner Privatbank.
Die 1805 in Oberlangenbielau gegründete Christian Dierig AG hat seit 1946 ihren Sitz in Augsburg. Vorstandsvorsitzender ist Christian Gottfried Dierig und mit im Aufsichtsrat sitzen Dr.Hans Christian Dierig und Charlotte Bamberg, geb.Dierig.
Tochtergesellschaften sind Ernst Mallinckroth GmbH (100 %), Dierig Tufting GmbH (100 %), Riedinger Jersey AG (75 %), Textilausrüstung und Druckerei Prinz AG (75 %), sämtliche in Augsburg, sowie die F.H.Hammersen GmbH, Osnabrück (100 %) mit Werken in Osnabrück, Rheine und Bocholt, Chr.Dierig S.A.R.L., Straßburg (100 %), Kottern Textil AG, St.Mang b. Kempten (75 %) und die Textil-Treuhand AG, Wil (St.Gallen) (75 %).
Die Dierig-Gruppe ist der größte Zusammenschluß von Firmen der deutschen Baumwollindustrie und gehört zu den 150 größten Industrieunternehmen der BRD. Das Grundkapital beträgt 40 Mill DM. 1970 erwirtschafteten die 7 900 Beschäftigten des Unternehmens einen Umsatz von 450 Mill DM. Die Familie Dierig besitzt 72 % des Aktienkapitals.
Werden 1913 im Jahrbuch der Millionäre des Königreichs Preußen die Dierigs mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 20 Mill Goldmark aufgeführt, so bringen es die Blutsauger aus Peterswaldau "nur" auf 5 Mill. Goldmark steuerpflichtigem Vermögen.
Der Kommerzienrat E.Zwanziger in Firma E.F.Zwanziger & Söhne, Peterswaldau, heiratete Emma Lode, eine Gesellschafterin (Gewerkin) der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben. Diese Bergwerksgesellschaft hatte durch ein kaiserliches Privileg aus dem Jahre 1705 nicht nur das Monopol auf das gesamte Zinkerz der oberschlesischen Bergbauregion, sondern auch ewige Befreiung von allen Reichs- und Staatssteuern.
Dieses Privileg verlor die Gesellschaft erst nach über 200 Jahren, nach dem ersten Weltkrieg. Sie gehörte mit ihren 30 000 Arbeitern zu den bedeutendsten Kohle- und Zinkproduzenten des Reiches.
Die im 100 %igen Familienbesitz befindlichen Georg von Giesche's Erben, Hamburg (750 Beschäftigte) und die Georg von Giesche's Erben Handelsgesellschaft (20 Beschäftigte) erzielten 1970 zusammen einen Umsatz von 171 Mill DM. Dieses Vermögen teilen sich heute die Nachkommen des Barons Ulrich v.Richthofen zu einem größeren und die des Zwanzigers zu einem kleineren Teil.
Daraus können wir ersehen, daß während vor 130 Jahren die Menschen, die aus bitterster Not getrieben an diesem Aufstand teilnahmen, einfach niedergemetzelt und versklavt wurden, die Ausbeuter von damals ihren Reichtum aber in einer kontinuierlichen Linie vermehren konnten und heute in der BRD immer noch zur Geld- und damit auch zur Machtelite gehören.
–A.B., Bremen–

Fussballspiel verboten

Kollegen wurde Spiel gegen KBW-Hildesheim untersagt

Die Belegschaft der Kartonfabrik Siegerwellpappe wollte gegen die Ortsgruppe des KBW Hildesheim ein Fußballspiel austragen. Gemeinsam berieten wir mit den Kollegen über die Begegnung, wie und wo sie stattfinden sollte. Wir legten einen Platz fest und beschlossen, einen Anschlag am "schwarzen Brett" des Betriebes zur Ankündigung der kommenden Begegnung anzufertigen. Zwei Kollegen wurden delegiert, um das Spiel bei der Betriebsleitung anzukündigen, damit sie die Trikots herausgaben.
Gegen Arbeitsschluß erfuhren wir, daß die Betriebsleitung des Spiel verboten hatte. Ein Kollege ist stinksauer geworden und meinte: "Arbeiten dürft ihr hier, aber Fußball spielen lassen sie dich nicht; ich habe zum letzten Mal für die gespielt."
So schnell aber haben wir nicht aufgegeben und versuchten trotzdem, die Begegnung zustandezubringen. Wir gingen zu den anderen Kollegen, um uns mit ihnen zu beraten, und kamen zu dem Entschluß, trotzdem zu spielen. Da ich den letzten Arbeitstag im Betrieb hatte, gab mir ein Kollege seine Anschrift, damit ich ihn besuchen solle. Als ich dann einige Tage später zu ihm kam, teilte er mir mit, daß die Begegnung ausfällt, da der Betriebsleiter die Kollegen eingeschüchtert hat und nun keiner antreten wolle. – A.B., Hildesheim –

Anzeige

GRUNDLAGENTEXTE ZUM STUDIUM DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Karl Marx
Lohnarbeit und Kapital
80 Seiten Preis: –,70 DM

Karl Marx
Lohn, Preis und Profit
80 Seiten Preis: –,70 DM

K.Marx/F.Engels
Manifest der Kommunistischen Partei
85 Seiten Preis: –,85 DM

F.Engels
Anti-Dühring (Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft)
508 Seiten Preis: 3,10 DM

Mao Tse-tung
Ausgewählte Werke in vier Bänden
Preis: 23,– DM

W.I.Lenin
Staat und Revolution
159 Seiten Preis: 1,10 DM

W.I.Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
163 Seiten Preis: 1,10 DM

W.I.Lenin
Der "Linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus
139 Seiten Preis: 1,10 DM

J.W.Stalin
Über die Grundlagen des Leninismus
136 Seiten Preis: 1,– DM

Mao Tse-tung
Vier philosophische Monographien enthält die Schriften:

– Über die Praxis
– Über den Widerspruch
– Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke
– Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen
151 Seiten Preis: 1,10 DM

VERLAG JÜRGEN SENDLER

Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus – Schulung
258 Seiten Preis: 6,– DM

zu beziehen über:
BUCHVERTRIEB OFFENBACH, 6050 Offenbach, Biebererstraße 82, Tel.: 0611/ 888 928